



Landtag von Baden-Württemberg

20. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 14. Februar 2007 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 12:29 bis 14:00 Uhr

Schluss: 15:23 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1137	3. Fragestunde	
1. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – StHG 2007/08) – Drucksachen 14/917, 14/918	1137	3.1 Mündliche Anfrage des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Rekrutierungsspiele	1165
Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU	1137	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	1165, 1166, 1167
Abg. Ingo Rust SPD	1140	Staatssekretär Dieter Hillebrand	1165, 1166, 1167
Abg. Oswald Metzger GRÜNE	1143	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	1166, 1167
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	1146	Abg. Norbert Zeller SPD	1166
Minister Gerhard Stratthaus	1150	3.2 Mündliche Anfrage des Abg. Rainer Stickelberger SPD – Ruhegehaltsanspruch kommunaler Wahlbeamter bei Straffälligkeit	1167
Beschluss	1154	Abg. Rainer Stickelberger SPD	1167
2. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg und zur Änderung anderer Vorschriften – Drucksache 14/674		Minister Heribert Rech	1167, 1168
b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Baden-Württembergisches Ladenschlussgesetz (BWLadSchlG) – Drucksache 14/489		Abg. Hans-Martin Haller SPD	1168
Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 14/727	1156	Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	1168
Abg. Karl Rombach CDU	1156	3.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Muttersprachlicher Zusatzunterricht durch die Konsulate	1168
Abg. Rudolf Hausmann SPD	1157	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/558	
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	1159	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/707	1164
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	1160	Beschluss	1164
Ministerin Dr. Monika Stolz	1162	5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die	
Beschluss	1163		

Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb des gemeinsamen Registerportals der Länder – Drucksache 14/781	1169	7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 29. Januar 2007 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 14/830, 14/891	1180
Minister Dr. Ulrich Goll	1169	Beschluss	1180
Abg. Bernd Hitzler CDU	1169	8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 13. Dezember 2006, Az.: GR 1/06 – Wahlprüfungsbeschwerde des Herrn H. B., Heilbronn, und weiterer 25 Beschwerdeführer – Drucksache 14/826	1180
Abg. Rainer Stickleberger SPD	1170	Beschluss	1180
Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE	1170	9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Dezember 2006, Az.: 1 BvR 1290/05 – Verfassungsbeschwerde von zwei Unternehmen aus Sindelfingen wegen abfallrechtlicher Überlassungspflicht – Drucksache 14/892	1180
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	1171	Beschluss	1181
Beschluss	1171	10. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 14/859	1181
6. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 30. Juni 2006 – Denkschrift 2006 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 2004 – Drucksachen 14/70, 14/843		Beschluss	1181
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 25. September 2006 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2004 durch den Landtag – Drucksachen 14/64, 14/844		11. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 14/776, 14/828	1181
c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. Dezember 2005 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2004 – Drucksachen 13/5003, 14/845	1172	Beschluss	1181
Abg. Ursula Lazarus CDU	1172	Nächste Sitzung	1181
Abg. Ingo Rust SPD	1174		
Abg. Oswald Metzger GRÜNE	1175		
Abg. Michael Theurer FDP/DVP	1177		
Minister Gerhard Stratthaus	1179		
Beschluss	1180		

Protokoll

über die 20. Sitzung vom 14. Februar 2007

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 20. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Heiler und Dr. Wetzel erteilt.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Dr. Arnold, Frau Abg. Bauer und Frau Abg. Netzhammer sowie die Herren Abg. Jägel, Junginger, Mack, Palm, außerdem Herr Minister Rau und Herr Staatssekretär Wacker. Die Grippe hat auch bei uns zugeschlagen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – StHG 2007/08) – Drucksachen 14/917, 14/918

Für die Dritte Beratung des Haushalts 2007/2008 hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold das Wort.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Dritten Beratung werden wir heute das Haushaltsbuch für die kommenden beiden Jahre vorläufig wieder schließen. Wichtige Weichenstellungen für die kommenden Jahre werden damit getroffen. Wir setzen uns das Ziel, die Nettoneuverschuldung ab dem Jahr 2011 auf null zurückzuführen. Wenn wir dieses Ziel erreicht haben, werden wir es für die Zukunft in der Verfassung verankern. Damit machen wir Politik für die nächsten Generationen.

Wir setzen und bekräftigen aber auch wichtige Impulse für die Landespolitik der kommenden Jahre. Das „Kinderland“ Baden-Württemberg wird ausgebaut, das Familienland Baden-Württemberg wird gefestigt, das Hochschulland Baden-Württemberg wird fortentwickelt. Baden-Württemberg ist und bleibt das Land der inneren Sicherheit. Baden-Württemberg ist und bleibt das Land der Bildung und Ausbildung. Baden-Württemberg ist und bleibt das Land der Wirtschaft und der Arbeitsplätze. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die gute Botschaft dieses Haushalts für die heutige Generation.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unser Dank gilt dem Finanzminister und dem Staatssekretär des Finanzministeriums sowie den Fachbeamtinnen und den Fachbeamten des Finanzministeriums. Wir danken der FDP/DVP-Fraktion für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Unser Dank gilt vor allem auch unserem Ministerpräsidenten Günther Oettinger, der das Thema Haushaltssanierung wie kein anderer zuvor zur Chefsache gemacht hat. Ich zitiere beispielhaft aus dem „Südkurier“ vom 8. November 2006 einen Kommentar von Frau Renz:

Sein großes Thema aber ist der Sparkurs. Die schwarzgelbe Koalition hat ihr Projekt gefunden. Sogar ein Verschuldungsverbot steht in Aussicht. Die Weichen sind absolut richtig gestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem ist im Grunde nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU)

Baden-Württemberg ist und bleibt auf gutem und erfolgreichem Kurs. Baden-Württemberg bleibt mit diesem Haushalt das erfolgreichste Bundesland in Deutschland. Die CDU-Landtagsfraktion freut sich über diesen gelungenen Haushalt und unterstützt ihn.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben mit einigem Erstaunen zur Kenntnis nehmen müssen, dass Frau Vogt sowie einige Redner der Opposition in der vergangenen Woche den Versuch unternahmen, diesen Erfolg zu schmälern.

(Abg. Ute Vogt SPD: Unglaublich! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das versetzt uns in Erstaunen! – Zuruf von der SPD: Das ist Majestätsbeleidigung! – Unruhe)

Ihr Vorhalt lautete verkürzt, die guten Haushaltszahlen seien der früheren SPD-geführten Bundesregierung zu verdanken. Ich stelle dazu fest, meine sehr verehrten Damen und Herren: Sie reihen sich in eine lange Reihe von unruhlichen und leeren Versprechungen der früheren Bundesregierung ein.

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Ich darf Sie nur einmal an die Einhaltung der Maastricht-Kriterien erinnern. Das haben Sie uns mehrfach versprochen. Ich habe mir extra die alten Zahlen geben lassen. Sie haben uns das für das Jahr 2002 versprochen und erlebten dann mit einer Defizitquote von 3,7 % eine Bruchlandung. 2003 wurde es noch schlimmer. Da war das Maastricht-Kriterium mit 4,0 % Defizitquote wiederum nicht erreicht.

(Dr. Stefan Scheffold)

(Zurufe der Abg. Rainer Stickelberger SPD und Brigitte Lösch GRÜNE – Unruhe)

2004 versprochen Sie es zum dritten Mal, und da betrug das Ergebnis 3,7 %. Schließlich und endlich haben Sie es noch bei der Einbringung des Bundeshaushalts 2005 versprochen, haben das Ziel mit 3,2 % aber am Ende dann doch wieder nicht erreicht.

Meine Damen und Herren, ich könnte nun fortfahren mit der Reduzierung der Nettokreditaufnahme, die die Bundesregierung versprochen hatte. Im Haushalt 2002 – im Urhaushalt – waren es 21,4 Milliarden € Nettokreditaufnahme. Im Nachtrag haben Sie diese dann auf 34,6 Milliarden € im Jahr erhöht – im selben Haushaltsjahr eine Erhöhung um 80 %! Im Jahr 2003 gab es eine Erhöhung um 130 % und im Jahr 2004 eine Erhöhung um 60 %. Welche Fehleinschätzung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In der vergangenen Woche war bei der Beratung des Haushalts des Wissenschaftsministeriums viel von Albert Einstein die Rede. Das Verhalten der früheren Bundesregierung war eine besondere Auslegung der Relativitätstheorie: relativ viel versprochen, relativ wenig gehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Ute Vogt und Rainer Stickelberger SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wahr ist: Solange Rot-Grün in Berlin regierte, ging es stetig bergab. Seit die CDU dort die Regierung übernommen hat, geht es beständig aufwärts.

(Unruhe bei der SPD – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Die Zahlen dokumentieren es doch. Fünf Millionen Arbeitslose wurden uns überlassen.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Jetzt sind es vier Millionen Arbeitslose; die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse verzeichneten seit der Regierungsübernahme der Großen Koalition ein Plus von 468 000. Das eben sind ja die wichtigen Arbeitsverhältnisse, weil diese uns die Grundlage geben, um die Rente zu reformieren, um das Gesundheitssystem zu reformieren und überhaupt alle wichtigen Reformen in Gang zu setzen. Die Mastricht-Kriterien werden jetzt eingehalten: Die Defizitquote beträgt nur noch 1,9 %. Die Nettokreditaufnahme ist so niedrig wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung. Meine Damen und Herren, das ist ein toller Erfolg der Regierung Merkel.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Davon wollen Sie gern ablenken, aber das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU)

Das zeigt auch, dass richtige Politik auf Dauer wirkt, und sie muss selbstverständlich fortgesetzt werden. Wir müssen die Unternehmensteuerreform fortführen. Das wird maßgeblich von Baden-Württemberg unterstützt. Wir müssen bei der Erbschaftsteuer die richtigen Reformen durchführen. Auch das

wird von Baden-Württemberg initiiert und unterstützt. Für den Fall, dass es dabei zu Haushaltsausfällen kommt, haben wir in diesem Haushalt im Land Baden-Württemberg eine Vorsorge geschaffen, damit wir dadurch in den kommenden Jahren nicht finanziell belastet werden.

Es ist keine Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Erfolge der Regierung Merkel in der Bundespolitik haben uns bei der Aufstellung unseres Haushalts unterstützt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Steinbrück heißt der Finanzminister!)

Dafür sind wir dankbar. Aber wir haben die gute Konjunktur und die hohen Steuereinnahmen auch zu kraftvollen eigenen Maßnahmen genutzt. Hätten Sie doch einmal die Pressemitteilung des Statistischen Landesamts vom 6. Februar gelesen! Dort heißt es: „Wachstumsmotor Südwestindustrie – ‚Made in Baden-Württemberg‘ weltweit gefragt“. Wir haben 3,5 % Wachstum, die EU hat 2,8 % Wachstum, Japan hat 2,1 % Wachstum, und die USA haben 3,3 % Wachstum. Wir sind weltweit Spitze, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber ihr klatscht ja gar nicht! – Unruhe)

Das Entscheidende ist: Die Wachstumsdynamik erreicht vor allem auch den Arbeitsmarkt.

(Glocke des Präsidenten)

Die Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg ist so hoch wie nie zuvor. 5,44 Millionen Menschen sind erwerbstätig. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse steigt; auch das ist in dieser Pressemitteilung des Statistischen Landesamts nachzulesen. Das ist nicht darauf zurückzuführen, dass die Ich-AGs oder die Ein-Euro-Jobs oder die Minijobs zunehmen, sondern darauf, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse wächst. Das ist das Entscheidende, und das begrüßen wir, und wir freuen uns darüber.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Erfolge der Landespolitik sind an Zahlen ablesbar. Die Kreditfinanzierungsquote der Jahre 2002 bis 2006 hat sich zwischen 5 und 6 % bewegt. Jetzt liegt sie für die Haushaltsjahre 2007/2008 zwischen 3 und 2 %. Das ist ein toller Erfolg dieser Landesregierung.

Ich füge hinzu: Wir ruhen uns auf diesen Erfolgen nicht aus. Auch das unterscheidet uns im Übrigen von Ihnen. Ihr Bundesvorsitzender Kurt Beck hat gesagt: Jetzt müssen wir aber zu einem Ende der Reformen kommen. Selbst in seinem Bundesland Rheinland-Pfalz steigert er in diesem Haushaltsjahr kräftig die Neuverschuldung und wird sie in den kommenden Haushaltsjahren noch weiter nach oben treiben. Ich sage Ihnen: Kurt Beck und die SPD haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war aber ein ganz dünner Beifall!)

(Dr. Stefan Scheffold)

Man repariert das Dach nicht im Sturm, sondern dann, wenn gutes Wetter herrscht. Wir brauchen weitere Anstrengungen, weitere Reformen jetzt, da die Konjunktur läuft, und nicht dann, wenn die Konjunktur wieder einmal ins Stocken gerät. Die CDU-Fraktion macht Baden-Württemberg deswegen fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

(Zuruf von der CDU)

Dazu gehören für uns auch mutige Entscheidungen bei der Haushaltskonsolidierung. Wir haben beim Personal Stellenkürzungen fortgeführt. Wir haben beim Personal die Sonderzahlungen für die Beamten und Pensionäre gekürzt. Das ist uns selbstverständlich nicht leicht gefallen. Wir wissen, dass der Polizist oder der Finanzbeamte, der in A 6 oder A 7 einen sicheren Arbeitsplatz hat, auf der anderen Seite kein Großverdiener ist, aber wir konnten die Sonderzahlungen so nicht auf Dauer fortführen. Bayern und Baden-Württemberg lagen an der Spitze und sind jetzt im Reigen mit den anderen Bundesländern und dem Bund.

Das bringt uns strukturell eine Entlastung von 123 Millionen € pro Jahr, und das Einzige, was Sie daran ärgert, ist, dass wir durch intensive Gespräche mit dem Beamtenbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund diesen Konsens erreicht haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: So ist es!)

Ebenso handelt es sich bei den Einsparungen, die wir bei den Kommunen und gemeinsam mit ihnen vereinbart haben – 412 Millionen € für die Haushaltsjahre 2007 bis 2010 –, um eine Entscheidung, die wir im Konsens erzielt haben. Nach Gesprächen mit dem Gemeindetag, dem Städtetag und den Spitzenverbänden wird diese Entscheidung von den Kommunen mitgetragen. Die Kommunen in Baden-Württemberg wissen: Sie sind im Verhältnis zu den Kommunen in anderen Bundesländern gut ausgestattet und können diese Einsparungen mit uns gemeinsam tragen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Von den Kommunen hören wir da etwas anderes!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hinzu kommen Ressortkürzungen. Das war ebenfalls keine leichte Sparrunde. Wir hatten bereits in den vergangenen Jahren Sparrunden in den Ressorts und mussten auch in diesen Haushaltsjahren 550 Millionen € im Jahr 2007 und 650 Millionen € im Haushaltsjahr 2008 zusätzlich sparen.

Dies alles beweist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir haben die Herausforderungen angenommen, den Stopp der Verschuldungsspirale zu bewirken, und zwar mit Augenmaß und mit der Kraft zu unpopulären Entscheidungen. Unsere Politik zeigt Erfolge. Die Neuverschuldung reduziert sich kontinuierlich auf 1 Milliarde € im Jahr 2007 und auf nur noch 750 Millionen € im Jahr 2008.

Selbstverständlich sind in den Jahren 2009 bis 2011 weitere Schritte notwendig. Dafür müssen wir die staatlichen Aufgaben überprüfen. Wir haben bereits eine Rücklage für die Unternehmensteuerreform gebildet. Wir müssen das Thema „Pension mit 67“ diskutieren, wir müssen über eine Versorgungsrücklage nachdenken. Aber, meine sehr verehrten Damen und

Herren, es würde uns nichts nützen, wenn wir Ihren Forderungen nach mehr Lehrern und nach mehr Polizei folgen würden. Wir sagen Ihnen: Die Haushaltskonsolidierung hat Vorrang. Sie muss dauerhaft in der Landesverfassung verankert werden.

Ein Risiko sehe ich, das bleiben wird, und das sind die Zinsen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn durch die Tarifabschlüsse – wir lesen es ja dieser Tage, dass z. B. die IG Metall 6,5 % mehr fordert – die Einkommen steigen, dann steigt natürlich auch die Gefahr, dass die Europäische Zentralbank mit den Zinsen anzieht, und das wäre schlecht für das Wachstum und die Investitionen in unserem Bundesland und schlecht für die öffentlichen Haushalte.

Deswegen muss uns allen daran gelegen sein, dass die Zinsen niedrig bleiben und dass wir unsere Konsolidierungspolitik in Baden-Württemberg in der bisherigen Weise fortführen können.

Unser Haushalt setzt aber auch politische Gestaltungsakzente. Wir setzen Investitionsschwerpunkte dort, wo es für das Land besonders wichtig ist. Wir haben ein starkes Signal politischer Handlungs- und Entscheidungskraft gegeben. Ich nenne die Bildungspolitik und das „Kinderland“ Baden-Württemberg, wo wir die Ausgaben um weitere 400 Millionen € steigern. Das ist eine Steigerung um 5,6 %. Damit geben wir knapp ein Viertel des Landesetats für den Bildungsbereich aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben das Hochschulland Baden-Württemberg fortentwickelt. Mit diesem Doppelhaushalt sind wir weiter als jedes andere Land in Deutschland. Wir sind vorbereitet auf die erhöhten Studierendenzahlen,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wenn es nur so wäre!)

die wir für das Jahr 2012 mit 16 000 prognostizieren. Wir sind ein Bundesland der inneren Sicherheit und wollen es bleiben. Wir modernisieren unsere Polizei und organisieren sie neu. Wir wollen eine bürgernahe und leistungsfähige Polizei, und wir wollen Verkehr und Infrastruktur voranbringen, vor allem Stuttgart 21.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles in allem sind wir in Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg. Ich zitiere eine Umfrage von McKinsey mit dem Titel „Perspektive Deutschland“ aus dem letzten Jahr. Darin steht:

Stuttgart als Großstadt, Bodensee-Oberschwaben als Region – die zufriedensten Deutschen leben im Süden der Bundesrepublik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU, zur SPD deutend: Außer die da drüben! – Abg. Reinhold Gall SPD: Damit haben Sie aber nichts zu tun! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Unter allen Bundesländern fühlen sich die Menschen in Baden-Württemberg am wohlsten. 80 % der von „Perspektive Deutschland“ Befragten leben gern hier. Meine sehr verehrten

(Dr. Stefan Scheffold)

Damen und Herren, ich füge hinzu: Dort, wo sich die Menschen wohlfühlen, kann die Politik nicht ganz schlecht sein.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut! – Abg. Alfred Winkler SPD: Wenn das stimmt, müsste in Mallorca die beste Politik gemacht werden! – Heiterkeit – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein, das stimmt nicht!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rust.

Abg. Ingo Rust SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich an den Beginn meiner Rede einen Dank stellen. Als Vorsitzender des Finanzausschusses möchte ich allen Mitgliedern des Finanzausschusses, die sich in den letzten zwei Wochen mit fast nichts anderem als mit dem Haushaltsplan beschäftigen konnten, herzlich danken.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Damit beschäftigen wir uns schon sehr viel länger!)

Ich darf Ihnen für die gute und sachliche Atmosphäre danken, für die konstruktiven Beiträge und für Ihr Verständnis, wenn ich hin und wieder darauf hingewiesen habe, Diskussionen lieber in den öffentlichen Raum zu verlagern, anstatt sie in nicht öffentlicher Ausschussberatung ausführlich zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Herzlichen Dank den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen: Herrn Herrmann, Herrn Dr. Schmid, Herrn Metzger und Frau Berroth, die teilweise schon seit einem halben Jahr am Haushaltsentwurf oder an Alternativkonzepten mitgearbeitet haben und damit sicher die Hauptlast der finanzpolitischen Arbeit getragen haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich darf sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit des Ausschusses mit der Landtagsverwaltung danken und möchte Sie, Herr Landtagspräsident, bitten, diesen Dank an Ihre hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg – das ist das Buch, das der Finanzminister und alle anderen Finanzpolitiker auf dem Nachtschisch stehen haben – steht in § 30 – ich zitiere –:

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes ist mit dem Entwurf des Haushaltsplans vor Beginn des Haushaltsjahres, für das er aufgestellt ist, in der Regel bis 30. September, im Landtag einzubringen.

Meine Damen und Herren, Jahr für Jahr, Haushalt für Haushalt verstößt die Landesregierung gegen diese Vorschrift der Landeshaushaltsordnung. Weder bei der Einbringung des Haushalts noch zu irgendeinem anderen Zeitpunkt gab sie eine Rechtfertigung oder Entschuldigung für dieses gesetzwid-

rige Verhalten. Das ist nicht in Ordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nun weiß ich, dass es für das extrem späte Einbringen des Haushalts gute Gründe gibt, die teilweise auch nachvollziehbar sind. Wenn Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, der Meinung sind, dass die Einbringung des Haushalts dauerhaft erst im Dezember stattfinden soll, dann würde ich Sie doch bitten, die Landeshaushaltsordnung und die Landesverfassung zu ändern, aber nicht ständig gegen die Landeshaushaltsordnung zu verstoßen. Das wäre im Sinne des Gesetzes.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nun sind wir, was Formalien angeht, eigentlich immer pragmatisch. Ich bin mir sicher, dass wir für diesen Punkt eine Lösung finden.

Was am Beispiel des permanenten Verstoßes gegen die Landeshaushaltsordnung in der Frage des Einbringungszeitpunkts des Haushalts aber sehr deutlich wird, ist die „Wertschätzung“ der Landeshaushaltsordnung durch die Regierungsfractionen und die Landesregierung. Deshalb bringt es aus meiner Sicht auch überhaupt nichts, ein Verschuldungsverbot in die Landeshaushaltsordnung zu schreiben, wie es von CDU und FDP/DVP vorgeschlagen wird. Da Sie schon jetzt permanent gegen die Landeshaushaltsordnung verstoßen, ist es wenig glaubwürdig, wenn Sie jetzt ein Verschuldungsverbot in die Landeshaushaltsordnung schreiben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen ist unbedingt zu fordern, dass das Verschuldungsverbot – und zwar ein striktes Verschuldungsverbot – in die Landesverfassung geschrieben wird.

Jetzt kann man natürlich der Auffassung sein – wie der Kollege Mappus es vorgetragen hat –, dass man dies erst 2011 tun sollte, wenn die Neuverschuldung tatsächlich auf null gesenkt wurde. Die Frage ist nur: Was machen wir, wenn dieses Ziel 2011 nicht erreicht wird?

(Abg. Stefan Mappus CDU: Diesen Fall gibt es gar nicht!)

Steht das Verschuldungsverbot dann trotzdem in der Verfassung, oder steht es nicht in der Verfassung?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen nach unserer Auffassung sinnvolle Zwischenschritte in Richtung auf das Ziel „Verschuldungsverbot in der Landesverfassung“ einführen. Als Zwischenschritt in Richtung auf ein striktes Verschuldungsverbot wäre es sicher denkbar, den Investitionsbegriff, der die Höhe der möglichen Schulden bestimmt, enger zu fassen – so, wie es der Landesrechnungshof in seiner Denkschrift empfohlen hat.

Man könnte z. B. die Zuschüsse für Investitionen, die das Land an die Kommunen weitergibt, nicht als originäre Lan-

(Ingo Rust)

desinvestitionen betrachten. Dann wäre der Spielraum, den das Land hätte, um Schulden zu machen, wesentlich geringer. Dann allerdings – das muss man im Rückblick sagen – wären die vergangenen Haushalte allesamt verfassungswidrig gewesen.

Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, die Hürde für die Schuldenmacherei im parlamentarischen Verfahren zu erhöhen, beispielsweise indem man die Kreditaufnahme an die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit im Parlament bindet. Dies würde es für die Regierungsfaktionen zweifelsohne extrem unattraktiv, aber nicht unmöglich machen, neue Kredite aufzunehmen. Die Opposition wiederum wäre damit ein Stück weit in die Verantwortung für den Schuldenabbau eingebunden.

Meine Damen und Herren, der Schuldenabbau muss in der Tat Priorität haben. Da stimmen wir Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihnen, Herr Finanzminister, ausdrücklich zu. Richtig ist aber auch, wie es unsere Fraktionsvorsitzende Vogt gesagt hat, dass Schuldenabbau nicht das Ziel, sondern der Weg ist. Er ist der Weg zu mehr Gestaltungsspielraum im Haushalt und zu verantwortungsvollem Umgang mit den Steuergeldern.

Stellen Sie sich einmal vor, was wir mit 2 Milliarden €, die wir jetzt nur für Zinszahlungen ausgeben, machen könnten. Ich sage Ihnen: Wir würden uns hier nicht über Studiengebühren, über einen gebührenfreien Kindergarten oder über ehrenamtliche Jugendbegleiter unterhalten. Wir würden uns nicht über die Schulsozialarbeit unterhalten und auch nicht über die Frage, wie viel wir bei Beamten, bei Lehrerinnen und Lehrern des Landes sparen müssen. Wenn wir diese 2 Milliarden € zur Verfügung hätten, würden wir uns über diese Themen gar nicht unterhalten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, gerade als jüngster Abgeordneter in diesem Haus bin ich der festen Überzeugung, dass jede Generation mit den Mitteln haushalten muss, die ihr zur Verfügung stehen, und nicht die Lasten auf zukünftige Generationen verschieben darf.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Mehrheit in diesem Haus der Meinung ist, dass die vorgesehenen Ausgaben in Höhe von insgesamt 32 Milliarden € wichtig und unverzichtbar seien und bei den Ausgaben nicht weiter gespart werden könne, man aber nur 31 Milliarden € zur Verfügung hat, dann muss man sich eben Gedanken machen, woher die zur Deckung der Ausgaben noch fehlende Milliarde genommen werden soll, und darf sie nicht einfach durch Aufnahme von Schulden gewinnen.

Wir müssen uns auch über die Einnahmeseite und unter Umständen auch über das Thema Steuern unterhalten. Schulden, meine Damen und Herren, sind nur die Steuererhöhungen von morgen. Deswegen brauchen wir uns aus meiner Sicht über das Thema „Schulden contra Steuererhöhungen“ nicht zu unterhalten.

Da wir als Land aber nur in einem einzigen kleinen Punkt die Möglichkeit haben, selbst an der Einnahmeseite etwas zu drehen, wenn es um Steuern geht, plädiert die SPD-Landtags-

fraktion nachdrücklich für eine eigene Steuerhoheit der Länder. Ich möchte Ihnen, Herr Ministerpräsident, für die zweite Stufe der Föderalismusreform in diesem Punkt unsere Unterstützung zusagen. Die Länder dürfen nicht nur eigene Ausgabekompetenzen, sondern sie müssen auch eigene Einnahmekompetenzen haben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wenn wir es tatsächlich schaffen, 2011 keine neuen Schulden zu machen – das ist schon ein ehrgeiziges Ziel –, und wenn wir es außerdem noch schaffen, tatsächlich Schulden zu tilgen – sagen wir einmal, wir schaffen es, pro Jahr im Durchschnitt 500 Millionen € an Schulden zu tilgen; auch das ist schon ein ehrgeiziges Ziel; das ist eine halbe Milliarde –,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dann heißt das, dass wir im Jahr 2107 keine Schulden mehr haben. 2107 wären wir schuldenfrei. Das heißt, es werden noch drei Generationen am Abbau der Schulden arbeiten, die wir in zwei Generationen der Nachkriegszeit aufgebaut haben. Meine Damen und Herren, das ist ein Unding, vor allem im Hinblick darauf, was wir den jungen Menschen damit als Paket mit auf den Weg geben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Fraktionsvorsitzende der CDU, Mappus, hat in der ersten Lesung erwähnt, dass wir bei der expliziten Verschuldung einen großartigen dritten Platz im Bundesvergleich einnehmen. Er hat aber gleich danach die Werte der beiden anderen Länder, die vor uns liegen, nämlich Sachsen und Bayern, relativiert,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Mit Ergänzungszuweisungen!)

weil dort andere Rahmenbedingungen bestehen. Sachsen, haben Sie gesagt, bekomme sehr viele Zuschüsse.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Bayern, haben Sie gesagt, habe die Kommunen gegeißelt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja, stimmt ja auch!)

– Ich komme gleich darauf. – Damit hat er suggeriert, dass Baden-Württemberg eigentlich auf Platz 1 stehen müsste. Und, Herr Mappus, Sie haben damit recht.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war jetzt völlig überraschend!)

Wenn ich die Zahlen der anderen relativiere, ist das Gefährliche, dass es durchaus passieren könnte, dass die eigenen Zahlen auch relativiert werden. Das hat tatsächlich jemand gemacht. In der zweiten Lesung ist schon angeklungen, dass es neben den expliziten Schulden, also der Verschuldung, die tatsächlich im Haushalt steht, auch die sogenannten impliziten Schulden gibt, die sich in Form von Pensionslasten in Zukunft auf den Landeshaushalt auswirken.

(Ingo Rust)

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist bei allen so! Das ist bei Bayern und Sachsen auch so!)

– Warten Sie noch ein bisschen ab.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es gibt eine Studie des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg – eine unserer besten Hochschulen im Land –, die die Pensionslasten der einzelnen Bundesländer einmal in Barwerte umgerechnet, auf die kommenden Jahre hochgerechnet und zu den expliziten Schulden addiert hat. Das Bild, das sich daraus ergibt, ist ein ganz anderes als das, das bisher stets gezeichnet wird, und widerspricht der Sichtweise von Baden-Württemberg als angeblichem Musterknaben bei der Verschuldung. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Hamburg neben seiner expliziten Pro-Kopf-Verschuldung von rund 12 000 € nochmals 40 000 €, also das Vierfache, an impliziter Verschuldung hat, sodass die wahre Pro-Kopf-Verschuldung von Hamburg – Hamburg kommt damit auf den letzten Platz – bei über 50 000 € liegt. Gefolgt wird Hamburg von Bremen mit einer wahren Pro-Kopf-Verschuldung von 48 000 € und – wen wundert's – Berlin mit einer wahren Pro-Kopf-Verschuldung von 46 000 €. Das waren die Bundesländer auf den letzten drei Plätzen. Auf dem viertletzten Platz in diesem Ranking steht überraschend Baden-Württemberg mit einer impliziten und expliziten Verschuldung von insgesamt 29 000 € pro Kopf.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ungeheuerlich!)

Das ist fast das Zehnfache unserer eigentlichen expliziten Verschuldung. Das heißt, unter den Flächenländern – wenn man also einmal die Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg herausnimmt – ist Baden-Württemberg bei der realen Verschuldung auf dem letzten Platz, meine Damen und Herren. Da sind wir mitnichten ein Musterknabe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Warum müssen Sie eigentlich immer alles schlechtrechnen? Ihr größter Ehrgeiz ist, möglichst schlechtzurechnen! Sagenhaft!)

– Herr Mappus, das habe nicht ich schlechtgerechnet. Das haben Kapazitäten aus den besten Hochschulen Baden-Württembergs gerechnet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unsere Hochschulen! Spitze! – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Immerhin das habt ihr jetzt begriffen!)

Meine Damen und Herren, das Volumen, das durch die Haushaltsberatungen im Finanzausschuss und im Plenum umverteilt wird, ist im Vergleich zum Gesamtvolumen des Haushalts in der Tat eher bescheiden. Dies wurde ja bereits in der Öffentlichkeit diskutiert. Auch das Haushaltskonzept meiner Fraktion umfasst „nur“ ein Umverteilungsvolumen von 312 Millionen €; das sind 0,5 % des Haushaltsvolumens. Nun versuchen einige, einen Vergleich mit dem Bundeshaushalt zu ziehen und die Beratungen zum Bundeshaushalt mit den Beratungen im Finanzausschuss des Landtags zu vergleichen.

(Zuruf von der CDU: Metzger!)

Zunächst klingt dieser Vergleich durchaus plausibel, in Wahrheit ist er aber unsinnig. Ein Vergleich ist schon deswegen unzulässig, weil der Bundeshaushalt fristgerecht eingebracht wird, das heißt, die November-Steuerschätzung noch nicht im Entwurf berücksichtigt wird. Hingegen wird in Baden-Württemberg die Steuerschätzung noch vom Finanzministerium in den Etatentwurf eingearbeitet.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das heißt, ein beträchtlicher Anteil dessen, was der Haushaltsausschuss des Bundestags einarbeitet, sind Aktualisierungen der Steuerdaten.

Der zweite Grund, warum ein solcher Vergleich unzulässig ist, ist, dass der Bundeshaushalt einen anderen Charakter hat. Der Bundeshaushalt ist im Wesentlichen ein Programm- und Transferhaushalt. Der Landeshaushalt ist ein Verwaltungshaushalt, der sich im Wesentlichen auf Personalausgaben und gebundene Ausgaben bezieht.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das wirklich kurzfristig bewegbare Volumen im Landeshaushalt beläuft sich auf um die 5 %. Das heißt, eine wahre Relation lässt sich nur für das tatsächlich bewegbare Volumen anstellen.

Ein weiterer Grund für die verhältnismäßig geringe Änderung bei den Haushaltsberatungen im Landtag ist natürlich auch, dass die Landesregierung und die Regierungsfractionen bei der Aufstellung des Haushalts bereits eng zusammenarbeiten. Das mag uns als Opposition nicht freuen. Ich gebe aber gern zu, dass wir es vermutlich genauso machen würden, wenn wir an der Regierung wären.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Klatschen Sie gern, Frau Kollegin. – Was dann aber nicht sein kann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass man zuerst Wert darauf legt, den Entwurf mitgestaltet zu haben – selbstverständlich auch inklusive aller Kürzungen im Entwurf der Regierung –, und sich dann nachher, wenn das Spielgeld verteilt wird, als Retter der Enterbten und Beschützer von Witwen und Waisen zu präsentieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entweder waren Sie am Entwurf nicht beteiligt. Dann wäre es natürlich beschämend,

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Mitgefangen, mitgehangen!)

dass das Volumen der Mittel so gering ist, die durch das Parlament umverteilt wurden. Oder Sie haben den Entwurf maßgeblich mitgestaltet. Dann können Sie aber im Nachhinein nicht als Beschützer der Kürzungsempfänger gegenüber der bösen Landesregierung auftreten. Entweder sind Sie Robin Hood, oder Sie sind der Sheriff von Nottingham. Beides gleichzeitig geht nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

(Ingo Rust)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird Sie nicht wundern,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau!)

dass die SPD-Landtagsfraktion dem Haushalt in dieser Fassung nicht zustimmen kann.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Metzger.

Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschussvorsitzende Rust hat gerade zu Recht das Thema „Umgang des Parlaments mit seinem Königsrecht“ angesprochen. Ich stelle fest: Wir haben in Baden-Württemberg ein Königsrecht des Parlaments, das sich im Ergebnis im Promillebereich bewegt. Wenn nur ein halbes Promille des gesamten Haushaltsvolumens verändert wird – trotz des gerade von Ihnen, Herr Rust, angeführten Vergleichs mit dem Bundeshaushalt –, dann ist das ein Armutszeugnis für dieses Parlament und vor allem auch ein Armutszeugnis für die Regierungsfractionen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Keine Sorge, wir waren beteiligt! – Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Denn in der Tat können Sie sich – nach dem Motto „Mitgefangen, mitgehungen“ – nicht im Nachhinein absentieren und als Rächer der Entrechteten aufspielen, wenn Sie vorher behaupten, Sie seien mit einbezogen gewesen – wie es Ihre Haushaltssprecher bei der Pressekonferenz getan haben. Sie können sich jetzt nicht einfach aus dem Staub machen. So geht es nicht. – Das war für mich das erste Phänomen.

Das Zweite, rein prozedural: Eine Einbringung des Haushalts – dessen Verabschiedung das Königsrecht unseres Parlaments ist –, die so vonstatten geht, dass der Haushaltsentwurf in der Nacht zuvor den Abgeordneten zugestellt wird, dass dann der Finanzminister eine Eröffnungsrede hält und dieses Parlament hinterher eine Woche Pause hat

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

und der Minister erst eine Woche später wieder spricht, bevor dann die Regierungsfractionen wieder zu Wort kommen, widerspricht jeglicher parlamentarischen Teilhabe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das müssen wir auf jeden Fall im Zuge der Parlamentsreform ändern. Dann hat das Ganze eine andere Dynamik, und dann kann auch die Öffentlichkeit nicht mehr sagen, in diesem Landtag werde quasi ein Exekutivparlamentarismus betrieben. Dann ist dieser Landtag wieder ein Ort der parlamentarischen Debatte und Auseinandersetzungskultur. Dann gibt es auch so etwas wie Waffengleichheit zwischen der Regierung und der Opposition, und das, finde ich, stünde einem Land wie Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident, gut an.

Die weitere Erfahrung ist ein Phänomen dieser Haushaltsberatungen, das ich als „Oettinger-Phänomen“ bezeichnen möchte. Es heißt: Sparen tut nicht weh. Denn eigentlich soll es ja ein Sparhaushalt sein, denn man hat das Ziel der Nullnettokreditaufnahme im Jahr 2011. Aber in diesem Land gibt es keine Personengruppen, die demonstrieren – so, wie es andersorts vor Landtagen der Fall ist, wenn konsolidiert wird. Nun kommt die Union und sagt, wie gerade Herr Kollege Scheffold: „Euer Problem als Opposition ist ja nur, dass der Regierungschef so klug verhandelt hat.“ Ich habe in meinem Leben die Erfahrung gemacht: Wenn man verhandelt und die Verhandlungspartner, denen man eigentlich etwas aus der Tasche ziehen möchte, ruhig sind, dann hat man womöglich ein schlechtes Geschäft gemacht.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir sparen nicht, damit es wehtut!)

Jetzt will ich nicht mit dem Schwert draufhauen, sondern eher wie ein Florettfechter agieren und anerkennen, wo die Verhandlungsergebnisse zwischen der Regierung und den betroffenen Gruppen ordentlich waren. Ich sage Ihnen: Die Vereinbarung mit den Kommunen geht auch nach unserer Auffassung als Grünen-Fraktion in Ordnung. Denn der Deal, den Sie dort gemacht haben, nämlich das Konnexitätsprinzip in die Verfassung aufzunehmen und dafür die Akzeptanz der kommunalen Seite für die Kürzungen im Finanzausgleich zu erreichen, der geht in Ordnung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber da gibt es noch eine Bringschuld!)

Ich will mit dem Florett fechten.

Der zweite Punkt ist ein Thema, das wir, wie ich finde, auch bei der abschließenden Beratung dieses Haushalts in den Mittelpunkt rücken müssen. Die Achillesferse dieses Landeshaushalts ist die Versorgungslast, die wir für die Ruhegehaltsempfänger und ihre Angehörigen tragen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist unbestritten!)

Mit dem Beitrag, den Sie dem Beamtenbund angeblich abgetrotzt haben, Herr Oettinger, haben Sie eine Placeboeinsparung hibekommen.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Deshalb ist der Beamtenbund so ruhig. Wissen Sie, warum? Sie haben quasi die 123 Millionen € für Kürzungen der Sonderzahlungen für Pensionäre und aktive Beamte erkaufte um den Preis, dass ab 2009 die Sonderzahlungen, auch wenn sie dann reduziert sind, auf Dauer in die Grundgehaltstabellen eingearbeitet sind und damit für alle Zeiten zum Kernbestand der Beamtenalimentation gehören. Sie haben damit in Baden-Württemberg Eingriffe in diese größte ausgabenexplosive Veranstaltung unterbunden. Wenn das ein kluges Geschäft ist, dann verstehe ich nicht, was finanzpolitische Verantwortung und Generationengerechtigkeit heißt.

Kollege Stich, der Vorsitzende des Beamtenbunds in Baden-Württemberg, wurde eingangs aus den eigenen Reihen angegriffen. Er hatte offensichtlich Vermittlungsprobleme, seinen Mitgliedern klarzumachen, dass sie hier auf lange Zeit ein gutes Geschäft gemacht haben. Aber ein gutes Geschäft für

(Oswald Metzger)

den Landeshaushalt von Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident Oettinger, war diese Vereinbarung mitnichten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da klatscht niemand!
– Heiterkeit – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Schön,
dass Sie sich so klar zu einem Sonderopfer für Be-
amte bekennen! Das finde ich schön, bezüglich Ver-
lässlichkeit!)

Ich will Ihnen das ganz deutlich sagen. Das Statistische Landesamt schreibt in seinem Jahresbericht vom November 2006, ganz neu – das können Sie sich anschauen –: Etwa 3 000 Versorgungsempfänger kommen in den nächsten 10, 12, 15 Jahren jedes Jahr als zusätzliche Ausgabeposition auf den Landeshaushalt zu. Das sind Versorgungsempfänger, die ihre Anwartschaften natürlich erarbeitet haben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben!)

Sie sind aber nicht mehr im aktiven Dienst und dürfen deshalb aus meiner Sicht, Herr Kollege Scheffold, natürlich auch nicht auf der Habenseite eines Bildungshaushalts auftauchen. Da sehen Sie doch die Krux des Landeshaushalts: Sie loben einen Aufwuchs von 5,6 % im Bereich Schule und Hochschule, und in Wirklichkeit ist die Hälfte dieses Aufwuchses nichts anderes als die Steigerung der Ausgaben für pensionierte Lehrerinnen und Lehrer und pensionierte Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. Ich habe noch nie gehört, dass ein Bildungsaufwuchs oder eine Qualitätsoffensive des Landes dann spürbar wird, wenn die Ruhegehaltszahlungen für frühere Mitarbeiter steigen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sie sinken doch!
Wir haben doch gekürzt! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, das ist ein Denkfehler!)

Daran merken Sie doch, was für ein Problem das Ganze ist.

Lieber Kollege Noll, schauen Sie in den heute zu beschließenden Haushalt. Sie werden feststellen: Im Jahr 2008 steigen die Versorgungsausgaben um 140 Millionen € an. Sie sparen 123 Millionen € ein. Von Jahr zu Jahr geht diese Schere weiter auf. Das ist eine Milchbubenrechnung. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Wir werden den Finger wirklich in die Wunde legen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das dürfen Sie gern machen! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Noll, haben Sie gemerkt, er hat „Milchbubenrechnung“ gesagt! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, ja! Das hat er von Frau Berroth gelernt!)

Der Zusammenhang zwischen Versorgungsausgaben und eingeschränkten Spielräumen der Landespolitik ist offenkundig.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Denn Sie verschieben hier Lasten auf den Zeitraum nach 2011. Herr Ministerpräsident Oettinger, es ist natürlich auch quasi ein Bubenstück, wenn man jetzt die gesamte Öffentlichkeit auf das Datum 2011 fixiert, aber die Lastenverschiebungen, die tatsächlich danach kommen, nicht in den Blick nimmt und sich vor allem auch nicht auf die Kernpolitikfelder unseres

Landes konzentriert, die für die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs wichtig sind.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die verschieben Sie mit Ihrem Bildungspakt!)

Wenn man für Bildung etwas tun will, lieber Kollege Noll – denken Sie an Ihre Parteitagbeschlüsse –,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja! Dann verschieben Sie die Lasten in die Zukunft!)

dann muss man Geld in die Hand nehmen. Gerade die skandinavischen Länder, die bei den PISA-Studien im internationalen Vergleich von den Bildungsergebnissen her Spitze sind,

(Zuruf des Abg. Peter Schneider CDU)

haben in den Neunzigerjahren angefangen, mehr Geld in die Hand zu nehmen. Bei allen Problemen einer Statistik wie der in der Bertelsmann-Studie, Herr Finanzminister, wonach Baden-Württemberg, bezogen auf den Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, unter dem Bundesdurchschnitt liegt – Sie relativieren dies mit dem Hinweis auf den Länderfinanzausgleich –, ist es doch tatsächlich so, dass wir zu wenig in die Köpfe investieren. Wir sind aber ein Industrieland. Wir sind stärker als andere Bundesländer vom Export abhängig. Wir stehen stärker im Wettbewerb mit anderen Wachstumsregionen dieser Welt, besonders im asiatischen Raum,

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

wo der Bildungshunger so kolossal ist. Der Wissenschaftsausschuss unseres Landtags konnte vor Kurzem feststellen, wie viel Geld in diesen aufstrebenden Volkswirtschaften in die Hand genommen wird.

Da müssen wir jetzt die einmalige Chance in unserem Land nutzen, dass die Parallelität zweier Ereignisse sowohl eine Konsolidierungsstrategie möglich macht als auch dazu beiträgt, dass mehr Geld für die Bildung mobilisiert werden kann. Das ist die Parallelität, dass zum einen in den nächsten zehn Jahren Lehrerinnen und Lehrer in großer Zahl in den Ruhestand gehen, also quasi Personalabbau beim Staat stattfinden kann, ohne dass das zu betriebsbedingten Kündigungen führt – bei Beamten würde das sowieso nicht laufen –, und zum anderen ausscheidendes Personal nicht ersetzt zu werden braucht, weil gleichzeitig die Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten zehn Jahren massiv zurückgehen.

Wenn man im Saldo den Personalabbau auf 8 000 Stellen konzentriert, über einen Zehnjahreshorizont einen Bildungspakt abschließt und jetzt sowie in den nächsten Jahren für eine Bildungsoffensive mehr Geld in die Hand nimmt, dann hat das nichts mit Schattenhaushalt zu tun, sondern ist das eine korrekte Abfinanzierung einer Innovations- und Qualitätsoffensive für unseren Standort.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das wird nicht richtiger, je öfter Sie es wiederholen!)

(Oswald Metzger)

Herr Mappus, Herr Stratthaus, Herr Ministerpräsident, Sie werden noch in dieser Legislaturperiode auf diese Linie einschwenken. Sie zieren sich jetzt noch. Aber die Kraft des Faktischen ist einfach so, dass an diesem vernünftigen, rational rechenbaren Konzept kein Mensch vorbeikommt. Wir müssen jetzt in eine Bildungsoffensive investieren, in Ganztagsbetreuung – auch übrigens schon vor der Schule in Form eines bedarfsgerechten flächendeckenden Angebots der Kleinkindbetreuung – und in Hochschulplätze investieren. Gerade heute haben wir ja in der Presse über den Bildungspakt mit den Hochschulen, den Sie gestern vorgestellt haben, lesen können, dass die Vertragspartner hochschulseitig schon bezweifeln, dass der Aufwuchs an Studienplätzen, den Sie planen, überhaupt reicht und vor allem, dass er seriös finanziert ist.

Wenn Sie das alles zusammenbinden, dann – davon bin ich überzeugt – haben wir als Grünen-Fraktion eine nachhaltige, generationengerechte Finanzpolitik für unser Land, die Zukunftschancen eröffnet und Haushaltskonsolidierung möglich macht.

(Beifall bei den Grünen)

Schauen Sie sich an, welche Risiken im Etat auf einer anderen Baustelle liegen. Kann man sich für eine Nettonull wirklich schon auf die Schultern klopfen, wenn man hierfür das Tafelsilber verkauft?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das liegt doch nicht daran!)

Das Geld, das Sie aus Immobilienveräußerungen einnehmen, stecken Sie nicht in die Substanzerhaltung des Vermögens unseres Landes – allein der Sanierungsbedarf der Hochschulen und Fachhochschulen beträgt 3 Milliarden € –,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was wollen Sie denn jetzt, Schulden abbauen oder Vermögen abbauen?)

sondern in den Haushaltsausgleich, weil Sie nicht die Kraft haben, an den wichtigen Ausgabenpositionen strukturell zu sparen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da müssen Sie das eine Silber durch das andere ersetzen!)

Herr Ministerpräsident, entspricht es Ihrer Vorstellung von klugem Sparen, wenn man Vermögensverzehr nicht zur Substanzerhaltung reinvestiert? Das gilt übrigens nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für die Verkehrsinfrastruktur in diesem Land.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was wollen Sie denn jetzt? – Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt kurven Sie aber arg durch die Slalomstangen!)

Solange Sie die Substanzerhaltung nicht in den Vordergrund stellen, brauchen Sie den Bürgermeistern im Land keine neuen Straßenprojekte in großem Stil zu versprechen, weil das Ganze quasi eine unehrliche Politik ist.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Tun wir doch gar nicht! – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie wollten über die Jahre hinweg weniger Geld für die Infrastruktur! Und jetzt beklagen Sie sich über die Substanz!)

Jetzt noch zum Thema „Nachhaltigkeit und Ökologie“. Herr Mappus – das hat übrigens auch etwas mit dem Ritual zu tun, wie man dieses Parlament ausbremst –: Ihr kleines Ökobonusle, das Sie quasi fristgerecht auf den Tag lanciert haben, an dem sich dieses Parlament im Dezember in der ersten Lesung erstmals mit dem Haushalt befasst hat, mobilisiert die sagenhafte Summe von drei oder dreieinhalb Millionen Euro – wenn dies über die Landesbauordnung überhaupt umsetzbar ist; daran haben wir Zweifel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schätzen Sie es nicht gering!)

Gleichzeitig streichen Sie Nahverkehrsmittel – und der Protest in der Fläche ist stärker, als Sie glauben. Nordwürttemberg meldet sich heute via Presse, in meiner Region sind selbst Bürgermeister vor Ort, die immer für Stuttgart 21 eingetreten waren, plötzlich höllisch vorsichtig, weil sie sagen: Uns fallen jetzt Bahnhöfe weg, die man mit CDU-Mehrheiten in den Kreistagen vor fünf Jahren noch mit GVFG-Mitteln gefördert hat.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Was für Bahnhöfe fallen jetzt weg? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche?)

– Biberach-Süd, Berufsschulzentrum. Sie haben einen Kollegen in Ihrer Fraktion sitzen, der dort Landrat war.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Zentrale Verbindungen!)

– Nein. Aber wenn die Verbindungen aus dem Süden des Landkreises wegfallen, dann können die Schüler und Berufspendler diese Verbindungen nicht mehr nutzen. Dann werden sie auf das Auto umsteigen. Damit will ich sagen: Sie – –

(Abg. Stefan Mappus CDU: Zweieinhalb Prozent im ganzen Land, Herr Metzger! Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da erzählen! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Metzger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Herrmann?

Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Aber bitte!

Präsident Peter Straub: Bitte, Herr Abg. Herrmann.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Kollege Metzger, können Sie mir sagen, wo im Land ein Bahnhof durch die Verringerung von Zugverbindungen wegfällt

(Abg. Stefan Mappus CDU: Er will sie tieferlegen, unter die Erde!)

– außer dem Hauptbahnhof in Stuttgart, der tiefer gelegt wird?

Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Herr Herrmann, ironisieren Sie das Thema nicht. Sie werden dann Probleme bei Ihren Leuten vor Ort bekommen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Oswald Metzger)

Der Warthäuser Bürgermeister Fark hat eine Resolution seines Gemeinderats an den Verkehrsminister übersandt: „In Warthausen fallen Zugverbindungen weg, sodass der Bahnhof seine Funktion für den Berufsverkehr verliert.“ Herr Schneider, Biberach-Süd hat künftig für den Schülerverkehr

(Abg. Peter Schneider CDU: Einen weniger!)

weniger Halte. Es gibt Protest. Ihr Nachfolger im Landratsamt, Heiko Schmid, hat die Abgeordneten, Sie und mich, angeschrieben. Aber ich will hier keine Wahlkreisrhetorik betreiben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Also es fällt kein Bahnhof weg, haben Sie eben bestätigt!)

– Es fallen Verbindungen weg, Herr Herrmann.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Zweieinhalb Prozent! Das ist etwas ganz anderes! Bleiben Sie korrekt, Herr Metzger!)

– Ich bleibe korrekt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Florett, kein Degen!)

Herr Herrmann, ich werde noch korrekter: In meiner Heimatstadt Bad Schussenried fallen 14 Halte weg. Das sind 25 % der gesamten heute noch 55 Halte pro Tag. Wenn das nicht ein gravierender Eingriff ist, dann weiß ich nicht, wie man das anders bewerten sollte. Ich wäre also vorsichtig.

In der Fläche ist der Protest stark, und Sie haben sich ein Ei gelegt, das Sie noch Unterstützung für Stuttgart 21 kosten wird.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was für ein Ei? Das ist doch von Steinbrück initiiert! Es sind doch viel höhere Zahlen von Steinbrück gefordert worden!)

Wir geben Ihnen als Regierungsfractionen heute noch einmal die Chance, durch einen Änderungsantrag, den wir Grünen einbringen und über den wir namentlich abstimmen lassen wollen, diesen Fehler auszubügeln, und zwar nicht, indem wir jetzt in die Vollen gehen, sondern indem wir sagen: Die ärgsten Probleme in den Verbindungen können Sie ausbügeln mit der kleinen Summe von 5 Millionen € in diesem und im nächsten Jahr. Letzte Woche haben bei einer Abstimmung, bei der es um den dreifachen Betrag ging, zwei Kollegen der FDP/DVP wenigstens den Mut gehabt, hier im Landtag nicht etwas anderes zu sagen als vor Ort. Sie könnten das Ganze hier heute auch unter Beweis stellen. Ich wäre froh, wenn Abgeordnete hier auch einmal aus der Sicht der Region entscheiden würden und sich nicht hinter die Aussage zurückziehen würden: „Es sind ja nur 3 % der Zugkilometer in Baden-Württemberg.“

(Abg. Stefan Mappus CDU: 2,5!)

– Knapp 3 %, Herr Mappus.

(Beifall bei den Grünen)

Klare Ansage zu diesem Etat: Dort, wo die großen strukturellen Probleme der Zukunft liegen, wo wir in Baden-Würt-

temberg mit der zahlenstärksten Beamtenschaft aller westdeutschen Bundesländer in den nächsten Jahrzehnten einen immensen Aufwuchs an Ausgaben haben, tun Sie nichts bzw. lassen sich vom Beamtenbund, Herr Oettinger, über den Tisch ziehen.

(Lachen der Abg. Stefan Mappus CDU und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Darum sind die so ruhig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Loyal sind die!)

Zweiter Punkt: In einem Bereich, der für das Land wichtig ist, weil es um die Köpfe geht, im Bildungsbereich, tun Sie unterdurchschnittlich viel, verstecken dies aber mit dem Hinweis, dass es ein Ausgabenwachstum gibt. Dieses Ausgabenwachstum beruht jedoch mehr als zur Hälfte auf den Versorgungsausgaben.

Herr Oettinger, an einem Punkt, wo Sie in Ihrer Partei in die Fußstapfen eines Friedrich Merz treten könnten, indem Sie sozusagen die wirtschaftsliberale Karte der Union spielen, empfehle ich Ihnen, sich dann auf Bundesebene nicht nur in der Föderalismusreformkommission II zu tummeln, sondern vor allem Sorge dafür zu tragen, dass die Steigerungen der Lohnnebenkosten eingedämmt werden, die durch die verfehlten Sozialstaatsreformen entstehen. Die Gesundheitsreform ist eine Reform, die die Kosten treibt, die am Faktor Arbeit hängen, die die Lohnnebenkosten treibt. Bei der Pflege droht ähnliches Ungemach. Da hätten Sie als Ministerpräsident eine Baustelle, an der Sie verdienstvoll auch für den Industriestandort Baden-Württemberg indirekt in Ihrer Partei sorgen könnten. Denn das, was die CDU dort mitträgt, hat mitnichten etwas mit guter Standortpolitik für Baden-Württemberg zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ute Vogt SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Haushalt ist der erste Schritt der Umsetzung dessen, was wir in der Koalitionsvereinbarung als vorrangiges Ziel der Landespolitik für diese Legislaturperiode festgelegt haben, nämlich die Nettoneuverschuldung auf mindestens null zurückzuführen, und zwar nicht im, sondern spätestens ab dem Jahr 2011. Das muss auch für den Zeitraum danach gelten. Im Haushaltsplan für die Jahre 2005 und 2006 war noch eine Nettokreditaufnahme von jeweils knapp 2 Milliarden € vorgesehen. Jetzt nähern wir uns dem Ziel Null mit großen Schritten. Wir wissen aber auch, dass das Ziel noch nicht erreicht ist. Wir beschließen zwar eine ganze Reihe strukturell wirksamer Maßnahmen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben!)

die auch künftige Haushalte entlasten, trotzdem werden wir 2009 und in den Folgejahren noch jeweils 1 Milliarde € einsparen müssen, um punktgenau zu landen. Wir müssen dies tun, und wir werden es tun, weil wir wissen, die Motive der

(Heiderose Berroth)

Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit erfordern es, mit der Politik der ständig steigenden Verschuldung Schluss zu machen.

Dabei möchte ich gleich auf den Vorschlag der Grünen zur Gegenfinanzierung eingehen. Der sogenannte Bildungsfonds der Grünen ist ein Beispiel dafür, wie man sich ganz leichten Fußes von eigenen Anträgen zum Abschlussbericht der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ verabschiedet. Wie war das noch? Man müsse jährlich 1 % der Personalkosten einsparen und damit Jahr für Jahr 2 000 Stellen. Nun beantragen Sie stattdessen eine Fülle neuer Stellen. Zusätzliche Schulden, Herr Kollege Metzger, bleiben aber zusätzliche Schulden –

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Nicht wenn man es über den Abbau von im Saldo 8 000 Stellen wegen des Schülerrückgangs innerhalb von zehn Jahren solide finanziert!)

auch, wenn man dafür eine Sonderfinanzierung vorsieht und verspricht, sie bis zum Jahr 2017 wieder zu tilgen. Wir werden dieses Geld auch dann nicht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

So eine Lösung mag zwar gut klingen – vor allem, wenn es für einen guten Zweck gedacht ist –, aber seriös ist es nicht, denn damit würde ein ganz unsicherer Wechsel auf die Zukunft gezogen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ähnlich ist es auch mit den Gegenfinanzierungsvorschlägen der SPD.

Wir aber haben mit Blick auf weitere Haushaltsklarheit z. B. damit begonnen, die Mittel für den Landesstraßenbau in den Landeshaushalt zurückzuführen. Wir wollen für die Zukunft mehr Haushaltssicherheit. Unser ausdrücklicher Dank gilt deshalb Herrn Finanzminister Stratthaus für seinen Schwenk beim Verschuldungsverbot. Es kam auch für uns überraschend. Nur einen Tag nachdem es im Finanzausschuss noch eine heiße Debatte um den Rechnungshofvorschlag gegeben hatte, konnten wir der Presse entnehmen, dass unsere Argumente doch Wirkung gezeigt haben. Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mit dem Haushaltsstrukturgesetz verankern wir mit Wirkung ab 2011 ein Verbot der Neuverschuldung in der Landeshaushaltsordnung. Dazu wird die Verankerung des Verbots der Neuverschuldung in der Verfassung noch in dieser Legislaturperiode kommen. Das ist klar vereinbart, wurde von uns angekündigt und wird auch so umgesetzt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich wünsche mir allerdings sehr, dass dieser Kurs auch anderswo Nachahmer findet. Die Föderalismusreform II wird dies zeigen müssen. Wir wissen allerdings, dass die Kompromissbildung nicht nur zwischen dem Bund und den Ländern, sondern bei diesem Thema gerade auch zwischen den Län-

dern selbst noch erheblich schwieriger sein wird als bei der ersten Stufe der Föderalismusreform. Das ist auch eine Herausforderung für unseren Ministerpräsidenten Günther Oettinger und alle, die am Verhandlungstisch sitzen, eine Herausforderung jedoch, die jede Anstrengung lohnt.

Wir brauchen Instrumente zur Vorbeugung bei Haushaltskrisen und Haushaltsnotlagen. Wir brauchen Kriterien für eine höchstens zulässige Verschuldung, Strategien für den Abbau übermäßiger Verschuldung und ein Instrumentarium, das die Einhaltung dieser Kriterien auch garantiert.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Wir brauchen eine stärkere Eigenverantwortung von Bund und Ländern und eine stärker eigenständige, aufgabenadäquate Finanzausstattung. Für bestimmte Steuerarten sollten die Länder selbst die Gesetzgebungskompetenz erhalten. Bei anderen, z. B. bei der Lohn- und Einkommensteuer, ist ein Hebesatzrecht sehr wohl denkbar.

Auch die Struktur des Länderfinanzausgleichs muss erneut auf den Prüfstand – nicht weil wir uns der Solidarität entziehen wollen, sondern weil er in seiner heutigen Form einfach falsche Anreize sowohl für die Geber- als auch für die Nehmerländer setzt. Herr Kollege Rust, wir müssten uns auch nicht über Kindergartengebühren und Regionalisierungsmittel unterhalten, wenn der Länderfinanzausgleich eine solide Struktur hätte.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun zum Antrag der Grünen wegen der Regionalisierungsmittel. Wir haben das schon an den verschiedensten Stellen erörtert: Dieses Gespräch ist nicht hier im Landtag zu führen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo denn sonst?)

Es ist doch so: Wenn die Herren Koch und Steinbrück, als sie – sicherlich auch aufgrund der Erfahrungen in ihrem eigenen Land – zu der Erkenntnis kamen, dass nicht alle Mittel sachgerecht verwendet werden, gesagt hätten: „Wir nehmen es denen weg, die diese Mittel nicht dafür einsetzen, ihren Nahverkehr auszubauen“, dann wäre da überhaupt kein Problem gewesen. Genau die, auf die das zutrifft, haben jetzt auch nicht das Problem, Streckenkilometer streichen zu müssen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Aber wir, die wir das Geld für den Nahverkehr ausgegeben haben, wir brauchen diese Mittel auch weiterhin. Natürlich ist es problematisch, dass die Deutsche Bahn offensichtlich nicht ganz betriebswirtschaftlich gedacht hat, sondern auf Strecken streicht, wo wirklich Verkehrsvolumen wegfällt und wo dieses Verkehrsaufkommen auch nicht von der Straße übernommen werden kann, weil in diesen Gebieten die Straßen ohnehin voll sind.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist doch Ihr Vertrag! Das ist doch Ihr Vertrag! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie machen doch die Verkehrspolitik!)

(Heiderose Berroth)

Das ist aber kein Problem des Landtags, sondern das ist ein Problem u. a. der Deutschen Bahn und deshalb nicht hier zu erörtern.

Übrigens, Herr Metzger, zu Ihrem Antrag. Nachdem Sie es sich so einfach gemacht haben mit der Gegenfinanzierung, fällt uns auch die Ablehnung leicht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen:
Jawohl!)

Die Grünen erwerben sich „bleibende Verdienste“ dadurch, dass sie Totengräber nicht nur von Stuttgart 21, sondern auch von der baden-württembergischen Wirtschaft sein wollen. Wir werden alles tun, dies zu verhindern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dieser Haushalt ist ein Sparhaushalt, ganz klar. Wir mussten 1,3 Milliarden € für 2007 und 1,6 Milliarden € für 2008 einsparen, um den Haushalt schrittweise zu konsolidieren und die Nettokreditaufnahme entsprechend abzusenken. Wer behauptet, die Konsolidierung dieses Haushalts sei uns gewissermaßen in den Schoß gefallen, der zeigt damit nur, dass er von den Realitäten der Haushaltspolitik wenig versteht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll
FDP/DVP: Offenbar ist das lästige Arbeit!)

Wir haben andererseits nicht nur gespart, sondern sehr wohl da erhöht, wo es nötig ist. Ein Beispiel dafür ist das Strukturprogramm im mittleren Dienst für Justiz- und Steuerverwaltung. Auch wenn die Opposition dies offensichtlich – weil sie es immer anmahnt – nicht bemerkt hat: Dieser Haushalt setzt ganz deutliche Schwerpunkte und bringt strukturelle Veränderungen. Diese Schwerpunkte folgen denselben Kriterien der Generationengerechtigkeit, der Nachhaltigkeit und der Zukunftsorientierung, die auch unseren Kurs strikter Haushaltskonsolidierung leiten. Die Schwerpunkte liegen vor allem bei Bildung und Betreuung, bei Wissenschaft und Forschung und im Umweltsektor.

Nachhaltigkeit ist im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ein Motiv, das allzu oft nur im Kontext von Energie- und Umweltpolitik diskutiert wird. Tatsächlich liegt dem Nachhaltigkeitsgedanken ein ganz umfassender Ansatz gesellschaftlicher Entwicklung zugrunde. Richtig verstanden zielt der Begriff auf einen Entwicklungsprozess, der ökonomisch erfolgreich ist und sich zugleich durch ein von ökologischem Bewusstsein und sozialer Verantwortung geleitetes Handeln auszeichnet.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig! Soziale
Verantwortung auch gegenüber den kommenden
Generationen!)

Eine einseitige Betonung nur der Ökologie hat mit Nachhaltigkeit überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Kollege Rust, Sie haben die Rolle der Koalitionsfraktionen bei der Vorbereitung des Haushalts angesprochen. Ich finde es wirklich gut, dass Sie das gewürdigt haben. Es ist in der Tat ein anderer Stil als im Bund, wo man sehr vieles nach

außen trägt und dann lauthals öffentlich darüber diskutiert, letztlich aber weniger erreicht, als wir es mit unserem seit Langem im Land geübten Verfahren hinbekommen. Es wurde stets nicht nur in kleiner Runde besprochen, sondern jeweils den Fraktionen rückgemeldet.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt!)

Es ist klar, dass das der Opposition nicht immer gefällt. Das würde mir ähnlich gehen.

Aber nun zu Ihrer Aussage zu den nachträglichen Änderungsanträgen. Vielleicht können Sie sich vorstellen, dass es auch in solchen Verhandlungen Dinge gibt, bei denen nicht unbedingt alle einig sind und man noch eigene Schwerpunkte setzen will. Außerdem haben wir ein gewisses Prinzip durchgehalten. Wir hatten im Koalitionsvertrag eine fünfprozentige Kürzung bei den freiwilligen Leistungen des Landes vereinbart. Das ist so auch in den Haushalt eingeflossen. Mit unseren nachträglichen Änderungen haben wir dort Korrekturen gesetzt, wo es uns notwendig erschien. – Das nur noch einmal zur Erläuterung.

Zu der anderen von Ihnen aufgeworfenen Frage, Herr Metzger, wann Haushaltsberatungen stattfinden: Ich glaube, darüber kann man sich im Rahmen der Geschäftsordnungskommission des Landtagspräsidiums oder in einem ähnlichen Gremium durchaus unterhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Da ist sowieso einiges im Umbruch. Ich habe im Moment dazu keine feste Position. Es gibt Vor- und Nachteile. Das sollten wir einfach sachlich angehen.

Zu den Änderungsanträgen, die die Koalitionsfraktionen eingebracht haben, unter anderem zum Energiebereich: Wir haben – das haben Sie lobend und schimpfend zugleich erwähnt – ein ganzes Bündel von Änderungen vorgelegt, die den deutlichen Willen unterstreichen, Energie zu sparen, die Energieeffizienz zu erhöhen und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien voranzubringen. Vor dem, was da die Oppositionsfraktionen vorgelegt haben, brauchen wir uns nicht zu verstecken. Im Gegenteil.

Nächster Punkt: Bildung und Wissen werden Motoren nachhaltiger Entwicklung sein. Angesichts einer steigenden Nachfrage nach Studienplätzen stellen wir deshalb 16 000 zusätzliche Studienanfängerplätze bereit und fangen in diesem Haushalt damit an.

Die Zukunftsoffensive IV mit der Forschungsförderung an unseren Hochschulen läuft weiter. Zusätzlich beteiligen wir uns selbstverständlich an der Finanzierung der von Bund und Ländern vereinbarten Exzellenzinitiative.

Mit den Hochschulen wird ein neuer Solidarpakt abgeschlossen, und es bleibt dabei: Das Aufkommen aus den Studiengebühren wird nicht in die allgemeine Finanzmasse des Landes einfließen, sondern in vollem Umfang den Hochschulen zur Verbesserung der Lehre zusätzlich zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan
Scheffold CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Allein,
mir fehlt der Glaube!)

(Heiderose Berroth)

Auch die Themenbereiche Bildung und Betreuung gehören zu einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie. „Kinderland“ Baden-Württemberg ist kein kurzfristiger Ansatz, sondern eine umfassende, mittel- und langfristig angelegte Strategie, um Kindern und Familien möglichst gute Chancen und Voraussetzungen für die Gestaltung ihrer eigenen Lebensentwürfe zu verschaffen. All das, was wir im Herbst 2005 mit den kommunalen Landesverbänden vereinbart haben, wird konsequent umgesetzt, und dabei geht es uns nicht nur darum, mehr Geld einzusetzen – sehr oft wird hier im Haus der Wert von Bildung leider gleichgesetzt mit der Menge an Geld, die man dafür einsetzt –, sondern darum, wofür man dieses Geld ausgibt und wie man es macht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mehr Bildung fürs Geld!)

Das haben uns übrigens die skandinavischen Länder, die so oft als Beispiel angeführt werden, sehr deutlich gezeigt.

Kontinuität und Verlässlichkeit sind in diesem Prozess auch in Bezug auf die Kommunen wichtig. Den Versuch, täglich das Rad neu zu erfinden, überlassen wir gern anderen.

Auch beim Ausbau der Kleinkindbetreuung haben wir wesentliche Effekte erreicht. Im Jahr 2004 waren es noch 4 Millionen €, inzwischen sind es 13,4 Millionen € im Jahr 2007 und sogar 16,2 Millionen € im Jahr 2008, die wir zur Verfügung stellen. Hinzu kommt der Ausbau der Förderung der Infrastruktur mit Betreuungsangeboten durch Tageseltern. Da hat sich gewaltig etwas bewegt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gott sei Dank!)

Da immer nur zu jammern ist mit Sicherheit kontraproduktiv für die Stimmung im Land, und das können wir eigentlich wirklich nicht brauchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Auch die Einführung einer verbindlichen Sprachstandsdiagnose steht auf der Agenda dieses Jahres, ebenso die Umwidmung eines Teils der seither für das Landeserziehungsgeld aufgewendeten Mittel zugunsten der Kleinkindbetreuung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Hier brauchen wir wie auch in vielen anderen Bereichen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

und wir sind sehr froh, dass es gelungen ist, hier eine Vereinbarung zu erreichen, um das Konnexitätsprinzip durch eine Änderung der Verfassung und ergänzende gesetzliche Regelungen zu präzisieren. Damit ist es gelungen, die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen auf eine neue und verlässliche Basis zu stellen. Wir werden diese Vereinbarung zügig umsetzen, und ich hoffe, dass sich auch die Oppositionsfraktionen einer konstruktiven Mitwirkung bei der notwendigen Änderung der Landesverfassung nicht entziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Es kommt darauf an, was drinsteht!)

Genauso wichtig sind die Verständigung zwischen dem Land und den Berufsverbänden und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, der zweite Solidarpakt mit den Hochschulen und Berufsakademien des Landes und nicht zuletzt der Solidarpakt mit dem Sport.

Zum Schluss noch ein Blick nach vorn. Was steht denn noch vor uns? Was wir hinbekommen müssen, ist das Fortführen der Immobilienkonsolidierung, also des Verkaufs von Gebäuden, die nicht für Landesaufgaben benötigt werden. Herr Metzger, natürlich schaut man normalerweise, wenn man Immobilien verkauft, dass man den Erlös wieder anlegt. Aber das eine Tafelsilber, das man nicht braucht, gegen ein anderes Tafelsilber, das man nicht braucht, auszuwechseln gibt keinen Sinn. Wir legen einen Schwerpunkt auf die Rückführung der Schulden.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Das ist in diesem Fall wesentlich wichtiger.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ob diese Immobilienverkäufe jetzt von den neu gegründeten GmbHs oder der bisherigen Verwaltung vorgenommen werden, ist für mich zweitrangig, aber es ist schon auffallend, wie Wettbewerb offensichtlich die Aktivitäten belebt. Herr Finanzminister, wir haben den Anstoß gegeben und stehen weiterhin an Ihrer Seite. Polizeidirektionen werden wir aber wohl auch künftig brauchen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die sind betriebsnotwendig!)

Deshalb muss ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass Sale-and-Lease-Back für uns nie ein Thema war. Daher geht meine Bitte an den Finanzminister, uns seine Aussage im Finanzausschuss noch einmal ausdrücklich zu bestätigen, dass dies auch für ihn und für sein Haus gilt – bevor Beschäftigte unnötig verunsichert werden.

Andererseits haben andere mit dem Gebäudemanagement in privater Hand schon gute Erfahrungen gemacht. Das könnte auch ein Weg für das Land sein, staatliche Leistungen auf das Notwendige zurückzuführen.

Wir werden uns mit den Themen Aufgabenkritik und Aufgabenabbau intensiv befassen müssen, ebenso mit dem Thema Controlling und damit auch mit NSI. Dabei geht es nicht darum, NSI einfach abzuschaffen – nein, das läuft an vielen Stellen gut –, sondern wir müssen schauen, warum es an manchen Stellen schiefgegangen ist und wie man das ändern kann. Wir brauchen keinen „Blick zurück im Zorn“, sondern eine konstruktive Entwicklung nach vorn.

Auch müssen wir im Landtag über die Produkte sprechen, und zwar nicht nur im Finanzausschuss oder einem Unterausschuss, sondern in den zuständigen Fachausschüssen, wo die inhaltliche Sachkompetenz zu finden ist. Da werden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle gefordert sein. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit zum Wohl unseres Landes Baden-Württemberg.

Mit dem Haushaltsplan 2007/08 gibt der Landtag der Landesregierung einen guten Handlungsspielraum. Begleiten wir sie

(Heiderose Berroth)

dabei weiter kritisch, aber auch konstruktiv. Fördern und fordern ist auch hier nicht falsch.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem heute in vielen Zeitungen stand, die Haushaltsberatungen seien relativ unspektakulär abgelaufen, hat die Opposition eben versucht, noch einmal ein Feuerwerk abzubrennen.

(Heiterkeit des Abg. Oswald Metzger GRÜNE – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Mit Erfolg! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Es blieb bei dem Versuch! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Hat aber nicht gezündet! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Am Boden gezündet!)

Ich werde einmal versuchen, auf die wichtigen Dinge einzugehen, um die es wirklich geht.

Lieber Herr Metzger, es war beeindruckend: Sie sind ohne Konzept ans Rednerpult gegangen, und das hat man gemerkt.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Ich bin nachsichtig!)

– Er ist nachsichtig. Gut. – Gestatten Sie mir, dass ich doch noch einmal einige Grundtatbestände dieses Haushalts anspreche und dann auch auf einige Diskussionsbeiträge eingehe, die heute gekommen sind.

Dieser Doppelhaushalt ist ohne Frage ganz besonders bemerkenswert, weil er erstens ein großer Schritt zur angestrebten Nullneuerschuldung im Jahr 2011 ist. Zweitens haben wir eine konsequente und systematische Aufgabenkritik vorgenommen, die dann auch in den Entwurf eingeflossen ist.

Ich darf z. B. darauf hinweisen, dass große Einsparungen durch die Verwaltungsstrukturreform enthalten sind. Wir haben einen Landesbetrieb eingerichtet, der uns allein im ersten Jahr 4 Millionen € einspart. Wir haben den Personalabbau fortgesetzt und vieles andere mehr.

In der Tat hat insbesondere der Herr Ministerpräsident, haben wir alle versucht, die gesellschaftlichen Gruppen zu überzeugen. Ich habe hier bereits gesagt: Unser Motto war „Überzeugen, aber nicht überrumpeln“. Irgendjemand hat heute gesagt – ich glaube, es war Herr Rust –, es würde so getan, als ob Sparen nicht wehtäte.

(Abg. Ingo Rust SPD: Habe ich nicht gesagt!)

– Indirekt ist das gesagt worden. – Natürlich tut Sparen weh. Wir wollen die Menschen aber überzeugen, dass wir das nicht aus Lust machen, sondern weil es absolut notwendig ist. Deswegen versuchen wir, zu überzeugen, aber nicht zu überrumpeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Der Haushalt ist generationengerecht. Er ist zukunftsgerichtet, und er ist nachhaltig. Wir nehmen uns für das Jahr 2011 in die Pflicht. Wir haben im Haushaltsstrukturgesetz ganz eindeutig festgelegt, dass es ab diesem Zeitpunkt ein Verschuldungsverbot gibt.

Jetzt darf ich noch eine kurze Erläuterung zur Frage der Aufnahme eines Verschuldungsverbots in die Verfassung geben. Frau Berroth, ich bin völlig Ihrer Meinung – und das haben wir auch beschlossen –,

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

dass wir im Jahr 2011 das Verschuldungsverbot in die Verfassung schreiben sollen. Aber das können wir doch nicht heute schon hineinschreiben.

(Zurufe der Abg. Heiderose Berroth und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Das würde ja bedeuten, dass wir drei Jahre lang

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dagegen verstoßen würden!)

einen verfassungswidrigen Haushalt hätten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klar!)

Dann sind wir uns einig. Wir können doch keine Verfassungsänderung vornehmen, die erst in drei Jahren in Kraft tritt. Das ist der Grund, weshalb wir das erst später hineinschreiben.

Herr Rust hat interessante Vorschläge zur Änderung des Investitionsbegriffs gemacht. Ich bin ganz Ihrer Meinung: Der Investitionsbegriff, der in der öffentlichen Haushaltsordnung verwendet wird, ist eigentlich sinnlos.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der CDU und der Grünen sowie des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Das habe ich schon vor Jahren gesagt. Die Einstellung eines guten Lehrers ist mehr Investition als der Bau eines Hallenbades. Das habe ich hier schon vor fünf Jahren wörtlich gesagt.

Es kommt noch etwas anderes hinzu: Wenn man schon die Investitionen nimmt, die mit Fremdkapital finanziert werden dürfen, dann dürfte man natürlich nur die Nettoinvestitionen nehmen. Wir nehmen aber die Bruttoinvestitionen. Wenn sie fremdfinanziert sind und später ersetzt werden müssten, darf dies wieder mit Fremdkapital finanziert werden. Eigentlich ist das sinnlos; da gebe ich Ihnen völlig recht.

Es gibt nur eine Lösung: Das ist in der Tat die Nullverschuldung. Auch da bin ich auf Ihrer Seite, wenn Sie sagen: Wir haben trotz einer Nullverschuldung noch sehr, sehr hohe Belastungen, nämlich das, was in erster Linie mit den Pensionslasten, die ohne Frage besonders hoch sind, zusammenhängt.

Sie haben gesagt, die Pensionslasten seien in Baden-Württemberg besonders hoch. Das ist richtig. Aber worauf geht das

(Minister Gerhard Stratthaus)

zurück? Das geht darauf zurück, dass wir in den letzten 30 Jahren immer mehr Lehrer gehabt haben als alle anderen alten Flächenländer. So ist erstens die Schüler-Lehrer-Relation bei uns die beste. Zweitens – das ist nun etwas sehr Positives, was für uns finanzpolitisch allerdings von Nachteil ist – haben wir die jüngste Bevölkerung. Wir haben, bezogen auf die gesamte Bevölkerung, viel mehr Kinder im schulfähigen Alter – ihr Anteil beträgt ungefähr 10 %, wenn ich mich richtig erinnere – als, im Durchschnitt betrachtet, die anderen Bundesländer. Also brauchen wir auch mehr Lehrer. Das ist eine Sonderbelastung, die nirgendwo in den Länderfinanzausgleich eingeht. Um es noch einmal zu sagen: Wir sollten froh sein, dass wir die meisten Schüler, die meisten jungen Menschen haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und die meisten Lehrer!)

Finanzpolitisch stellt dieser Umstand natürlich eine Belastung dar.

Vorhin ist von der Föderalismusreform gesprochen worden und davon, man hätte vielleicht auch die Möglichkeit, in einem gewissen Rahmen Steuersätze festzulegen. Ich bin auch dafür. Aber dabei ist angeklungen, man sollte die Möglichkeit dazu nutzen, um Steuern zu erhöhen. Das wollen wir nicht – um dies mit aller Deutlichkeit zu sagen.

Wir sorgen in diesem Haushalt auch dafür, dass die Steuermehreinnahmen zur Rücklagenbildung verwendet werden.

Lassen Sie mich gleich auch einige Sätze zu dem sagen, was einige Male kritisiert worden ist. Es ist kritisiert worden, dass wir den Haushalt immer erst in den Monaten Januar, Februar, März behandeln. Dies hat einen ganz praktischen Grund. Wir haben im November die Steuerschätzung, und wir wollen die Ergebnisse dieser Steuerschätzung unbedingt in den Haushaltsentwurf einarbeiten.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber im Mai ist die nächste!)

Ich muss sagen: Lieber im Februar – etwas später – richtige Zahlen als schlampige Arbeit im Oktober.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir könnten es auch im Mai machen! Die nächste Steuerschätzung ist im Mai! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Im Mai kommt die nächste! So kann man es immer weiter verschieben! – Zurufe der Abg. Ingo Rust und Claus Schmiedel SPD)

– Nein, wir wollen uns nicht unnötig streiten. Über Ihre Idee, eine Änderung vorzunehmen, wonach der Haushalt zwei Monate früher vorgelegt werden soll, kann man nachdenken. Ich wollte lediglich den Grund für unser Vorgehen erklären.

Noch ein Weiteres: Dieser Haushalt ist durch und durch solide.

(Lachen des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

– Er ist durch und durch solide. Wenn Sie es wollen, werde ich Ihnen das mit wenigen Sätzen beweisen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Bei den Pensionen sind Sie blank!)

Wenn wir gewollt hätten, wenn wir eine Schau veranstalten wollten, hätten wir die Verschuldung noch weiter zurückführen können. Wir hätten z. B. die Verschuldung im letzten Jahr, die wir um 400 Millionen € zurückgeführt haben, nicht zurückführen müssen. Dann hätten wir in diesem Jahr 400 Millionen € weniger Schulden machen müssen. Das wäre, wenn man die Gesamtverschuldung des Landes sieht, genau das Gleiche gewesen. Jemand, dem es auf Schaulust ankommt, hätte dies gemacht. Wir machen das nicht. Wir handeln solide.

Wenn ich vor der Frage stehe: „Soll ich als langweilig oder als unsolid bezeichnet werden?“, dann lautet die Antwort: Ich möchte lieber langweilig sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! Erfolgreiche Langeweile! – Zuruf des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Ich glaube, wir sind wirklich auf dem richtigen Weg zur Nullnettoneuverschuldung. Aber dieser Weg wird schwierig sein. Das ist einige Male angedeutet worden. Dieser Weg wird nicht leicht sein. Wir müssen den Spardruck aufrechterhalten.

Wir haben beschlossen, dass Steuermehreinnahmen, die über das Ergebnis der Steuerschätzungen hinausgehen, nicht zu Mehrausgaben führen sollen. Vielmehr sollen sie dafür verwendet werden, die Verschuldung zurückzuführen. Wenn es im Laufe der nächsten fünf Jahre notwendig ist, irgendwo Mehrausgaben zu tätigen – so etwas kann immer passieren –, müssen wir die entsprechenden Mittel an einer anderen Stelle innerhalb des Haushalts einsparen.

Ganz wichtig ist vor allem auch, dass wir die Haushaltsstrukturkommission als permanente Einrichtung führen, die nicht nur kurz vor der Haushaltsaufstellung, sondern über das ganze Jahr tagt. Denn kurz vor der Haushaltsaufstellung kann man keine strukturellen Änderungen mehr vornehmen.

Es ist einige Male gesagt worden, wir hätten Rückenwind durch die Konjunktur gehabt – das ist richtig –, wir hätten nicht strukturell gespart. Bei Letzterem bin ich etwas anderer Meinung. Ich darf nur daran erinnern, dass wir die Sonderzahlungen an Beamte und Versorgungsempfänger gekürzt haben. Ich werde nachher noch einiges dazu sagen.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie die Tatsache, dass wir diese Belastung durch die Pensionen haben, allein durch eine Kürzung der Beamtenbesoldung erreichen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben! Das ist es!)

Das ist doch nicht möglich. Ich werde nachher noch einige Sätze dazu sagen.

Wir haben Stellen eingespart, wir haben Lehrerstellen nicht gekürzt, sondern gesperrt. Das sind alles Dinge, gegen die Sie waren. Wir haben das gemacht.

Nun sagen Sie, wir hätten mehr bei den – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rust?

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Selbstverständlich.

Präsident Peter Straub: Bitte schön, Herr Abg. Rust.

Abg. Ingo Rust SPD: Herr Finanzminister, können Sie mir erklären, was an Stellensperrungen – also nicht Kürzungen; Sie haben ja betont, dass sie nur gesperrt sind; der Herr Kultusminister hat betont, dass sie vielleicht sogar wieder besetzt werden könnten – eine strukturelle Einsparung ist.

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Es ist zunächst eine strukturelle Einsparung. Aber wir behalten uns natürlich vor, wenn eine Entwicklung kommt, die zu anderen Schülerzahlen führt, als wir sie heute erwarten, diese Stellen wieder zu aktivieren.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das verstehen Sie unter strukturell?)

– Wir haben Prinzipien, die wir ganz hochhalten. Aber wenn es sein muss, gehen wir auch unten durch. Das ist doch selbstverständlich.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Also das ist eine flexible Struktur! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Der Herr Drexler hat es gemerkt!)

– Das ist eine anpassungsfähige Struktur, jawohl.

Lassen Sie mich noch einmal auf einen Vorhalt eingehen: Sie haben vorhin beanstandet, weil wir die Sonderzahlungen in die normale Monatszahlung integriert hätten, seien wir nicht mehr oder kaum mehr in der Lage, zu kürzen. Zunächst einmal: Theoretisch wären wir immer noch dazu in der Lage, weil wir ja in Zukunft die völlige Hoheit bei der Besoldung haben. Also theoretisch könnte man das immer noch.

(Zuruf des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Aber zugegebenermaßen: Es ist politisch – keine Frage – wesentlich schwieriger, bei den regulären Zahlungen zu reduzieren, als eine Sonderzahlung zu kürzen. Ich bin hier allerdings der Meinung, dass wir aufhören müssen, die Beamten immer zu Sonderopfern heranzuziehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben zurzeit eine ganz eindeutig sichtbare Entwicklung in der Gesellschaft – sie hängt auch mit dem Wachstum zusammen –, die zu höheren Gehältern und Löhnen in der freien Wirtschaft führt. Ich bin der Überzeugung: Langfristig können wir die Beamten da auch nicht ausschließen – um das einmal ganz eindeutig zu sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Was haben wir schon alles gemacht? Ich muss es jetzt doch einmal aufzählen: Wir haben die Sonderzahlung auf dem Stand von 1993 eingefroren. Wir haben sie auf 86 %, dann auf 84 % und in der Zwischenzeit auf 50 % gekürzt – bei den Pensionären sogar auf 30 %.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und das auf Dauer!)

Wir haben die Beiträge zur Pflegeversicherung erhöht und vieles andere mehr.

Meine Damen und Herren, ich beobachte schon über 40 Jahre die Diskussion um die Bezahlung des öffentlichen Dienstes. Wenn es der Wirtschaft sehr gut geht, dann wird jeder, der in den öffentlichen Dienst geht, fast als ein Trottel bezeichnet,

(Zurufe von der CDU: Ja! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

und wenn es der Wirtschaft schlecht geht, wird er wegen der Sicherheit seines Arbeitsplatzes beneidet. Das wollen wir einfach einmal feststellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir wollen hier eine zuverlässige, langfristige Politik machen.

Über den Pensionsfonds haben wir schon öfter gesprochen. Ich muss sagen: Ich stehe der Idee durchaus offen gegenüber, wenngleich ich mich auch noch einmal vehement wehren muss, wenn hier immer so getan wird, als wenn nur für die Beamten kein Pensionsfonds bestünde, in der gesetzlichen Rentenversicherung aber ein solcher bestünde.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben! Da gibt es ihn auch nicht!)

Wir haben uns das letzte Mal schon darüber unterhalten: Es ist genau die gleiche Situation.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Natürlich!)

In jedem Fall müssen die Zahlungen, die heute geleistet werden, durch Beiträge oder durch Steuern heute eingenommen werden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Morgen!)

Dennoch kann ein Pensionsfonds einen Sinn haben, einfach deswegen, weil die Transparenz besser wird, weil man dann deutlicher sieht, was ein Beamter wirklich kostet. Das wäre der Unterschied zu dem Lehrer, der als Angestellter beschäftigt ist. Dort müsste man die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung aufbringen. Darüber kann man in der Tat reden.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Aber ich wundere mich immer, wenn gesagt wird: „Sie müssen Rücklagen bilden.“ Meine Damen und Herren, solange wir noch Schulden haben – ich rede gar nicht von Schulden machen –, muss es schon sehr gut begründet sein, wenn wir irgendwo Schattenrücklagen bilden und auf der anderen Seite dafür Schulden machen. Das muss schon gesagt werden.

Es ist einige Male – gerade von den Grünen – gesagt worden, wir würden beim Personalabbau nicht weit genug gehen. Zunächst einmal: Wir haben schon einiges an Personal abgebaut, und wir werden auch in Zukunft Personal abbauen müssen.

(Minister Gerhard Stratthaus)

Nur, für mich ist eines interessant: Ich habe noch einmal die Reden der beiden Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen zum Haushalt nachgelesen. Frau Vogt und Herr Kretschmann haben gefordert, es sollten mehr Stellen bei der Polizei, bei der Steuerverwaltung, bei den Hochschulen und bei der Justiz geschaffen werden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Derzeit haben wir 190 000 Beschäftigte beim Land. Davon sind 170 000 in diesen vier Bereichen tätig. Das heißt, 90 % würden geschont – und zwar nicht nur geschont, sondern in diesen Bereichen sollten nach Ihrer Forderung sogar noch mehr Stellen geschaffen werden. Wenn man die restlichen 20 000 Beschäftigten allesamt wegschicken würde, wenn man also die Ministerien und die entsprechenden Behörden auflösen würde, dann hätte man aber noch immer nicht das erreicht, was Ihnen vorschwebt. Es muss schon einigermaßen logisch sein. Man kann nicht sagen „Wir müssen Stellen streichen“ und gleichzeitig bei der Polizei, bei den Lehrern, bei den Hochschulen und bei der Steuerverwaltung einen Stellenzuwachs fordern. Das ist einfach nicht sinnvoll.

Übrigens noch zur Schuldenbremse: Ich bin nicht prinzipiell gegen eine Schuldenbremse. Aber man kann – das hat auch die Schweiz inzwischen festgestellt – dieses Instrument erst dann einsetzen, wenn man keine neuen Schulden mehr macht. Wie Sie wissen, wollen wir ab dem Jahr 2011 keine Schulden mehr machen. Dann können wir die Schuldenbremse auch entsprechend einsetzen.

Sie haben heute wieder darauf hingewiesen, dass unsere Bildungsausgaben unterdurchschnittlich seien, und haben das auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen. Ich bitte Sie! Das ist doch völlig sinnlos. Wenn Sie schon einen solchen Vergleich anstellen, dann müssen Sie die Ausgaben auf die zur Verfügung stehenden Gelder beziehen. Wir haben zwar das dritthöchste –

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Das ist die OECD-Geschichte!)

– Moment! – Das kann man bundesweit machen, aber doch nicht für ein einzelnes Land. Ich muss jetzt wieder den Länderfinanzausgleich anführen: Wir haben das dritthöchste Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Das weiß ich!)

Hamburg hat ein höheres Bruttoinlandsprodukt, und Hessen hat ein höheres. Aber wenn Sie sehen, wie viel Geld wir nach den Zahlungen in den Länderfinanzausgleich noch haben, dann merken Sie, dass wir nur noch an zehnter oder elfter Stelle stehen. Das muss man doch auch einmal mit aller Deutlichkeit sagen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So! – Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Betrachtet man die Rangfolge nach dem Länderfinanzausgleich, stellt man fest: Alle neuen Länder liegen vor uns. Auch die Stadtstaaten liegen vor uns. Man muss die Situation richtig betrachten.

Sie haben die Bertelsmann-Studie zitiert. Sie haben dabei die reine Wahrheit gesagt, aber nicht die volle. Denn in der Ber-

telsmann-Studie steht auch noch, dass wir, was die Ausgaben für die Bildung betrifft, an erster Stelle aller westlichen Flächenländer stehen. Ich glaube, das ist ganz entscheidend. Wir haben von den alten Flächenländern die beste Relation der Ausgaben zur Schülerzahl. Da stehen wir an erster Stelle, und ich glaube, das ist doch sehr wichtig.

Ich will wiederholen, was Frau Berroth vorhin gesagt hat. Es ist auch nicht richtig, immer nur zu fragen: Wie viel Geld geben wir denn für die Bildung aus? Ich will jetzt keine anderen Länder diffamieren, aber innerhalb unserer Bundesrepublik Deutschland hat von allen westlichen Bundesländern das Land die schlechtesten PISA-Ergebnisse, das mit am meisten für die Bildung ausgegeben hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

So einfach ist die Sache nicht. Es kommt auf die richtige Bildungspolitik an. Deswegen sage ich immer: Viel Geld für die Bildung ist in Ordnung, aber es muss ebenso die Forderung gelten: Viel Bildung für das Geld. Das ist absolut notwendig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Beim Bildungspakt, lieber Herr Metzger, haben Sie uns noch nicht überzeugt, dass dieser Pakt nicht doch ein Schattenhaushalt ist. Ich habe auch den Eindruck, Sie waren nicht dabei, als der Pakt beschlossen worden ist. Sie müssen mehr bei Kretschmann sein und weniger bei Maischberger.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe)

– Wir waren sogar einmal zusammen dort.

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Ich war bei Illner, nicht bei Maischberger! – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

– Okay.

Meine Damen und Herren, man könnte noch vieles sagen. Ich glaube, alles in allem ist es ein guter Haushalt. Ich möchte noch einmal allen danken – das ist schon einige Male geschehen –: dem Ministerpräsidenten, der Regierung, den Regierungsfractionen, dem Finanzausschuss und insbesondere auch Herrn Rust. Herr Rust hat diese Sitzungen wirklich souverän geleitet. Umso enttäuscht war ich, dass Sie, Herr Rust, dem Haushalt heute nicht zustimmen wollen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall der Abg. Stefan Mappus und Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ich möchte den Mitarbeitern im Finanzministerium und im Landtag herzlich danken. Es war eine große, schwierige Arbeit.

Ich bitte Sie, zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse in Zweiter Beratung, Drucksachen 14/917 und 14/918.

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Wir stimmen zunächst ab über den

Staatshaushaltsplan 2007/08

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Ich beantrage namentliche Abstimmung!)

– Das kommt noch. – Abstimmungsgrundlage ist die Drucksache 14/917. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass wir, wie bisher, in der Dritten Beratung die Einzelpläne nur noch im Ganzen aufrufen.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 01 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 02 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/922. Herr Abg. Metzger hat namentliche Abstimmung über diesen Antrag beantragt. Findet dieser Antrag die erforderliche Unterstützung? – Das ist der Fall.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sehr schwach!)

Dann stimmen wir jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/922, namentlich ab. Wer zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ablehnt, antworte mit Nein. Wer sich enthalten will, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Locherer, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E. Ich darf Sie bitten, Ruhe zu bewahren, damit wir die Antworten beim Namensaufruf hier jeweils mitbekommen.

Bitte schön, Herr Abg. Locherer.

(Namensaufruf)

Sind noch Abgeordnete im Saal, die abzustimmen wünschen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung beendet. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 125 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 51 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 74 Abgeordnete.*

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/922, abgelehnt.

*

Mit **J a** haben gestimmt:

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Stephan Braun, Carla Bregenzer, Fritz Buschle, Wolfgang Drexler, Reinhold Gall, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Helen Heberer, Peter Hofelich, Karl-Heinz Joseph, Gunter Kaufmann, Birgit Kipfer, Thomas Knapp, Dr. Frank Menstrup, Dr. Rainer Prewo, Margot Queitsch, Martin Rivoir, Christine Rudolf, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Wolfgang Staiger, Wolfgang Stehmer, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Ute Vogt, Alfred Winkler, Marianne Wonnay, Norbert Zeller.

GRÜNE: Winfried Kretschmann, Siegfried Lehmann, Brigitte Löscher, Oswald Metzger, Bärbli Mielich, Dr. Bernd Murschel, Thomas Oelmayer, Reinhold Pix, Renate Rastätter, Hans-Ulrich Scerler, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Franz Untersteller, Jürgen Walter, Werner Wölfl.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

CDU: Ernst Behringer, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Jörg Döpper, Gundolf Fleischer, Michael Föll, Manfred Groh, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Hans Heinz, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Bernd Hitzler, Andreas Hoffmann, Manfred Hollenbach, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Kößler, Andrea Krueger, Jochen Karl Kübler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Stefan Mappus, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Günther Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Günther-Martin Pauli, Werner Pfisterer, Werner Raab, Nicole Razavi, Heribert Rech, Klaus Dieter Reichardt, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Bernhard Schätzle, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Winfried Scheuermann, Peter Schneider, Dr. Klaus Schüle, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Dr. Monika Stolz, Gerhard Stratthaus, Peter Straub, Klaus Tappeser, Stefan Teufel, Karl Traub, Christa Vosschulte, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dietmar Bachmann, Heiderose Berroth, Dr. Friedrich Bullinger, Monika Chef, Beate Fauser, Dr. Ulrich Goll, Dieter Kleinmann, Hagen Kluck, Dr. Ulrich Noll, Ernst Pfister, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Michael Theurer.

*

(Präsident Peter Straub)

Ich lasse jetzt abstimmen über Einzelplan 03 – Innenministerium. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich ist dieser Einzelplan angenommen.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 04 ist Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 05 ist Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Finanzministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 06 ist Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Zustimmung? – Gegenstimmen? – Dem Einzelplan 07 ist Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dem Einzelplan 08 ist Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit und Soziales

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Dem Einzelplan 09 ist Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Umweltministerium

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Dem Einzelplan 10 ist Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11

Rechnungshof

Bitte um Zustimmung. – Diesem Einzelplan ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Dem Einzelplan 12 ist Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Dem Einzelplan 14 ist Mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das

Staatshaushaltsgesetz 2007/08

Abstimmungsgrundlage ist hier der Beschluss des Landtags in Zweiter Beratung, Drucksache 14/918.

Ich rufe auf

§ 1

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Bitte um Zustimmung. – Gibt es Enthaltungen oder Gegenstimmen? – Dem § 3 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Dem § 4 ist Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Bitte um Zustimmung. – Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Bei einigen Gegenstimmen ist § 5 Mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Peter Straub)

Mir wurde mitgeteilt, dass wir über die §§ 6, 6 a, 6 b und 7 einheitlich abstimmen können. – Kein Widerspruch.

Ich rufe auf

§§ 6, 6 a, 6 b und 7

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesen Paragrafen ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 8

Zustimmung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen wurde § 8 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 9

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig wurde § 9 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 10

Bitte um Zustimmung. – Einstimmig wurde § 10 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 11

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – § 11 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 12

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – § 12 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 13

Bitte um Zustimmung. – Enthaltungen? – Gegenstimmen? – § 13 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 14

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – § 14 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 15

Bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – § 15 ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren!

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 14. Februar 2007 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – StHG 2007/08)“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg und zur Änderung anderer Vorschriften – Drucksache 14/674

b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Baden-Württembergisches Ladenschlussgesetz (BWLadSchlG) – Drucksache 14/489

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 14/727

Berichterstatte(r)in: Abg. Ursula Haußmann

Die Berichterstatterin wünscht das Wort nicht.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rombach.

Abg. Karl Rombach CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wir sind heute aufgerufen, die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zu vollziehen und das Gesetz zu verabschieden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Vollziehen müssen Sie nichts!)

Die inhaltliche Aussprache möchte ich daran orientieren, was die Ausgangslage und was unser Ziel ist.

Erstens: Das bisherige Gesetz über den Ladenschluss stammt in seinen Grundzügen aus dem Jahr 1956.

Zweitens: In den vergangenen zehn Jahren hat das Gesetz verschiedene Änderungen erfahren, zuletzt im Jahr 2003 mit der Ladenöffnungsmöglichkeit an Samstagen bis 20 Uhr.

Drittens: Dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändert haben, ist wohl unbestritten.

Viertens: Aufgrund der Föderalismusreform im vergangenen Jahr wurde, wie Sie wissen, unter anderem die Gesetzge-

(Karl Rombach)

bungskompetenz für die Ladenöffnungszeiten auf die Länder übertragen. Davon wollen wir Gebrauch machen.

Was ist unser Ziel? In drei Punkten möchte ich dies zusammenfassen:

Erstens: Klares Bekenntnis zur Schutzwürdigkeit des Sonntags. Statt bisher vier künftig drei verkaufsoffene Sonntage, wobei die Adventssonntage, die Feiertage im Dezember und die Oster- und Pfingstsonntage nicht freigegeben werden dürfen.

Zweitens: Freigabe, das heißt Selbstbestimmung der Öffnungszeiten unter der Woche von jedem einzelnen Ladenbetreiber vor Ort.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Drittens: Vereinfachung und Entbürokratisierung und damit Verschlinkung der Gesetze und der bestehenden Verordnungen, Stärkung der Verantwortung und Entscheidung vor Ort, Selbstbestimmung, weniger staatlicher Dirigismus, mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das ist das Signal, das von der heutigen Gesetzesverabschiedung ausgehen muss. Nicht regulieren, sondern deregulieren ist das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Da freuen sich die Einzelhändler!)

Grundgedanke und Richtschnur unseres politischen Handelns war und ist, im Gesetzgebungsverfahren zur Vereinfachung und zur Entbürokratisierung beizutragen. Das geplante Gesetz über die Ladenöffnung wird unserer und meiner Meinung nach einen erheblichen Beitrag dazu leisten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn ihr sonst beim Bürokratieabbau so schnell wärt, wären wir froh!)

In das neue Ladenöffnungsgesetz sind mehrere bestehende Regelungen integriert worden:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

das bisherige Bundesgesetz über den Ladenschluss, die Verordnung des Bundes über den Kauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen sowie die Verordnung der Landesregierung und des Sozialministeriums über den Ladenschluss, die sogenannte Ladenschlussverordnung.

Mit der Neuordnung der Ladenöffnungszeiten des Einzelhandels wird die Voraussetzung für eine zeitnahe und bedarfsorientierte Öffnung der Läden geschaffen. Eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen bietet deshalb für alle Unternehmen des Einzelhandels die Chance, speziell auf die Bedürfnisse der Verbraucher einzugehen und sich einzustellen. Der Einzelhandel, meine Damen und Herren, wird sich schneller und sachgerechter auf die Situation einstellen, als viele von uns hier glauben.

(Beifall bei der CDU)

Ich verweise auf den heutigen Kommentar von Michael Isenberg in den „Stuttgarter Nachrichten“:

Die Gesetzesänderung folgt dem Gedanken der Marktwirtschaft und ist deshalb richtig und konsequent. Für den Schutz der Interessen der Beschäftigten gibt es andere, ebenso wichtige Gesetze.

Und ich füge hinzu: die weder angetastet noch für den Einzelnen nachteilig verändert werden sollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf ist effektiv, unbürokratisch und zielgerecht. Das neue Ladenöffnungsgesetz beinhaltet die bisherigen Schutzfunktionen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichermaßen. Deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist der Gesetzentwurf der Landesregierung eine sachgerechte Antwort sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für den Handel. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schülle CDU: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wunderbar!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Rudolf Hausmann das Wort.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der Fakten, dass die zulässigen Ladenöffnungszeiten von bisher 84 Stunden auf 140 Stunden erweitert werden, klingt das feurige Bekenntnis von Herrn Rombach, den Sonntag durch die Reduzierung von vier auf drei mögliche verkaufsoffene Sonntage zu schützen, weniger als sachlicher Beitrag denn als Realsatire.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eigentlich sind die letzten Bastionen gefallen. Spätestens wenn man die heutigen „Stuttgarter Nachrichten“ liest, stellt man fest: Die Hauptgeschäftsführerin des Einzelhandels – der Verband hat sich ja noch vor Kurzem positiv geäußert – zweifelt inzwischen an dem Sinn des Gesetzes und geht davon aus, dass das neue Ladenöffnungsgesetz zu sehr unstrukturierten Öffnungszeiten führen wird. Sie weist darauf hin, dass bereits heute in einer Großstadt wie Stuttgart die Läden bis 17, 18, 19, 20 Uhr geöffnet sind und dass das künftig noch schlimmer werden wird. Also, meine Damen und Herren, das kann kein ernsthafter Beitrag von Ihnen sein. Denn im Augenblick gibt es niemanden mehr, der für verlängerte Ladenöffnungszeiten auftritt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Eigentlich, lieber Kollege Kluck, hätte es bekannt sein müssen. Denn Ihre Fraktion hat eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. In den Antworten auf die Fragen hat es dann geheißen: keine höheren Umsätze, keine höheren Erträge, nicht mehr Arbeitsplätze, sondern weniger. Das war die Antwort der Landesregierung. Eigentlich könnte man ja davon ausgehen,

(Rudolf Hausmann)

dass diese Fakten und Argumente für einen intelligenten Abgeordneten Handlungsanleitung sind. Falsch gedacht!

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Es muss doch niemand aufmachen!)

Frage, lieber Hagen: Spricht das gegen die Fakten? Nein. Es spricht aber gegen die FDP/DVP-Fraktion und die CDU-Fraktion, dass sie diese Fakten nicht beachtet haben.

(Beifall bei der SPD)

Wer Herrn Rombach zugehört hat, hat nichts davon gehört, dass wir heute über ein Schutzgesetz diskutieren. Wir diskutieren über ein Schutzgesetz.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Er hat ausschließlich wirtschaftlich argumentiert.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Verbraucherschutz! Ist das ist Realsatire in diesem Zusammenhang? – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Uli, lass die Luft raus!)

Ich will Ihnen einmal sagen, was das bedeutet. Das Kaufland – da steckt Lidl dahinter; das ist kein kleiner Familienbetrieb; Familienbetriebe gehen in der Regel anständig mit ihren Leuten um – lässt in einer Filiale an einen dort bereits seit 20 Jahren Beschäftigten Folgendes schreiben:

Laut Ihrem Arbeitsvertrag vom ...

– Achtzigerjahre –

wurden keine festen Arbeitszeiten vereinbart. Im Zuge der Organisationsveränderung im Haus teilen wir Ihnen mit, dass wir Sie ab dem 1. 4. 2007 flexibel einsetzen werden, das heißt von Montag bis Samstag zwischen 8 und 22 Uhr.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: „Zwischen“! Nicht „von ... bis“!)

Wie in der Vergangenheit wird der Einsatzplan in der Vorwoche Ihnen bekannt gegeben, damit Sie Ihre privaten Termine dementsprechend planen können. Wir gehen davon aus, dass Sie innerhalb dieser Zeit Ihre eventuellen persönlichen Verhältnisse geregelt haben.

Und jetzt sage ich Ihnen – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Hausmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja, Kluck immer. Ja.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die bringen doch nichts!
– Abg. Stephan Braun SPD: Die kosten bloß Zeit!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Kluck, bitte.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Kollege Hausmann, ist Ihnen bekannt, dass die Arbeitszeit mitbestimmungspflichtig ist, das heißt, dass die Betriebsräte über die Arbeitszeit in einem Unternehmen mitbestimmen?

(Unruhe bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo leben Sie denn? – Abg. Reinhold Gall SPD: Bärenstark!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Unser Problem bezüglich dieses Schreibens und auch bezüglich der Mitbestimmungsrechte ist nicht, dass Sie die Situation verschlechtern würden oder dass Sie für solche Schreiben direkt verantwortlich wären. Aber Sie schaffen mit Ihrem Gesetzentwurf doch die Voraussetzungen dafür, dass solche frechen Schreiben erscheinen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Übrigens hat Herr Rombach eben gesagt, es gebe ja tarifrechtliche Schutzmöglichkeiten. Lieber Hagen Kluck, du kennst das ja. Das Tarifrecht gibt es ja auch noch. Der Arbeitgeberverband hat im Hinblick auf die verlängerten Öffnungszeiten bereits die Forderung an ver.di erhoben, künftig sämtliche Zuschläge sein zu lassen, weil dies ja normale Arbeitszeiten werden.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

So weit zum Schutz, meine Damen und Herren.

Ich brauche heute nicht mehr alle Verbände aufzuzählen; Sie wissen, was die dazu sagen. Ich sage Ihnen eines: Wir wissen, es wird nicht mehr Umsatz geben. Was das bedeutet, sagt der Edeka-Chef von Süddeutschland: Bezahlen wird es der Kunde; bezahlen werden es die Verbraucherinnen und Verbraucher. Er sagt das aus berufenem Munde. Ein Professor aus Nürtingen – ich habe ihn schon einmal zitiert – schlug vor, digitale Preisschilder einzuführen, mit denen abends ab 20 Uhr die Preise auf Knopfdruck um 10 % erhöht werden können. Dann möchte ich einmal wissen, ob die Verbraucherinnen und Verbraucher sich tatsächlich auf verlängerte Öffnungszeiten einstellen würden. Ich wage dies zu bezweifeln.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann würden sie eben nicht mehr später einkaufen gehen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist doch keine Öffnungspflicht!)

Zum Thema Familie sagen Sie gar nichts. Der Vater schafft dann morgens und mittags, die Mutter abends und nachts. Die Kinder kommen nicht mehr vor. „Kinderland“ gilt nicht mehr. Heute ist die Ladenöffnungszeit dran und nicht mehr „Kinderland“.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Im Prinzip ist es zynisch, was da stattfindet.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was ist eigentlich mit den Kindern einer Krankenschwester?)

(Rudolf Hausmann)

So etwas in einem Land zu verlangen, in dem wir in Sachen Betreuungsplätze Schlusslicht sind und in dem wir in Sachen ÖPNV und Regionalverkehre wirklich nicht Spitze sind, ist ein völliges Ünding. Das will ich Ihnen nur mit auf den Weg geben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt ein Sprichwort, das lautet: „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.“ Leider müssen wir lernen, dass nicht jedes Sprichwort immer richtig ist. Ihre Wirkungsmöglichkeit hier im Parlament ist leider bei Weitem größer als Ihre Einsichtsmöglichkeit in die Fakten. Das ist schlecht für das Land Baden-Württemberg. Lehnen Sie Ihren eigenen Gesetzentwurf ab, und stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu!

Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erhält Frau Abg. Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Was haben Metzingen, Muggenbrunn und Mannheim gemeinsam?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das M!)

Sie fangen alle mit M an. Sie liegen alle in Baden-Württemberg. Aber damit hören die Gemeinsamkeiten auch schon auf. Metzingen ist anders als Muggenbrunn und dieses wiederum anders als Mannheim. In der Konsequenz heißt das ganz klar: Über die Ladenöffnungszeiten sollten diese Kommunen auch selbst entscheiden können.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Sonst werden Sie dieser Vielfalt hier im Land nicht gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Sie tun aber so, als wären diese Kommunen alle gleich. Sie scherzen sie alle über einen Kamm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Sie geben die Öffnungszeiten in allen Kommunen rund um die Uhr frei.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie müssen doch nicht öffnen, Frau Sitzmann! Sie dürfen öffnen!)

– Sie müssen nicht öffnen; das ist richtig.

Wenn Sie für mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort eintreten, Herr Rombach, dann müssten Sie genau das tun, was wir vorschlagen, nämlich den Kommunen das Recht geben, die Ladenöffnungszeiten selbst zu regeln. Denn Sie werden ja zugeben, dass die Bedürfnisse der Händler in Metzingen andere sind als in einem Ort wie Muggenbrunn und dass auch diejenigen, die nach Metzingen zum Einkaufen gehen, etwas an-

deres erwarten, als wenn sie nach Muggenbrunn zum Skifahren oder zum Wandern fahren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schon! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn Sie die dritte genannte Kommune nehmen, nämlich Mannheim, das an andere Bundesländer angrenzt, wird klar, dass es dort die Möglichkeit geben muss, mit Regionalverbänden oder auch anderen Lenkungsgruppen über Bundesländergrenzen hinweg regionale Regelungen zu finden, die angemessen sind.

Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen, dass die Öffnungszeiten verlässlich sind. Was nützt es, wenn nur ein oder zwei Geschäfte geöffnet sind? Deswegen fährt niemand in die Stadt. Die Leute wollen dann auch sicher sein, dass die Geschäfte geöffnet haben.

Wenn wir sagen: „Lasst Metzingen, Mannheim und Muggenbrunn selbst über den Ladenschluss entscheiden“, gibt es trotzdem die Möglichkeit, die Geschäfte zu öffnen oder zu schließen. Das schafft vor Ort die richtige Entscheidungsfreiheit, aber nicht das, was Sie vorgeschlagen haben, Herr Kollege Rombach.

(Beifall bei den Grünen)

Wir müssen also den Kommunen den Spielraum geben, flexibel zu entscheiden, weil die Bedürfnisse des Einzelhandels sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Ort unterschiedlich sind. Wir wissen: Die Kommunen müssen sich anpassen, z. B. was den ÖPNV und die Müllentsorgung betrifft, wenn sich die Öffnungszeiten verändern. Wir geben damit auch den Kommunen ein Instrument in die Hand, die Innenstädte zu stärken. Es ist ja auch ein erklärtes Ziel der Regierungsfractionen, Innenstädte, Siedlungskerne zu stärken. Dieses Ziel erreichen Sie aber nur, wenn die Kommunen auch die Möglichkeit zu einer entsprechenden Gestaltung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Lassen Sie die Einzelhändler entscheiden!)

Von meinen beiden Vorrednern ist schon der Artikel aus den „Stuttgarter Nachrichten“ mit der Überschrift „Skepsis bei langen Öffnungszeiten“ zitiert worden. Daran sehen Sie, dass eben auch die Interessen des Einzelhandels unterschiedlich sind und sich auch dort der Enthusiasmus über die neue gesetzliche Regelung, die Sie heute verabschieden wollen, sehr in Grenzen hält.

Es spricht also alles dafür, die Kommunen selbst entscheiden zu lassen. Wir geben Ihnen heute mit unserem Änderungsantrag, der Ihnen vorliegt, die Möglichkeit, genau dem gerecht zu werden. Ziel unseres Änderungsantrags ist, die bisherigen Regelungen aus dem Bundesladenschlussgesetz zu übernehmen und längere Öffnungszeiten dort zu erlauben, wo die Kommunen dies per Satzung für sich selbst beschließen.

Wenn die Kommunen davon keinen Gebrauch machen, bleibt es bei den bisherigen Öffnungszeiten. Wenn sie davon Gebrauch machen, können sie auch zeitlich differenzieren. Sie können bestimmte Tage festlegen, z. B. einen langen Donnerstag, an dem die Geschäfte länger geöffnet sind. Sie können

(Edith Sitzmann)

sich mit dem Einzelhandel vor Ort, mit den Vertretungen der Beschäftigten auf einvernehmliche Lösungen einigen und damit auch den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden.

Zum Thema „Verkaufsoffene Sonntage“: Sie, Herr Kollege Rombach, haben davon gesprochen, mit dem von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf bekenne man sich zum Schutz des Sonntags. Ich möchte doch noch einmal daran erinnern, dass Sie ursprünglich vorgesehen hatten, den Sonntag noch stärker zu schützen, als Sie dies jetzt tun. Ursprünglich sollte es nur zwei verkaufsoffene Sonntage geben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Vorher waren es vier!
– Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

Jetzt sollen es drei sein. Wir bleiben bei der ursprünglichen Fassung, wonach nur zwei Sonntage freigegeben werden sollen, weil wir den Sonntag als freien Tag in der Woche auch für einen wichtigen Teil unserer Kultur halten.

Fazit: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Wir können Ihrem Gesetzentwurf leider nicht zustimmen, weil er der Vielfalt im Land nicht gerecht wird.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erhält Herr Abg. Dr. Noll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schon die Überschrift der beiden vorgelegten Gesetzentwürfe ist Programm. Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf trägt die Überschrift „Gesetz über die Ladenöffnung“, während Sie von der SPD gemäß der Überschrift Ihres Gesetzentwurfs beim „Ladenschluss“ bleiben. Es ist nun einmal Fakt: In einem geschlossenen Laden kann weder der, der verkauft, etwas verdienen, noch kann der, der einkaufen will, einkaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Deswegen lautet unser klares Bekenntnis: Wir wollen vom Ladenschluss zur Ladenöffnung kommen.

Nun wird bei diesem Thema mit Blick auf die Konsequenzen der Föderalismusreform eigentlich schon zum ersten Mal deutlich, wie die verschiedenen Parteien aufgrund der neuen Kompetenzen zu reagieren gedenken. Wir haben dafür gekämpft, mehr Kompetenzen zu erhalten. Wie werden diese von der SPD genutzt? Sie sagt: „Wir nutzen diese Kompetenzen in der Weise, dass wir genau das fortführen, was der Bund für alle Länder vorgeschrieben hatte.“

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was sich bewährt hat, muss man trotz Föderalismus nicht ändern! Föderalismus zwingt doch nicht zu Änderungen!)

Das ist nicht unser Verständnis von Föderalismus.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Bei den Grünen finde ich das Ganze noch gelungener. Denn die Grünen sagen: „Auch wir bleiben bei der bisherigen, bewährten Regelung des Bundes und führen noch eine zusätzliche Regelung ein.“ Selbstverständlich kann es vor Ort dazu kommen, dass man sich miteinander auf Kernöffnungszeiten einigt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wird kommen!)

Das stellen Sie zusätzlich noch unter einen bürokratischen Vorbehalt. Danach muss wieder der Gemeinderat – die politische Ebene – bestimmen.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Franz Untersteller GRÜNE)

Wenn wir eine zusätzliche Regulierung einführen, dann wünsche ich uns viel Vergnügen bei weiteren Debatten über Deregulierung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Also Föderalismus, Deregulierung – völlig unglaublich, wie Sie das diskutieren.

In Ihren Reden werden die typischen Schlagworte benutzt. Herr Hausmann, es war ja schön, wie Sie versucht haben, durch Vorlesen dieses Briefes etwas zu suggerieren. Das wird übrigens von mir nicht geteilt. Vielmehr ist das in einer Verhandlung zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber ein Vorschlag seitens des Arbeitgebers, der, wie ich hoffe –

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Auf der Grundlage dessen, was Sie vorschlagen!)

Sie als Gewerkschafter vertrauen, denke ich, einigermaßen der Macht Ihrer Organisation und Ihrer Mitglieder –, entsprechend behandelt wird.

Allein schon mit dem kleinen Touch, dass Sie von Öffnungszeiten von 8 bis 22 Uhr sprechen und das Schlagwort „rund um die Uhr offen“ benutzen, suggerieren Sie, dass jeder Ladenbesitzer sein Geschäft rund um die Uhr offenhalten müsse und die Angestellten in diesen Geschäften rund um die Uhr arbeiten müssten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Am Stück!)

Noch einmal: Es geht nicht darum, dem Ladeninhaber vorzuschreiben, was er zu tun hat, sondern darum, ihm die Freiheit zu geben, verantwortlich zu entscheiden, welche Öffnungszeiten er zusammen mit seinen Beschäftigten den Verbraucherinnen und Verbrauchern anbieten will, und damit letztendlich die Abstimmung mit den Füßen zuzulassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Die Leidtragenden sind die kleinen Geschäfte!)

Sie haben die Arbeitnehmerrechte angesprochen. Es ist schon mehrfach gesagt worden: Die Arbeitnehmerrechte sind insbesondere durch tarifvertragliche Regelungen, bei denen die Gewerkschaften selbstverständlich das Recht haben müssen, die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Auge

(Dr. Ulrich Noll)

zu behalten und durchzusetzen, geschützt. Das Ladenschlussgesetz ist kein Arbeitnehmerschutzgesetz, sondern ein bisher gegen die Verbraucher gerichtetes Schutzgesetz.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Ach was! – Abg. Rudolf Hausmann SPD: So ein Schmarren! Das ist ja fürchterlich!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Gesellschaft und die Arbeitswelt haben sich verändert. Auch Sie als Gewerkschafter müssten wissen, dass im produzierenden Gewerbe, teilweise auch um die Produktion am Laufen zu halten usw., sehr wohl sogar sonntags gearbeitet wird, und das mit der Zustimmung der Gewerkschaften. Umso mehr muss man, wenn man Dienstleistung anbietet – und Handel ist Dienstleistung –, und ein Stück weit auch, wenn man sich für einen Beruf im Dienstleistungsgewerbe entschließt – sei es als Eigentümer und Selbstständiger, sei es als Mitarbeiter –, den Dienst dann zu leisten bereit sein, wenn der Kunde ihn haben will. Da ist es doch völlig abwegig, zu behaupten, wir würden damit den Arbeitnehmerschutz in irgendeiner Form gefährden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann werden nachts um 22 Uhr Frauen alleine sitzen! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wird doch kein Arbeitgeber zulassen!)

Nächste Bemerkung: Es wird immer behauptet, gerade die kleinen Geschäfte würden darunter leiden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Genau so ist es!)

Die Erfahrungen in den Ländern, in denen die Öffnungszeiten freigegeben wurden, zeigen doch – im „Focus“ ist dies nachzulesen –: Gerade die großen Ketten nutzen diese Möglichkeit eher weniger bis gar nicht, weil sie natürlich auch sehr stark auf die Arbeitnehmervertretung angewiesen sind und weil sie, wenn sie lange Öffnungszeiten haben, einen hohen Personalbestand vorhalten müssen. Was ist denn daran so schlimm, wenn dann der einzelne kleine, personengeführte oder auch der mittlere Betrieb hier Nischen für sich auf tut?

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das glauben Sie selbst nicht, was Sie sagen! – Abg. Ute Vogt SPD: Sie haben doch auch Familie!)

Er muss nicht länger öffnen, aber er hat die Chance dazu.

Zum Thema Umsatz: Natürlich ist das verfügbare Einkommen begrenzt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wegen der Steuererhöhung!)

Aber jetzt müssen Sie doch auch einmal sehen, dass immer mehr Geld der Verbraucher über ganz andere Wege zum Einkaufen genutzt wird: über das Internet, über eBay, über den Versandhandel. Davon ein Stück wieder zum Einzelhandel zurückzuholen, das ist doch letztendlich das Ziel.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Einen Salatkopf kann ich nicht im Internet kaufen! So ein Blödsinn!)

Das nächste Thema, das immer wieder angesprochen wird: Familienfreundlichkeit.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum machen Sie Ihre Praxis eigentlich nicht bis 22 Uhr auf?)

Jetzt sage ich Ihnen schon einmal: Für Familien – ich habe Familie, ich habe Enkel – ist doch das Vorhaben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum machen Sie Ihre Praxis nicht bis 22 Uhr auf, wenn das so toll ist?)

dass man die Einkaufsmöglichkeiten etwas entzerrt und damit auch einen gemeinsamen Einkauf möglich macht, ein Zugewinn an Familienfreundlichkeit.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Karl Zimmermann CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Genau das Gegenteil wird eintreten!)

Damit komme ich zu den Themen „Verkaufsoffener Sonntag“ und „Schutz der Ortskerne“. Wir wissen alle: Der Ortskern ist immer völlig leer, wenn die Geschäfte geschlossen haben, und er ist rappellvoll, wenn z. B. ein verkaufsoffener Sonntag oder Late-Night-Shopping stattfindet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Also nutzen die Menschen doch genau diese Möglichkeiten. Sie stimmen mit den Füßen ab.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Der Kommentar von Herrn Isenberg ist heute schon mehrfach erwähnt worden. Das ist ein wunderbarer Kommentar. Da steht am Schluss: „Der ängstliche Start muss bald vergessen sein.“

(Abg. Reinhold Gall SPD: Lesen Sie doch einmal den Artikel vor! Der ist viel interessanter!)

Da wurde übrigens Frau Hagmann völlig missinterpretiert. Ich hatte vorhin noch die Gelegenheit, mit ihr zu sprechen. Sie ist – ich sage das für die, die das nicht wissen – die Hauptgeschäftsführerin des Einzelhandelsverbands. Natürlich weist sie darauf hin, dass die Einzelhändler zu Recht versuchen müssen, sich bezüglich einheitlicher Öffnungszeiten gemeinsam zu organisieren, aber nicht unter dem Motto „Wir wollen da weiterhin den gesetzlichen Zwang haben“. Ganz im Gegenteil: Der Einzelhandelsverband ist nach wie vor an unserer Seite und sagt: „Gebt uns da mehr Gestaltungsfreiheit!“

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das heißt nicht, dass wir das alles völlig ausdehnen werden. Daher zeugt es von Ängstlichkeit, gleich am Start zu behaupten, jetzt werde es zu total unterschiedlichen Öffnungszeiten usw. kommen. Selbstverständlich wird es eine Test- und Modellphase geben, in der die Einzelhändler dann auch in Erfahrung bringen werden, wie die Kunden die neuen Öffnungszeiten annehmen. Ist es denn wirklich so schlimm,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Für die Sozialdemokraten schon!)

(Dr. Ulrich Noll)

wenn man an der einen oder anderen Stelle auch einmal etwas ausprobieren muss, um danach der Abstimmung mit den Füßen zu entsprechen? Wer sein Geschäft vernünftig führt, wird sich diesen Argumenten nicht verschließen können und wollen; davon gehen wir aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Noll, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich komme zum Ende. – Nicht umsonst nennt der Volksmund „Handel“ und „Wandel“ in einem Atemzug. Ich bin sehr, sehr sicher, dass die freiheitlich und verantwortungsbewusst Denkenden im Handel in unserem Land den Wandel positiv bewältigen werden. Dazu muss die ängstliche Startphase jetzt endlich hinter uns gelassen werden. Wir freuen uns, dass wir heute auf die Zielgerade für ein Ladenöffnungsgesetz einlaufen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Sozialministerin Dr. Stolz das Wort.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Zeit des bisherigen Bundesgesetzes über den Ladenschluss geht zu Ende. Wir entscheiden heute über Neuregelungen im Landesrecht mit dem neuen Gesetz zur Ladenöffnung. Die Föderalismusreform hat uns diesen Weg geebnet, den wir als Chance sehen und den wir daher auch gewählt haben. Denn was hilft aller Sonnenaufgang, wenn wir nicht aufstehen?

Inzwischen hat sich, denke ich, der Pulverdampf der hitzigen Gefechte und auch der öffentlichen Diskussionen über die Inhalte des Gesetzes weitgehend gelegt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

In vielen Ländern ist die Freigabe der werktäglichen Ladenöffnungszeiten bereits Wirklichkeit und Bestandteil des Alltagslebens. Wenn man die ersten dort gemachten Erfahrungen mit den Neuregelungen auswertet, zeigt sich: Die Befürchtungen, die deutsche Einkaufskultur gehe verloren und die Beschäftigten würden unzumutbar belastet, haben sich nicht bewahrheitet. Man hat auch das bemerkt, was hier manchmal immer noch infrage gestellt wird: Die Arbeitszeitregelungen und die Tarifverträge gelten weiterhin. Das hat mit dem Gesetz also überhaupt nichts zu tun.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Wenn überhaupt, wurden die werktäglichen Ladenöffnungszeiten nur maßvoll und nur an einzelnen Standorten ausgeweitet. Aber – auch dies zeigen die ersten Erfahrungen – es wurden auch die Erwartungen derjenigen enttäuscht, die in unbegrenzten Ladenöffnungszeiten das Allheilmittel zur Lösung der Probleme des Einzelhandels sahen. Die Wahrheit liegt, wie meistens, in der Mitte; sie liegt irgendwo dazwischen.

Mit der neuen Freiheit geht der Einzelhandel sehr bewusst und auch sehr verantwortungsvoll um. Das wird auch bei uns so

sein – da bin ich mir ganz sicher –, und dies ist auch entscheidend für den Erfolg der Neuregelung. Denn Freiheit heißt Verantwortung, und im Fall des Ladenöffnungsrechts sind die Freiheiten an Werktagen enorm gewachsen.

Dementsprechend wächst auch die Verantwortung der Beteiligten. Die Inhaber von Einzelhandelsgeschäften haben die Verantwortung, die Entscheidung über die Ladenöffnungszeiten zum Wohle ihres Unternehmens zu treffen, und diese nehmen sie wahr.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Selbstverständlich geht es dabei auch darum, die Belange der Beschäftigten zu berücksichtigen. Die Verbraucher tragen durch ihr Einkaufsverhalten mehr Verantwortung, auch für die Öffnungszeiten der Ladengeschäfte. Viel stärker als bisher werden sich die Öffnungszeiten am konkreten Verbraucherverhalten orientieren. Damit bestimmt der Verbraucher langfristig auch noch stärker über die Strukturen des Einzelhandels.

Frau Sitzmann, Sie haben gesagt, dieses Gesetz werde der Vielfalt der Bedürfnisse nicht gerecht. Tatsache ist: Es wird gerade dieser Vielfalt gerecht,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

weil man sich eben auch besser auf die Vielfalt der Bedürfnisse einstellen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ohne den Vorbehalt der Kommunen!)

Doch nicht nur für Ladeninhaber und Verbraucher bedeutet mehr Freiheit auch mehr Verantwortung. Auch wir Politiker stehen stärker in der Pflicht. Als Gegengewicht zur Freigabe der werktäglichen Ladenöffnungszeiten ist uns der verstärkte Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe wichtig. Mit unserem Gesetzentwurf sind wir dieser Verantwortung gerecht geworden. Kein anderes Land hat ähnlich konsequente Regelungen zum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe wie Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Vor allem die Rot-Roten nicht!)

Mit nur drei verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen nehmen wir hier bundesweit die Spitzenstellung ein.

Auch in anderer Hinsicht haben wir die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Wahrscheinlich haben Sie alle vor Kurzem in der Zeitung gelesen, dass die Stadt Stuttgart beabsichtigt, im Jahr 2007 überhaupt keinen verkaufsoffenen Sonn- oder Feiertag festzulegen. Die neu geschaffene Möglichkeit der langen Verkaufsnächte an Werktagen genügt der Landeshauptstadt. Auf deren wirtschaftlichen Erfolg vertrauen die Stuttgarter Einzelhändler so sehr, dass in Baden-Württembergs einwohnerstärkster Stadt möglicherweise gar keine Verkaufssonntage mehr benötigt werden. Damit profitieren von der in Zukunft problemlos möglichen Nachtöffnung nicht nur die Einzelhändler, sondern auch die Beschäftigten können nun die bisher verkaufsoffenen Sonntage mit ihrer Familie verbringen.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Dies ist ein erstes Beispiel dafür, wie die neuen Ladenöffnungszeiten als Chance für alle Beteiligten genutzt werden können – nicht müssen, aber können. Diese Möglichkeit wollen wir geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir denken, dass die Beschäftigten, der Einzelhandel und die Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg diese Chance verdienen. Ängstlichkeit ist immer der schlechteste Ratgeber, wenn wir die Zukunft gestalten wollen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb bitte ich Sie, dem Gesetzentwurf der Landesregierung über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg zuzustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen in der Aussprache vor. Wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**.

Ich lasse zunächst über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/674, abstimmen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 14/727. Der Sozialausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1 der Beschlussempfehlung, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg (LadÖG)

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/923. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Artikel 1 in der Fassung des Gesetzentwurfs. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 1 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Oh! Also die Doktoren dürfen wenigstens rund um die Uhr geöffnet haben! – Gegenrufe von der SPD)

Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Abstimmung bitte ich Sie um mehr Aufmerksamkeit.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nur bei der Abstimmung? – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Dr. Noll hat gestört! – Unruhe)

– Ich weiß ja, dass die Liberalen die Freiheit sehr hoch schätzen. Sie sollten das aber bitte nicht bei der Abstimmung tun.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Doch, gerade da! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

Wer diesem Artikel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 3 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung der Bedarfsgewerbeverordnung

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Artikel 4 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Schlussvorschriften

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 5 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 14. Februar 2007 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg und zur Änderung anderer Vorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nun noch abstimmen über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 14/489. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 14/727. Der Sozialausschuss empfiehlt Ihnen in

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ziffer 2 der Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD abzulehnen.

Kann ich den Gesetzentwurf in Gänze zur Abstimmung stellen? –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja!)

Gut. Das ist der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 2 ist damit abgeschlossen.

Ich ziehe jetzt **Punkt 4** der Tagesordnung vor:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/558

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/707

Berichterstatterin: Abg. Birgit Kipfer

Ich gehe davon aus, dass die Berichterstatterin das Wort nicht wünscht.

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Ich habe den Äußerungen der Fraktionen entnommen, dass keine Wortmeldungen erfolgen werden. Ist das richtig?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist richtig so!)

Ich gehe davon aus, dass auch die Landesregierung das Wort nicht wünscht. – Das ist auch richtig.

Der Ständige Ausschuss schlägt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 14/707 vor, dem Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zum Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Wer dem Artikel 1 zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 1 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 2 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 3 wurde einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Gesetzes zum Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 4 wurde einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Gesetzes zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Wer diesem Artikel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 5 wurde einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 6

Änderung des Landesmediengesetzes

Wer diesem Artikel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 6 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Änderung des Landespresseggesetzes

Wer diesem Artikel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 7 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 8

Änderung des Landesdatenschutzgesetzes

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 8 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 9

Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 9 wurde einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Artikel 10

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 10 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 11

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Wer dem Artikel 11 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 11 wurde einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 14. Februar 2007 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Mittagspause endet um 14 Uhr.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:29 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Nachmittagssitzung des Landtags von Baden-Württemberg.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 14/820

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Rekrutierungsspiele

Ich darf bitten, Herr Abg. Kluck, dass Sie Ihre Frage an die Landesregierung richten.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Ist das seit Juli 2002 von der amerikanischen Armee zum Download bereitgestellte Computerspiel „America’s Army“, das es seitdem jedem ermöglicht, an Amerikas Kriegen virtuell teilzunehmen, und das mit seiner beklemmend realistischen Trainings- und Kampfszenerie nach offiziellem Eingeständnis der Rekrutierung von Soldaten dienen soll, nach Erkenntnissen der Landesregierung ein sogenanntes Killerspiel?
- Ergibt sich für die Rekrutierungsspiele der Air Force, der National Guard und der Navy eine andere Beurteilung?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage meines Reutlinger Kollegen Hagen Kluck gerne wie folgt:

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Nicht übertreiben!)

Zu Frage a: Zum Thema Killerspiele hat das Ministerium für Arbeit und Soziales bereits in seiner Antwort vom 5. Januar 2007 auf die Kleine Anfrage des Herrn Abg. Kluck, Drucksache 14/704, umfassend Stellung genommen.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Was soll dann die Mündliche Anfrage?)

Eine rechtliche Definition des Begriffs Killerspiel ist der Landesregierung nicht bekannt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aha!)

– Langsam! – In Ermangelung einer rechtlichen Definition des Begriffs Killerspiel wird der Begriff auf Spiele mit sehr unterschiedlichem Gewaltpotenzial angewandt. So wird z. B. das Shooterspiel „Counterstrike“ in der öffentlichen Diskussion gemeinhin als Killerspiel bezeichnet. In der deutschen Version erhielt aber gerade dieses Spiel eine Altersfreigabe ab 16 Jahren und ist somit an Jugendliche ab diesem Alter frei verkäuflich.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Hört, hört!)

Ergänzend kann ich auf eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags verweisen, der Killerspiele wie folgt definiert:

Killerspiele sind solche Computerspiele, in denen das realitätsnah simulierte Töten von Menschen in der fiktiven Spielwelt wesentlicher Bestandteil der Spielhandlung ist und der Erfolg des Spielers im Wesentlichen davon abhängt. Dabei sind insbesondere die grafische Darstellung der Tötungshandlungen und die spielimmanenten Tötungsmotive zu berücksichtigen.

Computerspiele, die als Trägermedium auf dem Markt angeboten werden sollen, müssen nach § 14 des Jugendschutzgesetzes gekennzeichnet werden. Die Altersfreigabe erfolgt aufgrund einer Prüfung durch die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle, USK.

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

„America’s Army“ ist dem Genre der militärischen Simulation zuzurechnen. Es bemüht sich um Realitätsnähe. Dabei dürfen militärische Regeln wie „Behandle alle mit Respekt“ oder „Setze ein Minimum an Gewalt ein“ usw. nicht verletzt werden. Die Downloadversion des Spiels „America’s Army“ ist nach Angaben der USK jedoch nicht vollständig inhaltsgleich mit der Version, die im Jahr 2005 zur Prüfung vorlag.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aha!)

Aus diesem Grund sowie wegen der Unbestimmtheit des Begriffs Killerspiele ist aus Sicht des Ministeriums für Arbeit und Soziales nicht abschließend zu bewerten, ob es sich bei dem Spiel um ein Killerspiel handelt.

Zur Frage b: Solche Rekrutierungsspiele wurden der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle bislang nicht zur Prüfung vorgelegt und sind dem Ministerium für Arbeit und Soziales deshalb auch nicht bekannt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zusatzfrage, Herr Abg. Kluck.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zusatzfrage: Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, dass Menschen, die sich diese auf dem freien Markt gegen Geld erhältlichen Killerspiele „nicht leisten können“, auf diese amerikanischen Angebote zurückgreifen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Der Landesregierung liegen keinerlei Erkenntnisse diesbezüglicher Art vor, Herr Kollege Kluck.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Vielen Dank!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zusatzfrage, Herr Abg. Bachmann.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Herr Staatssekretär, wenn die Landesregierung aber – wenn ich Sie richtig verstanden habe – gar keine rechtlich einwandfreie Definition des Begriffs Killerspiele hat, wie stehen Sie dann überhaupt zu dem Phänomen, und was gedenken Sie überhaupt zu tun, wenn Sie gar nicht wissen, was ein Killerspiel ist und was nicht? Ich habe gehört, da sei über Verbote nachgedacht worden – von etwas, wovon wir gar nicht wissen, was es ist.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Vielen Dank, Herr Kollege, für die Frage. Es geht in diesem Fall nicht darum, ob die Landesregierung eine Definition für den Begriff Killerspiele hat oder nicht. Wenn Sie mir sorgfältig zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe, dass es bundesweit keine Definition für den Begriff Killerspiele gibt. Insofern kann die Landesregierung nicht qua Amt eine Definition abgeben, die es bundesweit nicht gibt.

Im Übrigen – das habe ich schon angesprochen – gibt es die USK, die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle. Da werden die Spiele kontrolliert, die dort auch vorgelegt werden. Die Landesregierung hat überhaupt keine Möglichkeit, gegen Spiele, die beispielsweise aus dem Ausland ins Internet eingestellt werden, irgendetwas zu unternehmen. Die Polizei ist natürlich intensiv hinterher, lieber Kollege Rech, und über-

prüft die Dinge, soweit es geht. Gestern haben wir aber in einer Fraktionssitzung mitbekommen: Man kann allenfalls den Bodensatz dieser Kriminalität erreichen.

Im Übrigen ist es so, Herr Bachmann, dass Bund und Länder bereits 2003 beschlossen haben, das ganze Jugendschutzrecht und das Jugendmedienrecht zu evaluieren. Diese Evaluation soll im Herbst dieses Jahres vorliegen, um hieraus möglicherweise Schlussfolgerungen zu ziehen, wie man dem Phänomen Gewaltspiele besser beikommen könnte. Ich würde mir wünschen, dass die FDP ein Stück weit mitzieht

(Abg. Norbert Zeller SPD: Ja!)

und nicht von vornherein der Auffassung ist, wie ich das jüngst gelesen habe,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass Gesetzesänderungen – – Das ist heute eine Reaktion auf die gestrige Initiative der Frau von der Leyen, die Sie ja mitbekommen haben, zu der die FDP sagt: Die FDP hält Gesetzesänderungen zum Jugendschutz für unnötig und voreilig.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Abg. Norbert Zeller SPD: Aha!)

Auf ähnliche Art und Weise hat sich einer Ihrer führenden Jungpolitiker geäußert.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Westerwelle!)

Ich will das jetzt nicht auch zitieren. Ich wäre Ihnen überaus dankbar, wenn Sie uns in unserem Bemühen, dieses schwierige Feld neu auszuloten, unterstützen würden. Ob wir mit gesetzlichen Regelungen besser hinkommen, steht auf einem ganz anderen Blatt. Wir tun, was wir können – im Interesse unserer Jugend. Das ist sicherlich unser gemeinsames Ziel.

(Beifall des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Zeller.

Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Staatssekretär, gerade zu dem, was Sie zuletzt gesagt haben – „Wir tun, was wir können“ –, würde mich interessieren: Was tun Sie denn konkret auf Bundesebene, um Killerspiele zu verbieten bzw. den Zugang dazu eindeutig zu erschweren? Was tun Sie konkret auf Bundesebene?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Herr Kollege Zeller, ich habe Ihnen gesagt, dass wir uns vor allem gegen eines wenden: Aktionismus. Wir wenden uns dagegen, jetzt schnell, weil das Thema en vogue ist

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist schon lange ein Thema! Das Thema gibt’s schon lange!)

– ich weiß es –, nach gesetzlichen Veränderungen zu schreiben und zu sagen: Jetzt, hier und heute!

(Abg. Norbert Zeller SPD: Was tun Sie? Sagen Sie es doch einfach!)

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

– Ich habe Ihnen doch gesagt: Es gibt eine Arbeitsgruppe, an der Bund und Länder beteiligt sind. Diese Arbeitsgruppe evaluiert sowohl das Jugendschutzgesetz als auch den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Im Herbst wird diese Arbeitsgruppe Vorschläge unterbreiten, und wir werden die nötigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Ich kann es Ihnen jetzt noch nicht sagen und kann den Ergebnissen auch nicht vorgreifen, aber wenn gesetzliche Änderungen zielführend sind, die dem verstärkten Schutz der Jugend, an dem uns allen gelegen ist, dienen, dann sind wir zu diesen Änderungen bereit, und zwar auf jeder Ebene und, denke ich, quer über alle Fraktionen dieses Hauses hinweg. Darüber brauchen wir uns doch gar nicht zu streiten.

Ich wehre mich dagegen, jetzt einfach zu sagen: Wir machen die Maßnahme A oder die Maßnahme B. Diese Frage ist viel zu komplex, als dass wir sie jetzt schlagwortartig beantworten könnten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Kluck.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Staatssekretär, teilt die Landesregierung meine Auffassung – da sie ja weiß, dass die FDP gegen Gewaltverherrlichung in jeder Form ist –, dass man erst dann etwas verbieten kann, wenn man weiß, was es ist, und es genau definiert hat, und teilt die Landesregierung meine Auffassung, dass es wichtig ist, die Menschen aufzuklären, mit ihnen zu reden und sie zu informieren, und dass dies hilfreicher ist als Verbote, siehe Prohibition in den Vereinigten Staaten in den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts?

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Herr Kollege Kluck, die Landesregierung teilt uneingeschränkt Ihre Auffassung, und sie handelt auch danach. Wir sehen das Ganze in einem abgestuften Verfahren. Zum einen würden wir uns sehr wünschen, dass sich die Eltern intensiver darum kümmern, als das verschiedentlich der Fall ist – ich will das nicht generalisieren. Zweitens gehen wir davon aus, dass alle Spielehersteller, die solche Spiele auf den Markt bringen, eine Selbstkontrolle ausüben.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist doch ein Märchen!)

– Lieber Herr Zeller, es ist Gott sei Dank kein Märchen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Denen geht es ums Geldverdienen! Sie haben ja keine Ahnung, was da abläuft!)

– Herr Kollege Zeller, es ist kein Märchen. Es ist in der Tat so, dass die von mir genannte Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle, die USK, über 17 000 Spiele kontrolliert und entsprechend bewertet hat. Dass das Internet ein Medium ist, das man von Deutschland aus nicht in den Griff bekommt, habe ich schon einmal deutlich gemacht. Das wissen wir alle, und wir brauchen uns gegenseitig keine Vorwürfe zu machen. Wir würden uns etwas wünschen, was mehr Identifikationsmöglichkeiten im Internet zulässt, aber dem stehen wieder datenschutzrechtliche Vorgaben gegenüber, für die Sie sich in den vergangenen Jahren auch immer wieder starkgemacht haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hoffentlich!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zweite Zusatzfrage des Herrn Abg. Bachmann.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Herr Staatssekretär, hat die Landesregierung eine Definition des Phänomens Killerspiele vor dem Hintergrund geplant, dass nach dem Willkürverbot in der Verfassung und z. B. dem Bestimmtheitsgrundsatz im Strafrecht ein Verbot oder jede andere Maßnahme voraussetzt, dass man weiß, was man eigentlich verbieten oder bekämpfen will, und dies klar definieren muss? Gibt es da einen Zeithorizont?

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Herr Bachmann, ich glaube, Sie haben mir nicht genau zugehört. Ich habe sehr deutlich gesagt, dass die Arbeitsgruppe bis zum Herbst die Evaluierung vorgenommen haben wird, und zwar, weil wir eine Regelung nicht landesintern treffen können. Wir müssen eine Regelung mindestens bundeseinheitlich, wenn nicht auf einer darüber hinausgehenden Ebene treffen. Von daher warten wir erst einmal die Ergebnisse ab, die die Arbeitsgruppe vorlegt. Sie dürfen versichert sein, dass wir dann gemeinsam – wenn es nötig ist, auch in diesem Haus gemeinsam – die nötigen Schlussfolgerungen daraus ziehen werden. Ich setze auf Ihre Unterstützung.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Fragen.

Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Rainer Stickelberger SPD – Ruhegehaltsanspruch kommunaler Wahlbeamter bei Straffälligkeit

Herr Abg. Stickelberger, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- a) Teilt die Landesregierung die im Dezember 2006 publik gewordene Auffassung des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg (KVBW), dass die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zum Verlust von Ruhegehaltsansprüchen nicht auf kommunale Wahlbeamte anzuwenden sind, die nach Vollendung der zweiten Wahlperiode straffällig geworden sind?
- b) Wie gewährleistet das Innenministerium im Rahmen seiner Rechtsaufsicht über den KVBW, dass bei strafbaren Handlungen kommunaler Wahlbeamter auch nach Ablauf von 16 Dienstjahren angemessene beamtenrechtliche Sanktionen greifen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident! Namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen des Kollegen Stickelberger wie folgt:

Zur Frage unter Buchstabe a: Der Kommunale Versorgungsverband hat in einem Einzelfall unter anderem die Rechtsfra-

(Minister Heribert Rech)

ge zu beantworten, ob die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zum Verlust von Ruhegehaltsansprüchen auch auf kommunale Wahlbeamte anzuwenden sind, die nach Vollendung der zweiten Wahlperiode straffällig geworden sind.

Hierzu hat sich der Kommunale Versorgungsverband bisher nicht verbindlich geäußert. Er hat in dem zugrunde liegenden Einzelfall zunächst das schriftliche Urteil abgewartet, das erst unmittelbar vor Weihnachten 2006 vorlag. Eine konkrete Würdigung des Sachverhalts ist deshalb erst seit diesem Zeitpunkt möglich.

Ich sage Ihnen aber ergänzend: Die Rechtsfrage, die Sie in Ihrer Anfrage aufwerfen, Herr Kollege Stickleberger, wurde im Rahmen eines Gesprächs zwischen der für Kommunalangelegenheiten zuständigen Fachabteilung des Innenministeriums und dem Kommunalen Versorgungsverband erörtert. Als Ergebnis dieses Gesprächs wurde eine vertiefte Prüfung durch den Kommunalen Versorgungsverband in Abstimmung mit dem Innenministerium vereinbart. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Ich will dazu auch noch bemerken, dass das Finanzministerium, das ja für das Beamtenbesoldungs- und -versorgungsrecht zuständig ist, ebenfalls in die Prüfung einbezogen wurde.

Zur Frage unter Buchstabe b: Der Kommunale Versorgungsverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Es wäre daher unangemessen, sich bereits jetzt, zum gegenwärtigen Zeitpunkt über mögliche Schritte im Rahmen der Rechtsaufsicht zu äußern.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Haller hat das Wort zu einer Zusatzfrage.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Minister, bis wann ist damit zu rechnen, dass diese Arbeitsgruppe zu einem Ergebnis kommt?

Die Frage geht weiter: Sie reden von einem Einzelfall – der kann ja auch exemplarisch sein – mit Folgewirkungen. Angenommen, die Meinung des Kommunalen Versorgungsverbands setzte sich durch: Beabsichtigt das Innenministerium dann eine Änderung des Gesetzes?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Innenminister.

Innenminister Heribert Rech: Zunächst einmal zu Ihrer ersten Frage, bis wann mit einer Klärung zu rechnen sei: Da bitte ich zunächst um Verständnis, dass ich kein konkretes Datum nennen möchte und auch nicht kann.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Aber vor 2016!)

Aber der Kommunale Versorgungsverband verwaltet – dies will ich sagen – als kommunaler Verband seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung. Das Innenministerium – das will ich aber dennoch auch hier sagen – geht von einer zeitnahen Entscheidung aus.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Was immer das auch heißen mag!)

Mit einer Entscheidung sollte zumindest in den nächsten Wochen gerechnet werden können.

Jetzt will ich mich der Antwort auf Ihre Frage nähern, indem ich zunächst einmal darauf hinweise, dass Bürgermeister Beamte auf Zeit sind, die mit Ablauf der Amtszeit in den Ruhestand treten,

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Das ist ja ganz neu!)

wenn bestimmte im Landesbeamtengesetz genannte Voraussetzungen erfüllt sind, beispielsweise dann, wenn sie bereits zwei Amtsperioden absolviert haben.

Nach einer Entscheidung – dies müssen wir dann analysieren – des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg zum Beamtengesetz des Landes Baden-Württemberg – die Entscheidung datiert schon vom September 2004 – befinden sie sich, wenn sie für eine dritte Amtsperiode gewählt werden, sowohl im Ruhestand – im Hinblick auf die ersten beiden Amtsperioden – als auch im aktiven Beamtenverhältnis. Die Folge ist, dass ein langjährig aktiver Bürgermeister in einer dritten oder späteren Amtsperiode nicht bis zum Schluss seiner Amtszeit ausharren muss, sondern jederzeit aufhören kann, ohne seinen Pensionsanspruch zu verlieren.

Bei der Frage, ob es auch für kommunale Wahlbeamte, die nach Vollendung ihrer zweiten Wahlperiode straffällig geworden sind – darum geht es hier –, zu einem Verlust von Ruhegehaltsansprüchen kommt, kommt es jedoch auch auf das Beamtenversorgungsgesetz des Bundes an.

Wie sich das Landesbeamtengesetz und das Bundesbeamtensversorgungsgesetz zueinander verhalten, wird derzeit geklärt. Wenn dies erfolgt ist, kann ich Ihre Frage konkret beantworten. Dafür bitte ich um Verständnis.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für eine weitere Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas das Wort.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Minister, wenn dieses Ereignis den Beamten noch in seiner aktiven Zeit betroffen hat, nachdem er zwei Wahlperioden lang Oberbürgermeister gewesen ist, dann gilt doch auch die Landesdisziplinarordnung?

Innenminister Heribert Rech: Während seiner aktiven Zeit: Ja, natürlich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es gibt keine weitere Zusatzfrage.

Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 beantwortet.

Vielen Dank, Herr Innenminister.

Wir kommen jetzt zur dritten Mündlichen Anfrage:

Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Muttersprachlicher Zusatzunterricht durch die Konsulate

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

(Abg. Norbert Zeller SPD: Nein! Wurde verschoben auf die nächste Sitzung! – Minister Heribert Rech: Herr Präsident!)

– Wie bitte? Herr Innenminister, Sie wollten noch etwas sagen?

(Minister Heribert Rech: Ich hätte diese Frage gerne beantwortet!)

– Nein, wir verschieben sie.

(Minister Heribert Rech: Sie wurde verschoben?)

– Ich verschiebe sie jetzt, indem ich das sage.

(Minister Heribert Rech: Gut! – Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Ich wollte es gerade sagen: Die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 wird im Einvernehmen mit dem Fragesteller verschoben, weil sowohl der Herr Kultusminister als auch der zuständige Staatssekretär Wacker erkrankt sind und die Mündliche Anfrage deshalb nicht beantworten können. Wir vertagen diese Mündliche Anfrage deshalb.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung abgeschlossen.

(Unruhe)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb des gemeinsamen Registerportals der Länder – Drucksache 14/781

Das Präsidium hat für die Aussprache nach der Begründung des Gesetzentwurfs durch die Regierung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich darf dem Herrn Justizminister das Wort erteilen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Online!)

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, das können wir kurz machen,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das stimmt!)

obwohl das natürlich ein Punkt ist, der für die Praxis von Bedeutung ist.

Die Bundesländer sind verpflichtet, ab Januar 2007 das Handelsregister elektronisch zu führen. Dieses Ziel haben wir erreicht, obwohl es nicht leicht zu erreichen war. Wir sind aber trotz einiger Übergangsschwierigkeiten so weit, das Ganze aufs Gleis zu bringen.

Jetzt stellt sich die Frage, wie es hinterher genutzt werden soll. Es ist ja nicht ernsthaft vorstellbar, dass jedes Bundesland ein eigenes Portal hat, über das man dann mit Anfragen nach Auskünften ans Handelsregister herantritt. Richtiger ist natürlich, wenn sich alle 16 Bundesländer zusammentun. Dazu gibt es

die gesetzliche Möglichkeit, ein gemeinsames Registerportal zu schaffen. Darum geht es heute.

Für dieses Registerportal brauchen wir einen Staatsvertrag. Ein Bundesland wird für alle handeln; in diesem Fall ist das Nordrhein-Westfalen. Technisch betrieben wird das Portal durch das gemeinsame Gebietsrechenzentrum in Hagen. Zuständig ist dann auch das Amtsgericht Hagen. Das Portal ist im Internet unter den Adressen „www.handelsregister.de“ oder „www.justiz.de“ erreichbar. Wenn Sie nachher Zeit haben, empfehle ich Ihnen, diese beiden Internetadressen einmal aufzusuchen. Dann können Sie sehen, wie das funktioniert.

Den Staatsvertrag brauchen wir für die zentrale Anmeldung zum Registerportal. So kann jemand, der aus Baden-Württemberg anfragt, auch in alle anderen Systeme hineinkommen. Wir brauchen das auch für die zentrale Erhebung von Gebühren bzw. die zentrale Vollstreckung von Gebühren. Dafür schaffen wir die Grundlagen.

Natürlich ist das billiger – ganz klar –, als wenn das jedes Bundesland allein versucht hätte. Das wäre ein wesentlich höherer Aufwand gewesen. So fallen für die Errichtung und den Betrieb des Registerportals jährlich Kosten in Höhe von gut 40 000 € an.

Ich bitte schon jetzt darum, diesen vernünftigen Vorschlag wohlwollend zu behandeln. Wir sehen uns bei den Ausschussberatungen wieder.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. Sie haben mit einer Redezeit von zwei Minuten auch zeitlich eine durchaus akzeptable Vorgabe für das Parlament gesetzt.

Das Wort erhält Herr Abg. Hitzler von der CDU-Fraktion.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Der schlägt es jetzt!
– Abg. Rainer Stichelberger SPD: Jetzt machen wir es einmal umgekehrt!)

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung werden Auskünfte und Abschriften aus dem Handelsregister zukünftig elektronisch erstellt, und es wird die Möglichkeit eröffnet, eine länderübergreifende Zusammenarbeit im Bereich des Internetabrufverfahrens zu schaffen. Alle 16 Bundesländer wollen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Dies ist aus folgenden Gründen sicherlich auch richtig:

Erstens: Der Verwaltungsaufwand und die Kosten werden verringert.

Zweitens: Die Privatwirtschaft profitiert. Es sind keine 16 verschiedenen Kennungen erforderlich, die man beantragen und verwalten müsste.

Hinzukommen würden noch Rechnungen von 16 Stellen.

Die Zusammenfassung der Register der Länder ermöglicht es, dass man eine Stelle hat, an die man sich auch aus dem Ausland wenden kann, um Informationen zu erhalten.

(Bernd Hitzler)

Aus all diesen Gründen wird die CDU-Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen, natürlich auch deshalb, weil die Richtlinie SLIM IV der EU umgesetzt werden muss und weil die gestiegene Attraktivität wohl auch zu einer Erhöhung des Abufgebührenaufkommens führen soll.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser zeitlichen Vorgabe werde ich mich ebenfalls kurz fassen und eine wohlwollende Prüfung zusagen.

Herr Minister, Sie haben den Inhalt des Gesetzes dargelegt. Es bietet den Bürgern bundesweit die Möglichkeit eines schnellen informativen Zugriffs und erleichtert den Rechtsverkehr insbesondere mit dem Ausland. Ich glaube, für die Zusammenarbeit zwischen den Ländern haben wir mit dem Sitz des Registerportals beim Amtsgericht Hagen im Interesse eines möglichst geringen Verwaltungsaufwands und der Schnelligkeit des Zugriffs sicher eine effektive Lösung gefunden. Das ist keine Frage.

Im Ausschuss werden wir vielleicht noch die Frage ansprechen: Wie sieht es mit den Gebühren für den Bürger, der Einträge abfragt, aus? Das Handelsregister wird gerade dadurch auch als Plattform für Bekanntmachungen aufrechterhalten. Was kosten Abfragen den Bürger, der auf die Auskünfte angewiesen ist?

Einen weiteren Gesichtspunkt möchte ich auch noch anführen: Bisher wurden Handelsregistereintragungen und -veränderungen in der regionalen Presse veröffentlicht. Das hat es dem Leser unabhängig von der konkreten Eintragung ermöglicht, sich auch einen gewissen Überblick über das Geschehen in den Betrieben, in der Wirtschaft seines engeren regionalen Umfelds zu verschaffen. Diese Möglichkeit wird zukünftig wahrscheinlich nicht mehr gegeben sein. Das heißt, man wendet sich zielgerichtet an das Portal und kann dann eine konkrete Auskunft erhalten. Was fehlt, ist sozusagen der Gesamtüberblick über die Entwicklung in der betreffenden Region. Das sehen wir als einen gewissen Nachteil an, das ist aber wahrscheinlich nicht zu vermeiden – ganz unabhängig vom Protest der Zeitungsverleger, den wir auch alle kennen.

Insgesamt handelt es sich um eine sinnvolle gesetzliche Regelung, die auch vor dem Hintergrund des EU-Rechts kommen musste. Wir begrüßen die Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern. Im Ausschuss werden wir uns näher mit den Einzelheiten beschäftigen. Für die SPD-Fraktion kann ich grünes Licht geben, was die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf angeht.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Ernst Behringer CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Oelmayer das Wort.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Das wird jetzt länger!)

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es vorwegnehmen: Auch unsere Fraktion wird dem von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall der Abg. Nikolaos Sakellariou SPD und Ernst Behringer CDU)

– Danke, Herr Kollege. Es ist gut, wenn der Beifall von der Opposition kommt. Diesen hätte ich eigentlich von den Regierungsfractionen erwartet,

(Lachen des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

aber sei's drum. Ich bin da gar nicht anspruchsvoll.

(Zurufe der Abg. Hans Heinz und Dr. Stefan Scheffold CDU)

Wir sind auch deswegen für den Gesetzentwurf, weil es vielleicht im Gegensatz zu anderen Projekten, wie z. B. dem elektronischen Grundbuch, doch auch ein Einsehen der Landesregierung gibt, dass es möglicherweise sinnvoll ist, solche Elektronisierungen gleichermaßen und gemeinsam in allen Bundesländern durchzuführen. Insofern findet das unsere Zustimmung.

Es wird sicherlich künftig einfacher sein, solche Auskünfte aus den Registern zu bekommen. Der Kollege Stickelberger hat zu Recht darauf hingewiesen, dass damit auch Nachteile verbunden sind. Beispielsweise wird ein Überblick über die regionale Entwicklung, wie er bis dato in Amtsblättern, zu Teilen in der „bwWoche“ usw., veröffentlicht worden ist, in Zukunft fehlen.

Nicht zuletzt – das können wir aber auch gern noch einmal im Ausschuss diskutieren – möchte ich zum Stichwort Bürokratieabbau nur so viel sagen: Dass man dafür eine 20-seitige Drucksache braucht, spricht nicht unbedingt für gelungenen Bürokratieabbau und zeigt auch, wie schwierig der Bürokratieabbau sein wird.

Was sicher im Ausschuss ebenfalls noch eine Rolle spielen wird, ist: Die Bürgerinnen und Bürger des Landes werden ja Gebühren zahlen müssen, wenn sie aus dem Register Auskünfte abrufen. Das Land zahlt – der Minister hat es ausgeführt – um die 40 000 € pauschal pro Jahr für die Beteiligung an diesem Portal in Hagen. Jetzt geht es um die Frage: Wenn Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg dieses Portal anklicken und dort Leistungen abrufen, müssen sie dafür ja künftig Gebühren bezahlen. Da können wir vielleicht auch noch darüber diskutieren, wie viel das im Einzelnen sein wird. Das will ich heute aber nicht vertiefen.

Wichtig wäre aber, dann zu wissen, wie der Rückgriff auf diese Gebühren, die Bürgerinnen und Bürger des Landes bezahlen und die dann in einem gemeinsamen Topf landen, organisiert wird, wie das erfasst wird, in welchem Umfang dort Bestandsaufnahmen durchgeführt werden können, damit wir

(Thomas Oelmayer)

auch wissen, ob uns letztendlich dieses Portal in dieser gemeinsamen Tätigkeit mit den anderen Bundesländern unterm Strich womöglich überhaupt nichts kostet. Das wäre eine weitere Thematik, über die wir gern noch im Ausschuss diskutieren können.

Insofern signalisiere ich unsere grundsätzliche Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Die Details können dann in den Ausschussberatungen besprochen werden.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Abg. Bachmann für die FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht verwundern, dass meine Fraktion dem Gesetzentwurf positiv gegenübersteht und ihm am Ende zustimmen wird.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Die Freiheit, die ihr euch sonst immer nehmt! – Abg. Ingo Rust SPD: Bei Ihnen wundert uns gar nichts mehr!)

Damit ist das Wichtige gesagt. Kommen wir zum weniger Wichtigen:

Ein Handelsregister hat ja, wie der Name sagt, eine dienende Funktion: Es soll dem ehrlichen Kaufmann ermöglichen, sein Gegenüber ordentlich einzuschätzen, um – das ist in der globalen Welt wichtiger als je zuvor – beurteilen zu können, ob sein Gegenüber die Rechnung bezahlen kann, die man im Handel vereinbart.

(Heiterkeit bei den Grünen)

– Sie lachen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir lachen nicht wegen Ihnen!)

Ihnen ist einfach nicht klar, dass es eigentlich, wie Karl Julius Weber einmal sagte, der Handel war, der die Welt aus ihrer Barbarei gezogen hat. Denn letztendlich sind es die grenzüberschreitenden Kontakte, die die Welt zusammenhalten und die – das sollte den Grünen wichtig sein, lieber Herr Oelmayer – auch friedenssichernd wirken.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das habe ich nicht verstanden, muss ich aber auch nicht!)

Zum Gesetzentwurf selbst ist alles gesagt. Die Handelsregister schaffen Vertrauen. Das können sie in der Europäischen Union – deswegen gibt es die Richtlinie – nur tun, wenn es dafür europaweit einheitliche Regelungen gibt. Deswegen ist der Umstand, dass die deutschen Länder sich zu einem einheitlichen Register zusammengefunden haben, ganz elementar, um den Handel in Europa insgesamt weiter zu erleichtern, Informationen austauschen zu können bzw. zu wissen, wer das Gegenüber ist.

Man hat mir aufgeschrieben: Baden-Württemberg zahlt hierfür jährlich 42 138,87 €. Das ist ein sehr fairer Preis, weshalb wir als Baden-Württemberger mit dem Standort des Registers in Nordrhein-Westfalen leben können.

Bürokratieabbau ist für uns allerdings ein entscheidender Punkt, Herr Kollege Oelmayer. Wir hätten uns vorstellen können – nun ist der Kollege Metzger vermutlich schon wieder bei Maischberger;

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bei Illner!)

aber Herr Rust ist ja da –, die Pensionslasten des Landes dadurch zu senken, dass wir diese Aufgabe z. B. den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft übertragen. Ich darf daran erinnern – dabei schaue ich auf die linke Seite unseres Hauses –, dass dies gerade auf Bundesebene immer wieder gescheitert ist. Das lag nicht an uns.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Deswegen haben Sie die Verantwortung für die hohen Pensionslasten.

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE betritt den Saal.)

– Da kommt Herr Metzger von Maischberger zurück.

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: So schnell geht das! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wissen, worüber wir gerade reden?)

Sie haben die Verantwortung für die hohen Pensionslasten, wenn Sie nie bereit sind, Aufgaben abzubauen. Bürokratieabbau heißt vor allem Aufgabenabbau.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das sind nicht die gleichen!)

Das Gute an diesem Gesetz ist, dass der Staatsvertrag einer späteren Übertragung auf Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft in keinsten Weise entgegensteht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Noll, das war gar nicht die Frau Maischberger!)

Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und mit einem kurzen Zitat von Adam Smith enden: Je größer der Markt ist, desto größer sind auch die Chancen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vorgeschlagen, den Gesetzentwurf Drucksache 14/781 an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. Wer für diesen Vorschlag ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig ist die Überweisung beschlossen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 30. Juni 2006 – Denkschrift 2006 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 2004 – Drucksachen 14/70, 14/843

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 25. September 2006 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2004 durch den Landtag – Drucksachen 14/64, 14/844

Berichterstatter: Abg. Ingo Rust

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. Dezember 2005 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2004 – Drucksachen 13/5003, 14/845

Berichterstatter: Abg. Ingo Rust

Die Berichterstatter wünschen das Wort nicht.

(Abg. Ingo Rust SPD: Vorläufig nicht! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Rust hat heute schon genug geredet!)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache zu den Buchstaben a bis c zehn Minuten pro Fraktion.

Ich darf das Wort für die CDU-Fraktion nun Frau Abg. Lazarus erteilen.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Überschriften in den Zeitungen Anfang Juli 2006 nach der Vorstellung der aktuellen Denkschrift des Landesrechnungshofs, die ja das Jahr 2004 behandelt, waren wie immer spektakulär. Da konnte man lesen: „Gemälde spurlos verschwunden“ – „Pforzheimer Zeitung“: „Zu viel Personal in den Landesbibliotheken?“ – „Badische Neueste Nachrichten“: „Langzeitstrafe für Firmenboykott“ – „Badische Neueste Nachrichten“: „Nach dem Krötentunnel schaut keiner“ – „Eßlinger Zeitung“. Und schließlich: „Kontrolleure treten auf die Bremse“, wie der „Südkurier“ geschrieben hat. Letzteres bezog sich auf den jährlichen Bericht über den Schuldenstand des Landes.

In diesem Punkt ging der Rechnungshof diesmal einen großen Schritt nach vorne mit dem Vorschlag eines grundsätzlichen Verbots für die Aufnahme neuer Kredite durch die Landeshaushaltsordnung, aber auch durch die Landesverfassung, und zudem noch flankiert durch eine engere Auslegung des Investitionsbegriffs bei der Berechnung der Kreditobergrenze.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr guter Vorschlag!)

Im Haushaltsstrukturgesetz ist auch eine Änderung der Haushaltsordnung eingeplant. Die Verfassung soll noch in dieser Legislaturperiode beim Erreichen der Zielmarke der Nullneu-

verschuldung – das ist vom Finanzminister heute Morgen wieder bestätigt worden – entsprechend geändert worden.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ein neuer Investitionsbegriff wurde von den Koalitionsfraktionen abgelehnt – schon deshalb, weil man nicht aus dem Geleitzug aller Bundesländer ausbrechen will. Aber das würde sich ja auch erübrigen, wenn man das Ziel erreicht hat.

Ich füge hinzu und nehme dabei die Antwort auf die zu erwartende Kritik aus den Reihen der Opposition schon voraus: Auch wenn wir den Empfehlungen des Rechnungshofs nicht immer auf Punkt und Komma folgen, so sind wir uns doch in den Zielen einig. Die Denkschrift wurde im Juli veröffentlicht, und jetzt haben wir gerade einen Haushalt verabschiedet, der diese Ziele glaubhaft macht und die dazu notwendigen Ansätze realisiert.

Und was ist denn wichtiger als die Umsetzung der Sparziele? Die Opposition bietet oft Theorie, jedoch verbunden mit riesigen Ausgabeforderungen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Die Koalition bietet Praxis. Damit, sehr geehrte Damen und Herren, sind wir die Partner des Rechnungshofs.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! Richtig! So ist es! – Oh-Rufe von der SPD)

Noch nie waren wir den Vorstellungen des Rechnungshofs beim Thema Schuldenaufnahme so nahe wie in diesem Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich gehe auf einige Denkschriftbeiträge ein und ordne diese nach folgenden Gesichtspunkten: erstens Optimierung von Strukturen, zweitens Ressourcennutzung – hierzu möchte ich einige Sätze sagen – und drittens Förderrichtlinien – auch das ist ein Thema, dessen sich der Rechnungshof angenommen hat.

Zum Ersten: Der Rechnungshof macht in seiner Denkschrift deutlich, dass noch immer erhebliche Einsparpotenziale in Verfahrensabläufen und Organisationsstrukturen stecken. Bei der Flurneuordnung – darüber haben wir uns ja lange und durchaus strittig unterhalten – wird gewünscht, das Zuwendungsverfahren und das Vergabewesen weiter zu optimieren. Es wird auch konkret vorgeschlagen, wie man das machen kann. Immerhin hält der Rechnungshof die Einsparung von 300 Stellen für möglich.

Wir haben da eine andere Konstruktion gewählt. Wir haben vorgeschlagen, die Flurneuordnung mit der Vermessungsverwaltung zusammenzulegen, um dann Stellen einzusparen. Das wollen wir machen. Deswegen wird dann auch noch einmal darüber berichtet werden und noch einmal darüber zu diskutieren sein.

Bei den Laboren der Universitätsklinik bestehen nach der Modellrechnung des Rechnungshofs Wirtschaftlichkeitsreser-

(Ursula Lazarus)

ven in Höhe von immerhin 9 Millionen €, und bei den Bibliotheken, bei denen der Rechnungshof die Badische und die Württembergische Landesbibliothek miteinander verglichen hat, hat man bei beiden – vor allem aber bei der Badischen – Personalüberhänge festgestellt. Damit sind die Bibliothekschefs nicht immer einverstanden.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Ich glaube, das ist verständlich. Aber immerhin hat man bereits eine Jahresnutzergebühr eingeführt, wie es vorgeschlagen war. Ich denke, auch andere Dinge werden so gehandhabt.

Die Staatsgalerie Stuttgart habe ich bereits genannt. Ich habe schon vorhin von den verschwundenen Gemälden geredet. Das war spektakulär. Aber sie hat auch ein Lob bekommen. Sie hat nämlich durchaus bereits mit der Modernisierung begonnen. Aber die Organisation kann noch wesentlich verbessert werden. Z. B. sollte eine aussagekräftige Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt werden.

Weitere Wirtschaftlichkeitsreserven sieht der Rechnungshof bei den fünf Musikhochschulen. Damit ist das Ministerium durchaus einverstanden. Wenn man nämlich die Lehrverpflichtungsverordnung aus dem Jahr 1982 den bundesweit geltenden Standards anpasst, dann müssten die Lehrkräfte künftig 24 Semesterwochenstunden unterrichten anstatt bisher 20 Semesterwochenstunden.

Nun etwas zu den Ressourcen. Das Land hat sparsam mit Steuergeldern umzugehen. Da braucht es für Investitionen natürlich auch eine gute Planung. Das führt auch der Rechnungshof aus. Ganz besonders auch bei der Planung – und zwar bei der langfristigen und mittelfristigen Planung – von neuen Haftplätzen im Justizvollzug sei dies nötig. Hier wird gezeigt, dass man das ohne zusätzliches Personal machen könne. Obwohl man laut Bundesverfassungsgericht 1 200 neue Plätze schaffen muss, könne man das ohne zusätzliches Personal schaffen, wird gesagt.

(Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

Im Gegenteil – sagt der Rechnungshof –, man könne durchaus die notwendigen Investitionen sogar durch Personalabbau gegenfinanzieren. Das heißt, man sollte die kleineren Anstalten auflösen und dann Anstaltserweiterungen oder Neubauten schaffen.

Bei der Vergabe von Gutachten werde bisher nicht ausreichend auf die Wirtschaftlichkeit geachtet, heißt es. Der Rechnungshof meint, es finde kaum Wettbewerb statt. Dazu hat es im Jahr 2005 auch schon eine Beratende Äußerung gegeben. Aber auch da gibt es erste Besserungen. Hierzu liegen schon Berichte vor. Die Zahl der Gutachten ist jedenfalls rückläufig. Es gibt also erste Erfolge.

Noch ein Satz zur Beschaffung von Geräten für die Datenverarbeitung. Inzwischen hat uns die Landesregierung berichtet, was alles geschehen ist. Verschiedene Berichte hierzu liegen vor. So konnten wir im Oktober letzten Jahres nach vielen Beratungen letztendlich zufrieden zur Kenntnis nehmen, was auf den Weg gebracht worden ist.

Nun noch ein Satz dazu, wie man die Fördermittel wirtschaftlicher einsetzen kann. Sie sollten zumindest auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Beispiele hierfür sind die Nahverkehrsförderung und die Förderung der Abwasserbeseitigung, aber auch die Ausbildungsförderung. Die Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs müssten besser überprüft werden. Auch andere kommunale Pflichtaufgaben, die durch Fördermittel unterstützt werden, müssten wesentlich besser kontrolliert werden.

In der Ausbildungsförderung gibt es typische Fehlerquellen, die der Rechnungshof aufzeigt.

Meine Damen, meine Herren, bei konsequenter Umsetzung könnten in den nächsten Jahren allein nach dem Bericht des Rechnungshofs, den wir jetzt vorliegen haben und besprechen, 45 Millionen € und laut Rechnungshof auch 440 Stellen eingespart werden. Das ist viel und das ist wenig zugleich. Gemessen an 42 Milliarden € Schulden ist es ein Promille. Aber es ist ein Promille, das dann jedes Jahr eingespart wird,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: In 1 000 Jahren sind wir dann so weit!)

und dann ist es auch wieder viel. Wenn wir daran denken, wie schwierig es ist, diese Stellen einzusparen, dann ist es sogar sehr viel, was uns der Rechnungshof an Möglichkeiten aufzeigt.

Sehr geehrte Damen und Herren, es lohnt sich, dass der Finanzausschuss alljährlich fast die Hälfte – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

Abg. Ursula Lazarus CDU: Ja, gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Haas.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Das ist ganz ungewöhnlich bei der Denkschrift.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Sie sagten, die CDU ist der Partner des Rechnungshofs.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Das habe ich neulich schon gesagt, ja.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ich darf Sie fragen, ob Sie vielleicht ahnen, was Ihnen der Rechnungshof in den Prüfungsbericht hineingeschrieben hätte, wenn festgestellt worden wäre, dass die Bilder, die Sie vom Markgrafen kaufen wollten – was Sie ja vorhatten –, schon im Besitz des Landes waren.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU:
Oh, Gustav! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was wäre, wenn?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Herr Haas, wir sind in dieser Geschichte in einer Prüfungsphase. Insofern wird sich weder der Rechnungshof, noch werden wir uns dazu äußern, bis rechtlich und wissenschaftlich geprüft ist, wem sie denn nun gehören. Da steht aus meiner Sicht Aussage gegen Aussage. Anschließend werden wir darüber reden, und dann wird vielleicht auch der Rechnungshof darüber reden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Gut gekontert! – Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

– Sie haben eine Frage gestellt, und ich habe Ihnen meine Sicht dargelegt.

Sehr geehrte Damen und Herren, es lohnt sich also, dass der Finanzausschuss alljährlich fast die Hälfte seiner Sitzungszeit der Denkschrift widmet. Landesrechnungshof und Finanzausschuss sind ein gutes Team, und auch unsere Fraktion ist in diesem Team enthalten. Wir helfen mit bei der Finanzkontrolle der Landesregierung.

Vielen Dank und ein Dankeschön an den Landesrechnungshof.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Rust das Wort.

Abg. Ingo Rust SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Vizepräsident Kunz! Lassen Sie mich als Berichterstatter zu Tagesordnungspunkt 6 b einige Worte sagen. Als Prüfer des Rechnungshofs, sozusagen als oberster Prüfer der Prüfer, habe ich die umfangreichen Unterlagen, die mir der Rechnungshof zur Verfügung gestellt hat, einer Sichtprüfung unterzogen und habe mich auch vor Ort davon überzeugen lassen, dass beim Rechnungshof alles zum Besten steht und die Angaben korrekt waren.

Einnahmen gibt es beim Rechnungshof wie schon im Jahr 2003 kaum mehr. Bei den Ausgaben wurde sparsam gewirtschaftet, und es konnten sogar 964 000 €, also fast eine Million, in den Gesamthaushalt zurückgeführt werden.

Ich kann daher, wie im Bericht des Berichterstatters auch dargelegt, die Entlastung des Präsidenten des Rechnungshofs beantragen. Ich möchte diesen Antrag mit dem Dank der SPD-Fraktion an den Rechnungshof verbinden. Ich sagte es bereits bei der zweiten Lesung des Einzelplans 11: Wir schätzen Ihre Arbeit sehr. Die Arbeit des Rechnungshofs kann für die Arbeit des Parlaments gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Oswald Metzger GRÜNE und Michael Theurer FDP/DVP)

Nun zur Denkschrift 2006. Ich möchte nur einige wenige Punkte aufgreifen, die im Rahmen der Beratungen im Finanzausschuss eine Rolle gespielt hatten.

Zunächst zum Thema Landesschulden – Frau Lazarus hat es bereits erwähnt –: Der Rechnungshof nimmt dieses Mal zum

Thema „Schulden und Schuldenstand des Landes“ sehr weitgehend Stellung. Er zeigt auch Instrumente auf, wie man mit der Verschuldung umgehen kann. Eines der Instrumente, die der Rechnungshof vorschlägt, ist eine engere Auslegung des Investitionsbegriffs. Da können wir als SPD-Fraktion nur zustimmen.

Von den berechneten theoretischen Investitionen des Landes in Höhe von 2,7 Milliarden € im Jahr 2005 sind 1,9 Milliarden € Zuweisungen für Investitionen Dritter. Das heißt, würde man die reinen Investitionen des Landes als Grundlage für die Aufnahme von Krediten nehmen, hätte das Land 2005 nur etwa 800 Millionen € neue Schulden aufnehmen dürfen. Es wurden also 910 Millionen € zu viel aufgenommen, und damit wurde Landesvermögen vernichtet – den Wertverzehr des Landesvermögens noch gar nicht eingerechnet.

Ich kann nur noch einmal ausdrücklich dazu auffordern, den Vorschlag des Rechnungshofs aufzugreifen und den Investitionsbegriff, der als Basis für die zulässige Höhe der Kreditaufnahme dient, enger zu fassen. Ich glaube nicht, Frau Kollegin Lazarus, dass es ausreicht, einfach nur die Nullneuerschuldung anzustreben. Wir müssen, auch wenn wir die Nullneuerschuldung erreicht haben, dafür sorgen, dass es schwieriger wird, wieder neue Schulden aufzunehmen,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Deshalb kommt das Verbot in die Landesverfassung!)

und diesen Spielraum enger fassen. Deswegen sind wir für diese neue Definition des Investitionsbegriffs.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rechnungshof zeigt in seiner Denkschrift auf – meine Vorrednerin hat es bereits angedeutet –, wie theoretisch 440 Stellen und 45 Millionen € eingespart werden können. Meine Damen und Herren, das sind keine kleinen Zahlen. Das sind ganz gewaltige Zahlen, wenn man es auf lange Sicht betrachtet. Wären wir im Finanzausschuss den Empfehlungen des Rechnungshofs etwas mutiger gefolgt, könnten wir diese Einsparungen auch erreichen.

Zu einzelnen Prüfungsergebnissen: Nach wie vor unbefriedigend – Sie haben es angesprochen – ist die Situation bei der Vergabe von Gutachten durch die Ministerien. Wir haben uns mit diesem Thema bereits vor Jahren im Finanzausschuss beschäftigt. Nach wie vor ist die Situation unbefriedigend: Von 18 Vergaben, die der Rechnungshof überprüft hat, wurden 15 beanstandet, hauptsächlich weil freihändig vergeben wurde, ohne Vergleichsangebote einzuholen. In nahezu allen Fällen war die freihändige Vergabe nach Auffassung des Rechnungshofs nicht gerechtfertigt. Dieser Missstand verfolgt uns, wie gesagt, seit Jahren, und wir sollten endlich in diesem Punkt Abhilfe schaffen.

Auch die Mitfinanzierung kommunaler Pflichtaufgaben hat der Rechnungshof unter die Lupe genommen. Wir stimmen dem Rechnungshof darin zu, dass Abwasserkanäle, bei denen schon die Erstellung gefördert worden ist, bei der Sanierung nicht noch einmal durch das Land gefördert werden müssen. Dadurch könnten laut Rechnungshof 5 bis 10 Millionen € im

(Ingo Rust)

Jahr eingespart werden. Der Rechnungshof hat auch aufgezeigt, wie sich diese Kürzungen für die Gebührenzahler nicht übermäßig belastend auswirken würden.

Der Rechnungshof hat einen weiteren wichtigen Punkt angesprochen – darin ist das Gros dieser 440 Personalstellen enthalten –, nämlich die Flurneuordnung. Der Rechnungshof zeigt in der Denkschrift auf, dass durch den drastischen Rückgang der Verfahren in der Flurneuordnung und durch den Fortschritt der Technik bis zu 300 Stellen eingespart werden könnten. Das ist eine nicht unerhebliche Zahl. Auch hier erwarten wir von der Regierung, dass sie endlich handelt. Leider waren die Regierungsfractionen nicht so mutig, diesen Weg konsequent mitzugehen.

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof hat auch in diesem Jahr hervorragende Vorschläge gemacht, wie im Haushalt wirklich strukturell gespart werden kann und nicht nur kurzfristige Spareffekte bewirkt werden. Wir danken dem Rechnungshof für diese qualifizierte, umfassende und konstruktive Arbeit. Herr Vizepräsident Kunz, wir freuen uns schon auf die Denkschrift 2007.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Metzger das Wort.

Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten die Denkschrift an einem besonderen Tag. Heute findet in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht die mündliche Verhandlung aufgrund der Klage von CDU/CSU und FDP gegen einen Haushaltsentwurf aus dem Jahr 2004 statt, den noch die rot-grüne Bundesregierung vorgelegt hat. Gerade angesichts dieser heutigen Anhörung durch das Bundesverfassungsgericht wird das Thema „Schuldenvorbelastung der öffentlichen Hand und wirkungsvolle Schuldenbremsen“ auch wieder in den tagespolitischen Fokus gerückt.

Spannend ist, Frau Berroth, dass beispielsweise der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestags, Herr Fricke, der Ihrer Partei angehört, heute in „Spiegel online“ ein bemerkenswertes Interview über die „süße Droge der Staatsverschuldung“ gegeben hat. Er hat gesagt, dass wirkungsvolle Mechanismen der Schuldenbegrenzung außerordentlich wichtig seien.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das war heute natürlich auch angebracht!)

Das, was der Rechnungshof in seiner Denkschrift 2006 zu diesem Gesichtspunkt vorschlägt, geht weit über das hinaus, was Sie jetzt mit der vorgesehenen Regelung in der Landeshaushaltsordnung als Erfolg verkaufen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist auch nur ein erster Schritt!)

Denn in die Landeshaushaltsordnung schreiben Sie nur hinein: „Kredite sind kein reguläres Einnahmemittel mehr.“ Aber alle Ausnahmetatbestände nach dem Stabilitäts- und

Wachstumsgesetz von 1967 sind nach wie vor drin. Insofern ist das aus meiner Sicht eine Placeboregelung,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jede lange Reise beginnt mit dem ersten Schritt, Herr Kollege!)

die zu keiner Veränderung führt. Genau diese alte Regelung, die ja auch in der Bundesverfassung und in der Landesverfassung vieler Bundesländer enthalten ist, hat in der Vergangenheit nicht funktioniert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Genau richtig! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist nichts Neues! Das habe ich letzte Woche hier schon gesagt!)

Vor allem das Datenmaterial, das der Rechnungshof in seinem ausführlichen Denkschriftbeitrag Nummer 3 vorlegt, ist ja spannend. Hätten wir heute in diesem Bundesland den Schuldenstand von vor 20 Jahren, würden wir statt 2 Milliarden € Zinsen nur 800 Millionen € Zinsen bezahlen. Wenn man in der Rückgriffwirkung nur zwei Jahrzehnte anschaut und in der Projektion auf die Zukunft sozusagen die Vorbelastung – explizite und implizite Verschuldung – der nächsten zehn Jahre anschaut, dann merkt man, wie dünn das Eis ist, auf dem wir auch jetzt diese Konsolidierungsdebatten führen. Es ist gravierend und eines der größten politisch-parlamentarischen demokratischen Probleme, uns als Politiker wirkungsvolle Fußfesseln anzulegen, damit wir der Versuchung widerstehen, dieser süßen Droge zu erliegen, Lasten auf die Zukunft zu verschieben.

Staatsverschuldung ist schnell angeprangert. Aber wirkungsvoll und strukturell auf der Ausgabenseite zu konsolidieren ist extrem schwierig. Hier hat unsere Fraktion in der Tat auch bei der Denkschriftbehandlung versucht, bei dem Thema: „Wie kann man angesichts der langen finanzpolitischen Horizonte strukturell sparen?“ das, was wir im Bildungspakt zur Finanzierung der Lasten für Schulen und Hochschulen vorgeschlagen haben, also Investitionen in die Köpfe, kompatibel zu machen mit dem Gebot, sparsam mit den öffentlichen Ressourcen umzugehen. Wir wollten eine Kopplung: Wenn Kredite aufgenommen werden, sollten diese mit einem verbindlichen Tilgungsplan versehen werden.

Unsere solide Vorstellung – das behaupte ich nach wie vor – ist die: Wenn wir in dem Zeithorizont der nächsten zehn Jahre beispielsweise im Bildungsbereich von Baden-Württemberg feststellen, dass die Schülerzahlen massiv zurückgehen – das ist eine Tatsache, an der wir nicht mehr vorbeikommen; das ist so – und gleichzeitig die Zahl der Pensionierungen von Lehrerinnen und Lehrern, von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern aufgrund der Altersstruktur der Belegschaft massiv steigt, dann können wir das Ganze miteinander koppeln und damit durch den Abbau von netto 8 000 Stellen im Bildungsbereich eine Anschubfinanzierung vornehmen, die in den nächsten Jahren zu massiven Mehrausgaben führt, die aber unterm Strich die Haushalte nicht belastet. Das ist solide Finanzpolitik mit dem Hintergrund des Aufgreifens einer wichtigen Denkschriftenanregung des Rechnungshofs und aus unserer Sicht im besten Sinne nachhaltig.

(Beifall bei den Grünen)

– Die Kollegen haben gemerkt: Man kann auch klatschen.

(Oswald Metzger)

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sehr zögerlich! – Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das hat aber lange gedauert!)

– Aber Sie wissen, Zustimmung im ganzen Haus ist immer dadurch gegeben, dass die Leute zuhören, und ich will auch hier nicht Beifall heischend reden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der zweite Beitrag, zu dem ich reden will, betrifft die Gutachtenvergabe. Der Ausschussvorsitzende und Kollege Rust hat diesen Punkt zu Recht auch in den Fokus seiner Ausführungen gestellt. Sie müssen sich einmal vorstellen, was passiert, wenn der Rechnungshof die Landesverwaltung prüft. Da ist allein schon spannend, welche Abschreckungswirkung offensichtlich harte Prüfungsmaßnahmen hatten. Bei der vorangegangenen Prüfung hatte der Rechnungshof zwischen 2000 und 2004 sage und schreibe 336 Gutachtenvergaben der Landesregierung mit einem Auftragsvolumen von insgesamt 22 Millionen € kritisiert. Als ob quasi eine Art Schrecksekunde in der Landesverwaltung eingetreten wäre, hat sich bei der Nachprüfung, die dann zwei Jahre später durchgeführt wurde, gezeigt, dass in diesen zwei Jahren nur noch 18 Aufträge mit einem Gesamtvolumen von 2 Millionen € vergeben wurden. Das ist eine bemerkenswerte Reaktion.

Bei der Nachprüfung selbst war aber der eigentliche Skandal, dass von den 18 überprüften Aufträgen 15 nicht den haushaltsrechtlichen Vorgaben entsprochen haben. Dazu stelle ich jetzt fest: Wenn eine Verwaltung so agiert, dass man zwar das Auftragsvolumen zurückfährt, aber offensichtlich nicht entsprechend den Kriterien ausschreibt, und wenn noch dazukommt, dass unsere Fraktion im Finanzausschuss ungefähr zehn Fragenkomplexe mit etwa 15 Fragen einbringt – das war im Oktober – und die Fragen bis heute nicht beantwortet sind, dann können Sie sich vorstellen, dass wir richtig sauer reagieren werden, Herr Finanzminister.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie als unser Partner im Ausschuss Ihre Ressortkollegen, die offensichtlich zögerlich antworten, ein bisschen antreiben, damit wir im Ausschuss demnächst Tacheles reden können. Das fände ich auch wichtig; hier gibt es Handlungsbedarf.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt zu einem ökologischen Thema. „Amphibienschutz an Straßen“ war auch ein Thema der Prüfungen, Beitrag Nummer 9 in der Denkschrift.

In der Presse wurde damals das Ganze teilweise so kolportiert wie im Ausschuss: „Die Grünen tragen die Kröten über die Straße.“ Das ist billig. Aber so ähnlich und auf diesem Niveau wurde teilweise diskutiert, weil der Beitrag so verstanden wurde, als ob der Rechnungshof kritisiert hätte, dass eine ökologische Maßnahme bei Straßenbaumaßnahmen vorgenommen wird. So haben wir das nicht gelesen und auch nicht verstanden. Der Rechnungshof hat aus unserer Sicht zu Recht darauf hingewiesen, dass auch für ökologische Maßnahmen wie beispielsweise Amphibienschutz beim Straßenbau Kosten-Nutzen-Analysen gemacht werden müssen und dass es ein Bärendienst für die Ökologie ist, Baumaßnahmen für den Amphibienschutz vorzunehmen, die anschließend nicht funktionieren, weil sie technisch nicht richtig umgesetzt sind oder nicht unterhalten werden.

Interessant war: Als wir als Grünen-Fraktion im Ausschuss zur Ergänzung der entsprechenden Beschlussempfehlung gesagt haben, wir wollten trotz Wirtschaftlichkeitsberechnung einen verbesserten Amphibienschutz, haben die Regierungsfractionen das abgelehnt nach dem Motto, das wir in den letzten Wochen bei der Ökodebatte gehört haben: Umweltschutz ist offensichtlich immer nur ein Kostenfaktor, und ökologische und ökonomische Verhaltensmuster passten nicht zusammen. Mir verschließt sich die Erkenntnis, wie Sie zu diesem Schluss kommen. Wir wollten Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz, und das ist doch bei Gott richtig. Der Rechnungshof ist da ökologisch viel weiter als die Regierungsfractionen.

(Beifall bei den Grünen)

Ein letzter Punkt, damit Sie merken, dass wir natürlich nicht nur rechnungshofgläubig sind, sondern manchmal auch einen Bedarf zum Nachdenken sehen: Beitrag Nummer 20 der Denkschrift betrifft die Landesbibliotheken. Da hat sich der Rechnungshof vor allem die Badische Landesbibliothek in Karlsruhe sehr kritisch vorgenommen, auch im Vergleich zur Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart. In einer Anmerkung des Rechnungshofs steht beispielsweise, man solle die Nutzergebühren erhöhen, dann könne man die Ausleihaktivitäten ein Stück weit bremsen. Wenn es die Philosophie ist, im Bildungsbereich an Hochschulstandorten wie Karlsruhe, wo vor allem Studierende die Fernleiheangebote der Landesbibliothek nutzen, mit der Kostenkeule zu kommen und das als Einsparvorschlag zu bringen, dann ist das mir und uns insgesamt zu vordergründig. Deshalb haben wir gesagt: Wir wollen eine Konzeption Wissenschaftsministerium/Landesbibliotheken. Welche Rolle haben Landesbibliotheken in der veränderten Medien- und Wissensgesellschaft? Wenn diese Konzeption vorliegt, unterhalten wir uns darüber. Wir wollen natürlich ein Kostenbewusstsein in den Landesbibliotheken, aber nicht mit dem Fallbeil die Zahl der Ausleihungen drücken, indem man die Gebühren für die Ausleiher erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Alles in allem ist festzuhalten: Nie war der Rechnungshof mit seinen Anmerkungen wertvoller als heute. Deshalb, Herr Vizepräsident, Dank an Sie persönlich und an das gesamte Amt. Bleiben Sie am Ball. Befeuern Sie den Finanzausschuss und das Parlament mit kritischen Vorschlägen. Wir von der Opposition werden sie nutzen. Wenn die Regierungsfractionen dem auch in gleicher Weise folgen würden, dann wäre es um das Land und um seine Finanzpolitik künftig nicht schlecht gestellt.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Theurer das Wort.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP geht mit der Denkschrift 2006 zum Rednerpult. – Abg. Reinhold Gall SPD: Oh! Machen Sie uns Angst?)

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Arbeit des Rechnungshofs ist für den Landtag von unschätzbarem Wert. In der Denkschrift 2006 sind wieder eine ganze Reihe wichtiger Hinweise darauf enthalten, wo Ministerien und nachgeordnete Behörden im Regierungs- und Verwaltungshandeln nicht wirtschaftlich oder nicht wirtschaftlich genug gehandelt haben oder wo sich noch Einsparpotenziale für die Zukunft befinden könnten.

Zu loben ist dabei die Unabhängigkeit des Rechnungshofs jenseits von Parteizugehörigkeiten und -präferenzen, die es ermöglicht, dass auch politisch schwierige Themen angepackt und offen diskutiert werden. Die Denkschrift ist für uns eine gute Grundlage für eine Bewertung im Finanzausschuss und eine Entscheidung im Parlament, etwa bei der Frage, ob der sicherlich sinnvolle und notwendige Amphibienschutz beim Neubau von Bundes- und Landesstraßen – wahrscheinlich ein Thema, bei dem Herr Metzger nicht so ganz auf die Spardrücke drücken würde – nicht so aufwendig realisiert werden sollte. Hier hat der Rechnungshof herausgefunden, dass bei Straßenneubauten erheblich überinvestiert wird. Immerhin beziffert das Innenministerium die Kosten für den Amphibienschutz an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen auf 20 Millionen €. Allein bei Landesstraßen sind 10 Millionen € veranschlagt. Hier sieht der Rechnungshof Einsparpotenziale, und zwar ohne dass das sinnvolle und auch von der Fraktion der FDP/DVP geteilte Ziel eines wirksamen Amphibienschutzes infrage gestellt werden muss. Häufig komme die Straßenbauverwaltung, so der Rechnungshof in seiner mutigen Stellungnahme, den Forderungen der Naturschützer nach, ohne diese Forderungen zu prüfen, sodass viele durchgeführte Schutzmaßnahmen unnötig gewesen seien.

In dem nicht weniger sensiblen Bereich der Kultur stellt der Rechnungshof fest, dass Geld des Landes falsch ausgegeben wird. Beispielsweise wird der Staatsgalerie nachgewiesen, dass neue Software zur Erfassung von Beständen zur Verfügung gestellt wurde. Diese wird bisher jedoch kaum genutzt. Nur 40 von 400 000 Objekten wurden bislang erfasst. Dies heißt nicht, dass die EDV nicht erforderlich wäre, aber wenn sie schon gekauft wird, sollte sie wenigstens genutzt werden.

Weiter kritisiert der Rechnungshof die häufig auftretenden Kostenexplosionen bei Verkehrsprojekten. In zu vielen Fällen werden aufgrund unausgereifter Planungen die prognostizierten Kosten deutlich überschritten. Die Bauverwaltung gehe mit derartigen Kostenerhöhungen zu nachlässig um. Die Gründe für Verteuerungen wurden meist als unkritisch erachtet und daher nicht näher analysiert. Hier könnte durch ein besseres Projektmanagement mit einer präziseren Chancen-Risiken-Abwägung doch einiges an Geld eingespart werden. Das ist angesichts der großen Rückstände im Straßenbau, der vielen auch problematischen Frostschäden – nicht aus diesem Winter, aber aus dem Vorwinter – und der zu geringen Ausbaumittel ein wichtiger Hinweis. Denn überall hören wir ja von den Bürgern, dass die Landesstraßen nicht in einem guten Zustand seien und jeder Euro dringend gebraucht würde, um das Ganze zu verbessern.

Auch zum Personalabbau macht der Rechnungshof eine ganze Reihe wichtiger Vorschläge, z. B. im Bereich der Flurneu-

ordnung; dies ist auch von Kollegen angesprochen worden. Hier könne, so der Rechnungshof, bis zu 30 % des Personals eingespart werden. Die Beratung im Finanzausschuss hat dann ergeben, dass man das doch differenziert betrachten muss. Hier besteht mit Sicherheit ein Einsparpotenzial; das wird sowohl von der Fraktion der FDP/DVP als auch von der Koalition insgesamt so gesehen. Auch in der Zusammenfassung von Vermessungs- und Flurneuordnungsverwaltung werden Wirtschaftlichkeitspotenziale gesehen. Diese müssen auch ausgenutzt werden. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass den doch sehr unterschiedlichen Situationen – in manchen Kreisen gibt es noch viele Flurneuordnungsverfahren, in anderen so gut wie keine mehr – bei der Umsetzung Rechnung getragen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was haben die Kollegen Ministerin Tanja Gönner, Michael Föll, Boris Palmer und meine Wenigkeit gemeinsam?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das würde mich auch interessieren! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die fahren alle Toyota? – Heiterkeit)

Die Frisur kann es nicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mit den Geburtsjahrgängen 1965, 1967, 1969 und 1972 gehören wir alle einer Generation an, die nie mehr Haushalte ohne Schulden erlebt hat. Wir sind damit in einer ganz wichtigen Diskussion, die der Rechnungshof mit seinen Vorschlägen zum Verschuldungsverbot bereichert hat. Denn es geht um nichts weniger als um eine Abkehr von der in den Sechzigerjahren von den sogenannten Achtundsechzigern aufs Tapet gebrachten Meinung, Politik könne nur mit Schulden gemacht werden

(Unruhe bei der SPD und den Grünen)

und ökonomische Fragen spielten bei politischen Entscheidungen keine Rolle.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ihr habt ja keine Ahnung von den Achtundsechzigern! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Denn seit 1970 wird in diesem Land jedes Jahr ein Haushalt verabschiedet, bei dem neue Schulden gemacht werden. Im Jahr 1978 etwa, dem Jahr des Regierungsantritts von Lothar Späth, lag der Schuldenstand bei ca. 7 Milliarden €, 1991, dem Jahr des Abtritts von Lothar Späth, schon bei 21 Milliarden € – das war also eine Verdreifachung.

(Abg. Ingo Rust SPD: Späth war der Schuldenmacher!)

In den darauffolgenden Jahren hat sich der Schuldenstand nach dem Wechsel zu Erwin Teufel noch einmal verdoppelt, und zwar auf über 40 Milliarden €. Wir merken, dass sich die Entwicklung beschleunigt, weil Zins- und Zinseszinslasten immer schneller zu Buche schlagen.

Deshalb kommt es, meine Damen und Herren – wenn wir, was wir ja wollen, zu einer anderen Politik kommen –, darauf an, einen Mentalitätswechsel, einen Paradigmenwechsel vorzunehmen, der beinhaltet: Politik ohne Schulden ist möglich.

(Michael Theurer)

(Beifall bei der FDP/DVP – Zustimmung des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Als wir als FDP/DVP dieses Leitbild, meine Damen und Herren, 1996 – damals durch Walter Döring – einmal so in den Raum gestellt haben, wurden wir von einigen belächelt. Mittlerweile ist das nicht nur in der Koalition Konsens, sondern mittlerweile wollen es auch alle anderen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Theurer – –

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ich meine, dass wir dem Vorschlag des Rechnungshofs, ein Verschuldungsverbot in die Verfassung aufzunehmen, Rechnung tragen sollten. Jetzt kommt es darauf an, wie wir dieses Verschuldungsverbot konkret formulieren und ausgestalten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Theurer, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Metzger zulassen?

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Gem.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Metzger.

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE begibt sich an ein Saalmikrofon im Bereich der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion der CDU.)

Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Dann gehe ich doch prompt in Ihre Reihen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Willkommen!)

Kollege Theurer, Sie haben eben die Linie der FDP zum Verschuldungsverbot angesprochen und die anderen Parteien abgewatscht. Wie verhalten Sie sich zu der Feststellung, dass in der Zeit der sozialliberalen Regierung in Bonn am Rhein zwischen 1969 und 1982 die Verschuldung der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stärker gestiegen ist als in der Ära danach,

(Zuruf: Rot-Grün!)

auf jeden Fall stärker als in der Ära Rot-Grün, aber auch stärker als selbst in der konservativ-liberalen Ära? Welche Feststellung treffen Sie dazu?

Würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage: Immer dann, wenn die FDP mitregiert hat, war die Verschuldung – unabhängig davon, mit welchem Partner sie regiert hat – auch ihr Mittel der Politik?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das war wegen der Wünsche der APO! – Heiterkeit)

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Metzger, dem ersten Teil Ihrer Frage kann man ja nur zustimmen, weil Sie Fakten genannt haben.

Man kann hierzu feststellen: In der Zeit der Regierungsbeteiligung der FDP im Bund nach dem Krieg bis zur Großen Koalition war der Bundeshaushalt in Ordnung. Dann kamen andere Zeiten. Ich habe auch angesprochen, warum das so war.

Es ist festzuhalten, dass es auch Ihnen in der Zeit, als Sie an der Regierung beteiligt waren – und Sie auch im Bundestag waren –, nicht gelungen ist, zu sparen, sondern dass die Verschuldung munter weitergegangen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb halte ich fest, meine sehr verehrten Damen und Herren: Keine der hier oder in den anderen Parlamenten vertretenen Fraktionen hat es in den vergangenen Jahren geschafft, ohne Schulden auszukommen.

Deshalb spreche ich ja auch von einem Paradigmenwechsel, von einem Wechsel der Mentalität. Wir müssen auch von der Anspruchshaltung der Bürgerinnen und Bürger wegkommen. Dabei gibt es keine andere Partei, die das so klar formuliert wie die FDP.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Das ist jetzt aber stark übertrieben!)

Wir sagen: Wir wollen den Staat auf seine Kernaufgaben zurückschneiden. Wir wollen die Eigeninitiative und die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger stärken. Jetzt kommt es darauf an, ob man mit einem Neuverschuldungsverbot in der Verfassung nicht eine Sicherung einbauen kann, die zumindest diesen starken Anstieg der Verschuldung bremsen kann, sodass die Entwicklung nicht immer so weitergeht.

Dabei müssen wir beim Leitbild etwas aufpassen: Nicht das Leitbild Nullnettoneuverschuldung ist das richtige, sondern das Leitbild müsste eigentlich sein, Überschüsse zu erwirtschaften.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Ich sage das deshalb, damit wir uns klarmachen, welche Anstrengungen wir eigentlich erbringen müssen, um die viel zu hohe Verschuldung aus der Vergangenheit wieder abbauen zu können. Dazu müssten wir erst einmal ein paar Jahre lang Überschüsse erwirtschaften. Keiner weiß im Moment, wie das gelingen kann. Aber zumindest ist es das richtige Ziel, die Nullnettoneuverschuldung anzustreben und dann ein Verschuldungsverbot in die Verfassung aufzunehmen.

Wir haben uns das in der Koalition vorgenommen. Dass das leichter geht, wenn man Wirtschaftswachstum hat, ist klar. Mit Rückenwind ist das leichter, aber an einer grundsätzlichen Reform – darin sind wir uns ja auch völlig einig – und an Einsparungen führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Jedenfalls die Finanzpolitiker sind sich darin einig. Die übrigen Politiker sehen das unter Umständen anders: Sie haben die Erfüllung von Aufgaben zu finanzieren und fragen uns, wie sie diese dann finanzieren sollen.

(Michael Theurer)

Fazit, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ich spreche mich klar dafür aus, den Worten jetzt Taten folgen zu lassen. Der Rechnungshof hat einen Impuls gesetzt und hat einen Vorschlag auf den Tisch gelegt. Aber die Vorschläge müssen diskutiert werden. Auch unter Volkswirten und Staatsjuristen gibt es unterschiedliche Auffassungen über die richtige Definition des Investitionsbegriffs und die richtige Formulierung eines Verschuldungsverbots.

Dieses Verbot muss offensichtlich streng genug sein, um eine permanente Erhöhung der Verschuldung, wie sie in den vergangenen Jahren erfolgte, auszuschließen. Es muss aber flexibel genug sein, um bei tatsächlichen Haushaltsnotlagen doch noch Flexibilität zeigen zu können.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie selbst, Herr Metzger, haben mit Ihrem Vorschlag zum Bildungspakt deutlich gemacht, dass es manchmal Anliegen gibt, die unabweisbar sind.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Herr Präsident, ich nehme einfach die Zeit, die die Beantwortung der Zwischenfrage gekostet hat, noch zu meiner Redezeit dazu, um meinen Gedanken zu Ende zu führen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nix „einfach“!)

– Doch. – Entschuldigung, ich bin ja gerade schon bei meinem Schlusssatz.

Es ist erforderlich, eine Formulierung zu schaffen, die flexibel genug ist, um eine tatsächliche Haushaltsnotlage abzuwenden.

Wir alle, meine Damen und Herren, sind aufgerufen, uns bei der gesamten Diskussion auch einmal selbstkritisch zu prüfen. Ist es nicht so, dass z. B. gute Kunst nur etwas ist, was Staatszuschüsse erfordert, weil ja Kultur, die sich selbst finanziert, Kommerz ist? Und ist es wirklich so, dass sich wichtige Bereiche wie Bildung, Daseinsvorsorge oder Gesundheit der ökonomischen Rationalität tatsächlich entziehen, obwohl doch jedermann weiß, dass die Mittel endlich sind und ein Euro eben nur einmal ausgegeben werden kann?

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, freue ich mich auf die Diskussion und möchte mich an dieser Stelle im Namen der FDP/DVP-Landtagsfraktion ganz herzlich beim Rechnungshof für seine mutigen Vorschläge in der Denkschrift 2006 und für die zur Erstellung der Denkschrift geleistete Arbeit bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erhält der Herr Finanzminister das Wort.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ist das die letzte Rede?)

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Denkschrift – ich wer-

de dazu auch noch wenige Sätze sagen – ist das meiste eigentlich schon gesagt worden, und ich stehe fast hinter allen Aussagen. Aber eines war für mich doch interessant: Herr Theurer hat seinen Geburtsjahrgang genannt. Als er geboren wurde, hatte ich bereits mein Studium abgeschlossen und kenne deswegen die damalige Zeit.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Eines ist wichtig: In der Tat hat es damals Leute gegeben, die die Staatsverschuldung aus theoretischen Gründen für gut gehalten haben. Solche Ansichten werden heute nicht mehr vertreten. Das war die Richtung des Spätkeynesianismus. Als ich ein junger Bürgermeister war, ist mir vorgeworfen worden, ich hätte nicht eingesehen, wie wichtig es sei, Schulden zu machen.

Vorhin ist ein edler Wettstreit über die Frage ausgebrochen, wer am stärksten für die Nullverschuldung sei. Dabei ist neben vielem anderen gesagt worden, dass in der Zeit der sozialliberalen Koalition im Bund in der Tat die meisten Schulden gemacht worden sind.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Es ist überlegt worden, in welcher Konstellation man bisher am besten gearbeitet hat. Jetzt will ich doch einmal die historische Wahrheit nennen.

Es gibt zwei Fälle, in denen Länder die Nullnettoneuverschuldung erreicht haben. Das war zum einen die CSU in Bayern, die das allein geschafft hat, und das war zum anderen die CDU in Sachsen, die das allein geschafft hat. Ich glaube, das sollte man einmal festhalten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zufall!)

– Das ist kein Zufall. Die einzigen Länder, denen es gelungen ist, die Nullnettoneuverschuldung zu erreichen, wurden von Alleinregierungen der Union geführt. Ich glaube, das muss einmal festgehalten werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Nächsten sind wir dann! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Ja. Das ist zwar gefährlich, aber ich gestatte die Zwischenfrage.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, wären Sie bereit, das Lob für die Regierung in Sachsen zurückzunehmen, wenn Sie die Tatsache berücksichtigen, dass dort Überschüsse erzielt werden, indem man das Geld baden-württembergischer Steuerzahler aus dem Finanzausgleich heranzieht?

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja!)

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Jetzt bringen Sie plötzlich die Nummer, die Sie mir sonst immer verbieten wollen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Aber schauen Sie einmal nicht nur auf Sachsen, sondern auch auf Brandenburg und verschiedene andere Länder. Also, Ihren Hinweis kann ich allein nicht gelten lassen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Aber selbstverständlich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Theurer.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Minister, wären Sie bereit, noch hinzuzufügen, dass in der Zeit des liberalen Finanzministers Hermann Müller in Baden-Württemberg die Kasse auch noch in Ordnung war?

(Heiterkeit)

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Diese Frühzeit der Landespolitik erschließt sich nicht einmal mir. Aber wenn Sie es sagen, wird es so sein. Ich weiß es nicht.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich glaube es gern, gut.

Aber ich stelle noch einmal ganz im Ernst fest: Es ist wirklich ein Fortschritt, dass sich in der Zwischenzeit jeder zumindest der Forderung anschließt, es sollten keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Das war vor 10 oder 15 Jahren noch nicht selbstverständlich.

Zur Denkschrift selbst möchte ich nur sagen, dass ich mich auch sehr für ihre Erstellung bedanke. Wir sind von den Denkschriftbeiträgen nicht immer begeistert. Es wäre unehrlich, wenn ich das Gegenteil behaupten würde. Aber wir achten die Arbeit des Rechnungshofs, und wir wissen, dass sie gerade auch für das Finanzministerium eine ganz wichtige Stütze ist. Das gilt nicht unbedingt immer für die ganze Regierung, aber ganz speziell auch für das Finanzministerium.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Dafür bin ich dem Rechnungshof sehr dankbar. Wir haben auch viele seiner Vorschläge umgesetzt. Das ist heute zum Teil schon gesagt worden. Deswegen brauche ich das nicht noch einmal aufzuführen. Noch einmal vielen Dank für die Arbeit des Rechnungshofs, Herr Kunz. Ich darf Ihnen sagen: Die Regierungsfaktionen bekommen gute Vorschläge in erster Linie vom Rechnungshof.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/843, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/844, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmige Annahme.

Schließlich lasse ich über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/845, abstimmen. Wer zustimmt, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 29. Januar 2007 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 14/830, 14/891

Berichterstatlerin: Abg. Birgit Kipfer

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist keine Aussprache vorgesehen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/891. Wer dafür stimmt, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 13. Dezember 2006, Az.: GR 1/06 – Wahlprüfungsbeschwerde des Herrn H. B., Heilbronn, und weiterer 25 Beschwerdeführer – Drucksache 14/826

Berichterstatter: Abg. Winfried Mack

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt ist keine Aussprache vorgesehen. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/826. Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmige Zustimmung.

Tagesordnungspunkt 8 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Dezember 2006, Az.: 1 BvR 1290/05 – Verfassungsbeschwerde von zwei Unternehmen aus Sindelfingen wegen abfallrechtlicher Überlassungspflicht – Drucksache 14/892

Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/892. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, der möge bitte seine Hand erheben. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 9 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 14/859

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 14/776, 14/828

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 14. März 2007, 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 15:23 Uhr